E 12315 ISSN 1865-9306 3/2020

caritas-mitteilungen für die Erzdiözese Freiburg

news

Lernen aus der Krise

Corona als Chance zur Neubewertung wichtiger Lebensfragen

Gewalt umfassend vorbeugen

Ein Plädoyer für eine ganzheitliche Sichtweise

„Einfach den Schalter umlegen, funktioniert nicht“

Die scheidende Diözesan-Caritasdirektorin Mathea Schneider im Gespräch

caritas

news

Helfen, wenn sonst niemand hilft

Eine Schwangerschaft und das Leben als junge Familie bringt Veränderungen und Freude, aber manchmal auch Verunsicherung und Belastung. Für viele Schwangere und Eltern ist eine der Hauptsorgen, das finanzielle Auskommen der Familie zu sichern. Insbesondere Alleinerziehende, Frauen, die in Teilzeit arbeiten oder einen Minijob haben, oder junge Eltern mit einem niedrigen Grundeinkommen stehen hier vor Problemen, die nur schwer aus eigener Kraft bewältigt werden können. Was in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist: Über den Bischofsfonds der Erzdiözese Freiburg, der im Diözesan-Caritasverband verwaltet wird, werden jährlich etwa 1.500 Frauen und ihre Familien in unterschiedlichen Notlagen unterstützt. Die Summe aller Zuwendungen von 1973 bis heute beträgt nahezu 35 Millionen Euro. Beeindruckend!

Fachgespräch und Videokonferenz mit Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha

Einen virtuellen Besuch stattete Baden-Württembergs Minister für Soziales und Integration, Manne Lucha, dem Caritasverband für den Landkreis Emmendingen ab, um sich über die erfolgreiche Kooperation mit dem Landkreis und dem Deutschen Roten Kreuz im Integrationsmanagement für geflüchtete Menschen zu informieren. „Ich habe eine gute Verbindung zum Landkreis Emmendingen“, sagte Lucha und betonte, dass er aus vielerlei Gründen gerne hierher komme. Deshalb galt dem Caritasverband auch „mein erster virtueller Besuch – das habe ich so vorher noch nicht gemacht“, so Lucha. Für Caritas-Geschäftsführer Rainer Leweling war das digitale Fachgespräch eine gute Gelegenheit, um die erfolgreiche Kooperation mit insgesamt 23 Integrationsmanager*innen im Landkreis vorzustellen. Vorbildlich!

Mehr Hilfen bei weltweit wachsender Not

So viele Nothilfe- und Entwicklungsprojekte wie nie zuvor hat Caritas international im Jahr 2019 gefördert. Unterstützt wurden vom Auslandshilfswerk des Deutschen Caritasverbands 725 Vorhaben in 81 Staaten, wie aus dem Jahresbericht hervorgeht. Auch der Gesamtetat stieg auf den Rekordwert von 82,2 Millionen Euro; das ist rund eine Million Euro mehr als beim bisherigen Höchststand 2018. Alarmiert zeigte sich die Hilfsorganisation angesichts gefährlicher und schwieriger Arbeitsbedingungen: Die Zahl der jährlich getöteten Helfer hat sich seit den 1990er Jahren verdreifacht, und die Politisierung von humanitärer Hilfe nimmt zu. Hilfsarbeit wird immer häufiger gesellschaftlich in Frage gestellt oder sogar kriminalisiert, wie beispielsweise in Syrien, wo Hilfsorganisationen unter Terrorverdacht gestellt werden. Traurig!

Der Frosch im Brunnen ahnt nichts
von der Weite des Meeres.

Aus Japan

Mit Kreativität und Tatkraft die Gesellschaft mitgestalten

Leistung Engagement Anerkennung
Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg

Drei mittelständische Unternehmen wurden in Stuttgart im Rahmen einer digitalen Preisverleihung mit dem „Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg 2020“ ausgezeichnet: die Bäckerei Stemke aus Schwäbisch Gmünd, die Strenger Holding GmbH mit Sitz in Ludwigsburg und die H. P. Kaysser GmbH + Co. KG aus Leutenbach im Rems-Murr-Kreis. Sie belegten jeweils den ersten Platz in ihrer Größenkategorie aus insgesamt 222 eingegangenen Bewerbungen und erhielten die Lea-Trophäe. Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg sowie das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg würdigen mit dem Preis das freiwillige soziale und gesellschaftliche Engagement dieser Unternehmen. Glückwunsch an die Preisträger!

„Wir brauchen eine laute und streitbare Pflege!“

Der Kontakt mit der Praxis sie ihr wichtig, sagte Bärbl Mielich zu Beginn ihres Besuches in der Caritas Fachschule für Pflegeberufe Bühl. Das ließen sich die Auszubildenden mit ihrem Schulleiter Manuel Benz nicht zwei Mal sagen: Sie nutzten die Gelegenheit ausgiebig, um der Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration ihre Erfahrungen in der Pflegeausbildung zu schildern. Mielich äußerte sich am Ende des rund einstündigen Austauschs dankbar für die durchaus kritischen Rückmeldungen: „Wir brauchen eine laute und streitbare Pflege, um auch politisch weiterzukommen“, betonte sie. Ermutigend!

Caritas 4.0 – Digital in die Zukunft

Die Digitalisierung der Arbeitswelt bringt schon lange einen großen Wandel mit sich und bewirkt besonders in der Sozialwirtschaft ein Einsetzen komplexer Veränderungsprozesse. Das „rückenwind“-Projekt „Digital in die Zukunft“ des Diözesan-Caritasverbandes, das durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert wird, setzt genau hier an. Es will Starthilfe, Begleitung und Unterstützung für acht standortspezifische Digitalisierungsthemen sein. Das im Juli dieses Jahres gestartete, auf zwei Jahre angelegte Projekt unterstützt aktiv die beteiligten Projektstandorte, die sich aus Ortsverbänden, Einrichtungen und Fachverbänden des Diözesan-Caritasverbandes Freiburg bewerben konnten. Spannend!

Familienpflegerinnen – der rettende Anker für viele Familien

vor-wort

4 Noch ist die Chance nicht vertan

auf ein wort

6 Lernen aus der Krise

themen

8 **Je mehr „Normalität“ einkehrt, desto ersichtlicher werden die Hilfebedarfe. Covid-19 und der soziale Bereich: Krisen und Not nach und neben der Corona-Krise**

11 PostCorona: Unsicherheit, Angst, Schwächung, Überforderung. Was getan werden kann, um individuelle und organisationale Resilienz zu stärken

14 Einsamkeit und Überlastung nehmen zu. Die Lage in der häuslichen Pflege hat sich während Corona zugespitzt

15 **„Beeindruckend ist die gemeinsam getragene Verantwortung“. Karl-Heinz Huber, Vorsitzender der DiAG Altenhilfe, Hospizarbeit und Pflege, über Erfahrungen in und Lehren aus der Corona-Krise**

17 **Als „Pflegereservistin“ im Einsatz. Drei Fragen an Daniela Züfle, Referentin beim Diözesan-Caritasverband**

18 Der rettende Anker für viele Familien. „Not sehen und handeln“: Familienpflege in Zeiten von Corona

20 Überlebensnotwendig. Die Corona-Krise wirft auch ein Licht auf die Bedeutung der ambulanten Suchthilfeeinrichtungen im Erzbistum

22 **„Es fühlt sich immer noch surreal an“. Unterricht in Zeiten von Corona an der Caritas Fachschule für Pflegeberufe in Bühl**

24 Gewalt umfassend vorbeugen. Ein ganzheitliches Gewaltschutzkonzept führt verschiedene gesetzliche Perspektiven zusammen

cv-praxis

Aus dem Diözesan-Caritasverband

26 „Einfach den Schalter umlegen, funktioniert nicht“. Ein Gespräch mit der scheidenden Diözesan-Caritasdirektorin Mathea Schneider

28 Caritas 4.0 – Digital in die Zukunft. Digitale Transformation in der Sozialwirtschaft: Acht Projektstandorte beteiligen sich an neuem „rückenwind“-Projekt

29 **„Wir brauchen eine laute und streitbare Pflege!“ Staatssekretärin Bärbl Mielich diskutierte mit Azubis der Caritas Fachschule für Pflegeberufe in Bühl**

30 Mit Kreativität und Tatkraft die Gesellschaft mitgestalten. Digitale Preisverleihung: Caritas, Diakonie und Wirtschaftsministerium vergeben „Mittelstandspreis für soziale Verantwortung“

32 **Jugendliche brauchen eine berufliche Perspektive. Caritas und Diakonie fordern eine Ausbildungsgarantie**

33 Helfen, wo sonst niemand hilft. Der Bischofsfonds der Erzdiözese Freiburg unterstützt jährlich rund 1.500 Mütter und Familien in akuten Notlagen

34 **Aktiv für ein gelingendes Miteinander. „Sei gut, Mensch!“: Mit rund 20.000 Euro fördert die**

Es gibt nichts Größeres,
als dass ein Mensch für andere ein Segen ist.

Dietrich Bonhoeffer (1906 – 1945)

Caritas-Stiftung Projekte, die sich für Menschlichkeit und Solidarität stark machen

35 Caritas bittet um Spenden – Sammelwoche vom 19. bis 27. September

Aus den Fachverbänden

36 Gerlinde Köhlen neue Vorständin bei der AGJ
36 In Memoriam Heinrich Wilhelm Bette
36 **„Tu was für andere und lern' was dabei"**
37 „Gute Tat mit Radio und Plakat"
38 SkF Waldkirch füllt Entdeckertaschen mit Lesestoff und Spielideen

Aus den Ortscaritasverbänden

CV Acher-Renchtal
38 **Zum sechsten Mal in die Verlängerung**

CV Baden-Baden
39 Thorsten Schmieder ist neuer Caritas-Chef
40 Update mit neuen Computern
41 Hilfe für die Seele

CV Emmendingen
42 „Im Landkreis Emmendingen funktioniert das Integrationsmanagement besonders gut"

CV Ettlingen
43 **„Wohnen mit Concierge"**

CV Heidelberg
43 Soziale Teilhabe in der Corona-Krise stärken
44 Ganz besondere Ausfahrten

CV Karlsruhe
45 Die Krise gut bewältigt
45 Im Kinderhaus Agnes wartet ein Streichelbär auf Kuscheleinheiten

CV Konstanz
46 **„So wie du für mich kochst, so viel bin ich dir wert"**

CV Lahr
46 Dialogisch und partizipativ

CV Mannheim
47 Caritasverband Mannheim übernimmt Seniorenresidenz Niederfeld

CV Pforzheim
47 **So sieht die neue Pforzheimer Caritas-Spitze aus**

magazin

48 Online bei den Menschen
49 Ein wohnortnahes Krankenhaus ist 93 Prozent der Bürger wichtig
50 „Leben, Sterben, Deine Begegnung – Dazwischen"
51 **Mehr Hilfen bei weltweit wachsender Not**
52 Caritas-Chef Neher kandidiert nicht mehr für weitere Amtszeit
52 Trauer um Professor Eberhard Schockenhoff
53 **„Vielfalt ist das Erfolgsrezept unserer Art"**

54 Termine

U3 **Impressum**

Noch ist die Chance nicht vertan

Rückkehr zur Normalität: Das Selbstverständliche in unserer Gesellschaft muss neu ausgelotet werden

Rückkehr zur Normalität! Das wünschen sich viele Menschen in dieser besonderen Zeit. Doch was ist schon normal in dieser Welt und im Leben? Und was bedeutet das überhaupt: Normalität? Was verstehen wir darunter? Oder genauer gefragt: Verstehen alle dasselbe darunter? Wohl kaum. Und dennoch ist nach dem Abflauen der ersten heftigen Corona-Aufregung immer stärker die Rede davon, wird sie immer vehementer erwartet und eingefordert.

Vor allem die mit der Corona-Krise einhergehenden Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte stoßen mehr und mehr auf Widerspruch, auf Ablehnung sogar und werden als „unnormal“ empfunden und bewertet. Die Anti-Corona-Demonstrationen auf den Straßen und vor allem auf den Kanälen der sozialen Medien nehmen zu und fordern genau dies: keine Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, Rückkehr zur Normalität und endlich wieder die Freiheit, so leben zu dürfen, wie ich es will.

Unter Normalität wird – so scheint es zumindest, wenn man die Äußerungen dort betrachtet – oft das Recht auf uneingeschränkte individuelle Lebensgestaltung verstanden. Dass der Wunsch danach so deutlich formuliert wird, ist nach langen Wochen des allumfassenden Lockdown verständlich. Aber ist er nicht auch symptomatisch dafür, dass es längst kein gemeinsames Verständnis mehr darüber gibt, was angesichts der äußeren Umstände noch normal ist und was eben nicht? Mit anderen Worten gefragt: Gibt es überhaupt noch so etwas wie eine allgemein akzeptierte Grundlinie darüber, was für das menschliche und gesellschaftliche Miteinander gedeihlich und insofern Norm gebend ist? Oder erschöpft sich das Verständnis von „Normalität“ nicht vielfach darin, dass jede*r nach eigenem Gusto glücklich und selig werden sollte? Das ist – zugegeben – eine in manchen aufgeklärten Ohren fast schon „ketzerische“ Frage. Dennoch: Es lohnt sich meines Erachtens, einmal etwas gründlicher darüber nachzudenken.

Darwinsches Gesetz und humane Gesellschaft

Wir haben das Glück, in einer freiheitlichen, offenen und demokratischen Gesellschaft zu leben. Wir – zumindest ein Großteil von uns – sind es gewohnt, dass wir so leben können, wie wir es uns vorstellen. Wir haben es inzwischen regelrecht verinnerlicht, dass es vor allem darauf ankommt, uns und unsere Vorstellungen zu verwirklichen. Was uns auf dem Weg dorthin dient und nützt, ist gut. Was uns darin ausbremst, ist störend, ist schlecht und muss so schnell wie möglich beseitigt werden. Wer so denkt und handelt, hat allerdings nicht begriffen, dass das Darwinsche Gesetz vom Überleben des Stärkeren in einer freiheitlichen und humanen Gesellschaft eigentlich längst überholt sein müsste.

Wenn Rückkehr zur Normalität bedeuten würde, dass wir so schnell wie möglich in alte Muster und Verhaltensweisen zurückkehren, dann hätten wir nichts, aber auch gar nichts begriffen und gelernt aus dieser außergewöhnlichen, die ganze Welt umfassenden Krisensituation. Vertan hätten wir die Chance, angesichts der Unsicherheiten und Unwägbarkeiten, vor der wir alle stehen, darüber nachzudenken, auf was es eigentlich ankommt, um solche Herausforderungen gemeinsam bestehen zu können. Wir hätten die Gelegenheit verpasst, aus dem eingeübten neokapitalistischen Trott des

Für Wunder muss man beten,
für Veränderungen muss man arbeiten.

Thomas von Aquin (1224 – 1274)

„Immer schneller, immer höher, immer weiter“ auszusteigen oder ihn zumindest einmal zu unterbrechen. Wir hätten es versäumt, die gut geölten Mechanismen einer auf Leistung und Effizienz getrimmten Arbeits- und Lebenswelt wenigstens einmal zu überprüfen und kritisch zu hinterfragen. Vertan hätten wir die Chance, so etwas wie eine Generalinventur unserer „Betriebsamkeit“ zu machen, um zu „checken“, welche „Produkte“ inzwischen nicht mehr den veränderten Anforderungen genügen und was es womöglich an innovativen Ideen braucht, um für künftige Erfordernisse gewappnet zu sein. Zu Beginn der Pandemie gab es durchaus die leise Hoffnung, dass sich die Krise insofern als Chance zur Neubesinnung herausstellen könnte.

Das Selbstverständliche neu ausloten

Noch ist diese Chance nicht vertan. Wir sollten uns ihrer bewusst werden, anstatt in ein allgefälliges Lamento zu verfallen. Zieht man die soziologische Definition von Normalität zu Rate, dann bezeichnet sie das Selbstverständliche in einer Gesellschaft, das nicht mehr erklärt und über das nicht mehr entschieden werden muss. Dieses Selbstverständliche betrifft soziale Normen und konkrete Verhaltensweisen von Menschen. Und genau dieses Selbstverständliche hat seine Selbstverständlichkeit in der Corona-Pandemie verloren. Deshalb kann und muss jetzt neu ausgelotet werden, was künftig das Selbstverständliche in unserer Gesellschaft sein soll. Das ist zweifelsohne anstrengend und mühsam, aber letztlich ohne Alternative, wenn wir gemeinsam zu einer neuen, zu einer anderen Normalität finden wollen – nicht nur in unseren lokalen Bezügen, sondern auch in unseren globalen Verbindungen.

Was künftig selbstverständlich sein soll in unserem gesellschaftlichen Miteinander, das muss neu ausgehandelt werden. Wir werden uns mehr denn je daran zu gewöhnen haben, dass Normalität nichts Statisches ist (was es im Übrigen nie war und sein wird), sondern immer ein dynamisches Geschehen: ein Prozess des Verständigens und Vereinbarens.

„Lernen aus der Krise“ lautet denn auch der thematische Schwerpunkt dieser Ausgabe der Caritas-News. Es geht darum, nicht in der Rückschau verhaftet zu bleiben, sondern im Gegenteil den Blick nach vorne zu richten. Es geht unter anderem darum, „Corona als Chance zur Neubewertung wichtiger Lebensfragen“ (Thomas Herkert) zu begreifen und zu überlegen, „was getan werden kann, um individuelle und organisationale Resilienz zu stärken“ (J. Christopher Kübler). Und es geht auch darum, schlicht davon zu berichten, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas das ihnen Selbstverständliche täglich tun, hier und anderswo in der Welt: „Not sehen und handeln“. Vielleicht nicht die aufsehenerregendste, aber sicher die wirksamste Form von Normalität in Zeiten wie diesen.

Thomas Maier

Thomas Maier ist Öffentlichkeitsreferent des Diözesan-Caritasverbandes Freiburg.

Lernen aus der Krise

In dieser Zeit sollten wir die Chancen zur Neubewertung von wichtigen Lebensfragen nutzen

„Corona-Krise“ – dieser Begriff prägt das Jahr 2020 wie kein anderer und viele Menschen sind versucht, ihr Leben in ein „vor“ und ein erhofftes „nach“ der Krise einzuteilen. Was wir als Krise wahrnehmen, ist zunächst eine akute Bedrohung unseres Lebens oder unserer Lebensgewohnheiten. Egal, ob es um eine ökonomische, eine ökologische oder eine medizinische Krise geht. In jedem Fall fordert eine Krise sehr schnelle Reaktionen aller Verantwortlichen und Beteiligten, um direkten Schaden zu verhindern oder wenigstens abzumildern.

Aber im Begriff der „Krise“ schwingt der griechischen Wortherkunft zufolge eine Dimension mit, die uns leider sehr oft entgeht: Die Krise ist eben nicht nur Bedrohung und Aktionsfeld des Krisenmanagements, sondern auch Ort der Meinungsbildung, der Beurteilung und der Entscheidung. Ein Lernort also. Ich bin mir nicht sicher, ob wir schon absehen können, ob und wann es ein „Nach-Corona“ geben wird. Aber ich bin mir sicher, dass wir jetzt schon Lehren aus der Krise ziehen können und müssen, gerade weil seit dem 16. März unsere Lebensgewohnheiten, unser soziales Verhalten und unsere politischen Koordinaten auf den Kopf gestellt wurden.

Auch wenn manche Mitmenschen es immer noch nicht wahrhaben wollen: die einschneidenden Maßnahmen waren im Wesentlichen gerechtfertigt und notwendig. Sie waren und sind der Grund dafür, dass wir im Vergleich zu unseren Nachbarn in Italien und Spanien und erst recht gegenüber den USA kein annähernd so dramatisches Desaster erleben mussten. Was also können und müssen wir aus dieser Krise lernen?

Pflege und Gesundheitssystem sind wert-voll!

Der „Applaus von den Balkonen“ ist schnell verhallt. Pflegeprämien waren schnell versprochen. Wir spüren aber gerade, dass es immer dann kompliziert wird, wenn es konkret werden soll. Wir werden zu entscheiden haben, was uns unser Gesundheits- und Pflegesystem wert ist. Und zwar buchstäblich. In der Krise kam es zu unglaublichen Umschichtungen von Geld, das wir zu Lasten kommender Generationen investieren, um einen Systemkollaps der Wirtschaft zu verhindern. Wir werden aber auch die Frage beantworten müssen, wie wir nachhaltig investieren und von wo wir Geld umschichten, um Medizin und Pflege zu erhalten beziehungsweise zu verbessern. Der Fachkräftemangel im Pflegebereich ist nicht nur eine Frage der Bezahlung, sondern auch eine Frage der nachhaltigen Wertschätzung durch unsere Gesellschaft, durch jeden und jede Einzelne.

Wir haben schmerzlich lernen müssen, wie wichtig soziale und persönliche Kontakte für unser Leben sind und Nähe eben nicht – zumindest nicht nur – über virtuelle Kontakte, Konferenzsysteme und Smartphones herstellbar ist. Wir Menschen brauchen den menschlichen und direkten Kontakt miteinander, um Nähe zu spüren und sie als heilsam zu erfahren.

In der Krise haben viele Menschen dies schmerzlich erfahren müssen: Wenn Pflegeheime für Besucher geschlossen werden mussten, Eltern und Großeltern nicht besucht werden konnten, Freundschaften aus Vorsicht distanziert gepflegt werden mussten. Wir haben für die direkten Kontakte und kleinen Zeichen der Nähe eine neue Sensibilität entwickelt und ich kann uns nur wünschen, dass wir dieses Bewusstsein bewahren können, wenn die direkte Bedrohung durch das Virus sinkt.

Die Familien haben fast unbemerkt einen sehr großen Teil der Krisenlast getragen: In der Betreuung und Pflege von Alten und Kranken wäre unser soziales System auch vor der Corona-

Es ist keine Schande nichts zu wissen,

wohl aber, nichts lernen zu wollen.

Platon (427 - 348 oder 347 v. Chr.)

Krise hoffnungslos überlastet gewesen. Das gleiche gilt für die Betreuung der Kinder im Vorschul- und Schulalter, als von einem Tag auf den anderen Kitas und Schulen geschlossen werden mussten. Eltern mussten sofort reagieren, trotz Homeoffice und Existenzsorgen. Familien und besonders Alleinerziehende gerieten hier sehr schnell an ihre psychische und finanzielle Belastungsgrenze. Ich hoffe, wir werden die Konsequenzen daraus ziehen und dafür sorgen, dass Familien besser unterstützt werden und Kinder in Deutschland nicht weiter ein Armutsrisiko darstellen. Genauso wenig ist akzeptabel, dass der Zugang der Kinder zu Bildung immer noch sehr stark an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern hängt.

Wo waren die Kirchen in der Krise?

Ebenso plötzlich wie die Schulen und Kitas wurden auch unsere Kirchen geschlossen. Auch wenn viele Menschen in den Seelsorgeeinheiten ein beeindruckendes kreatives Potenzial zeigten, entstand der Eindruck, die Kirchen insgesamt hätten in der Krise versagt. Dem möchte ich aus zwei Gründen sehr deutlich widersprechen.

Es zeugt von einem extrem verengten Bild von Kirche, wenn nur die Feier der Gottesdienste gesehen wird. Dadurch entsteht ein auf das Tun der Priester reduziertes Kirchenbild, das klerikalen Verengungen folgt. Leider haben viele der gestreamten Gottesdienste diese Verengung unterstützt. Ich gestehe gerne, dass mir mancher Gottesdienst im Netz fast gespenstisch vorkam, weil ganz deutlich wurde: hier fehlt die Gemeinde und sie ist nicht zu ersetzen, wenn Gottesdienst ein Beziehungsgeschehen zwischen Gott und seinem Volk ist und nicht magischer Ritualvollzug. Sehr gefreut hat mich zu sehen, dass viele Menschen das in die eigenen Hände genommen haben und „ihre“ Gottesdienste gefeiert haben: in der Familie, der Hausgemeinschaft, mit Freund*innen, im Garten um ein Osterfeuer versammelt, am Tisch mit der Schrift und Brot und Wein. Ich hoffe, dass uns diese keineswegs neuen Zugänge nicht wieder verloren gehen, wenn der liturgische „Normalbetrieb“ wieder möglich sein wird. Und ich wünsche mir, dass wir aus dem Vermissten lernen, unsere Gottesdienste lebendiger zu gestalten.

Außerdem hätte ich mir gewünscht, dass der Vorwurf des Versagens, den Christine Lieberknecht formuliert hat, von Kirchenvertretern entschiedener korrigiert worden wäre. Kirche besteht eben nicht nur aus ihrer Liturgie und der Frage, ob und wo wir Eucharistie feiern können. Sie lebt gerade und vielleicht vor allem dort, wo Menschen andere nicht allein lassen in Krankheit und Leid, Trauer und Angst. Und hier war Kirche sehr präsent gerade in den harten Wochen der ersten Corona-Welle. In Pflegeheimen und Pflegediensten sind Pflegende an der Seite der Menschen geblieben. Trotz einem erheblichen eigenen Risiko, als ausreichende Schutzkleidung weit weg war, und sehr oft über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus. Beratungsdienste wurde selbstverständlich weiter geführt und Seelsorgende haben Wege gefunden, Kranke und Sterbende nicht allein zu lassen. Ich bestreite nicht, dass auch wir als Caritas „Pandemie“ erst lernen mussten. Aber ich weise sehr deutlich

Thomas Herkert ist Vorstandsvorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes Freiburg.

darauf hin, dass wir zum Teil Tag und Nacht daran gearbeitet haben, diese Herausforderung zu bestehen. Das ist ganz sicher im Sinne Jesu und deswegen ein Wesensvollzug von Kirche. Manchmal habe ich den Eindruck, dass dies in kommunaler oder staatlicher Verwaltung mehr geschätzt wird als in der Kirche selbst.
In der Krise war vieles gezwungenermaßen hastig, überstürzt und bruchstückhaft. Das war der Brutalität und der Komplexität geschuldet, mit der uns dieses Virus überfallen hat. Ich hoffe, dass nun die Stunde der Besinnung und der Besonnenen schlägt, damit wir aus der Krise lernen, Entscheidungen treffen und unsere Chancen zur Neubewertung einiger wichtiger Lebensfragen nutzen.

Thomas Herkert

Corona und seine Folgen

Je mehr „Normalität“ einkehrt, desto ersichtlicher werden die Hilfebedarfe

Covid-19 und der soziale Bereich: Krisen und Not nach und neben der Corona-Krise

Seit dem Beginn der Corona-Pandemie gibt es keine Normalität mehr, wie wir sie gewohnt waren. In einem Positionspapier fokussiert die Katholische Kirchenliga im Landkreis Sigmaringen besonders den sozialen Bereich und weist aus dieser Perspektive nachdrücklich auf Krisen und Not nach und neben der Corona-Krise hin. Wir dokumentieren das Papier im Wortlaut.

Seit mehreren Monaten wird das öffentliche und private Leben primär durch die Auswirkungen der Corona Krise bestimmt. Die virusbedingten Einschränkungen – der so genannte Lockdown – führte abrupt auch zu einer völlig neuen, in den letzten Jahrzehnten unbekannten, Lebenssituation für jeden Einzelnen, jede Familie beziehungsweise häusliche Gemeinschaft, jede soziale Gruppierung.

Insbesondere in den Anfangswochen der Krise wurden die „Helden des Alltags“ gerühmt. Erfreulich zu beobachten war, dass viele – vor allem weiblich dominierte – Berufsgruppen in sozialen Bereichen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt sind und deutlich wurde, welche Wichtigkeit und Wertigkeit die Systeme der kritischen Infrastruktur für unsere Lebenswirklichkeit darstellen.

Mittlerweile greifen weitgehende Lockerungen der gesetzlich verordneten Einschränkungen, für viele scheinen die Normalität – unter Berücksichtigung von Hygiene- und Abstandsregelungen – immer näher zu kommen und die Gefahren von Corona scheinbar immer geringer. Für die sozialen Bereiche wird seit Wochen deutlich, dass der Lockdown auch weitergehende Auswirkungen hat, die in den allgemeinen Themen und deren Darstellung nur wenig präsent sind.

Krise in der Krise

Bedingt durch die Schließung von Kindergärten und Schulen, Tagesstätten und Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Tagespflegen für ältere Menschen, Anlaufstellen für Wohnungslose etc. sowie das sonstige – zunächst zeitlich nicht absehbare – Herunterfahren des öffentlichen Lebens und vieler Arbeitsstellen, mussten sich die betroffenen Menschen aller Altersgruppen, Familien und sonstige soziale Gemeinschaften innerhalb kürzester Zeit auf neue Tagesstrukturen und ungewohnte Alltagssituationen einstellen. Hierbei muss bewusst sein, dass die sozialen Dienste im Regelfall Menschen betreuen, die schon in „Nicht-Corona-Zeiten“ der individuellen und partiell sehr umfangreichen Unterstützung bedürfen. Somit war schnell klar, dass die Corona-Krise zu verschärften Problematiken führen wird und unsere Mitarbeitenden gemeinsam mit ihren Klienten eine „Krise in der Krise“ bewältigen müssen.

Nach wochenlangen Corona bedingten Einschränkungen, die insbesondere noch das Kindes- und Jugendalter durch weiterhin bestehende Einschränkungen im Kindergarten und Schulbereich betreffen, wird dieses signifikant offensichtlich:

Zum Beispiel bei vielen Eltern, die es nicht mehr wirklich schaffen, die Anforderungen von Beruf (mit oder ohne Home-Office), Homeschooling und/ oder ganztägiger Kleinkindversorgung entspannt in fördernder Atmosphäre unter einen Hut zu bringen. Dementsprechend steigt die Dynamik im alltäglichen

Miteinander, die Nerven liegen blanker, der Ton wird rauer, Ohnmacht entsteht und nicht selten kommt es zu körperlicher oder seelischer Gewalt. Familien, die ohnehin schon belastet waren, zum Beispiel durch Krankheit, Trennungssituation, familiäre Konflikte und anderes mehr werden Corona bedingt zusätzlich belastet und sind häufig nicht mehr in der Lage, den Alltag mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bewältigen.

Auch die Tagespflegen für ältere Menschen mussten geschlossen werden. Dieses enorm wichtige Angebot zur Entlastung pflegender Angehöriger war plötzlich nicht mehr verfügbar und stellte viele Familien vor erhebliche Probleme. Die alten und pflegebedürftigen Menschen mussten kurzfristig von den eigenen Angehörigen den ganzen Tag versorgt und betreut werden, was manchmal gut gelungen ist, oftmals aber auch sehr schwierig war.

Werkstätten und Tageseinrichtungen für behinderte Menschen waren gleichfalls von der Schließung betroffen. Gerade dieser Personenkreis hat enorm darunter gelitten, sind doch Werkstätten und Tageseinrichtungen Orte der Begegnung, bieten eine verlässliche, stabilisierende Tagesstruktur und beugen sozialer Isolation vor.

Suchtbetroffene, die durch Arbeitsprojekte eine Tagesstruktur erhalten haben und soziale Kontakte hatten, verwahrlosten zum Teil isoliert in ihren Wohnungen. Abhängige Menschen konsumierten mehr und unkontrollierter. Gleichzeitig hatten sie aus Angst vor einer Infektion Bedenken, im Krankenhaus eine Entzugsbehandlung zu machen. Dieser Zustand führte zusätzlich zu Anspannungen im Familiensystem. Jugendliche hatten nicht mehr ihre gewohnten Ausgleiche im Sport, in Freizeit und mit Gleichaltrigen. Dies führte zu erhöhter Aggression, die sie manchmal sogar körperlich an ihren Geschwistern, aber auch an ihren Eltern raus ließen.

Geflüchtete Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund haben häufig sprachliche Barrieren und durch den Wegfall der face-to-face-Beratung kamen diese noch deutlicher zum Vorschein. Bereits bestehende Unterstützungsbedarfe konnten so nur punktuell geklärt werden, für neu aufgekommene Bedarfe konnte man gar nicht erst in eine Klärung eintreten. Integrations- und Sprachkurse waren unterbrochen, so dass der laufende Integrationsprozess ausgesetzt war und zum Teil noch immer ist, da die Auflagen für die Sprachkursträger aufgrund der Raumverhältnisse kaum umsetzbar sind. So können neue Kurse voraussichtlich erst nach den Sommerferien starten, obwohl die Kursstärke und somit der Start eines neuen Kurses bereits erreicht wäre.

Dem bereits bestehenden, erhöhten Förderbedarf für Kinder aus Flüchtlings- oder Migrantenfamilien wurde in der Zeit des Homeschooling häufig nicht adäquat begegnet. Ungeachtet der oftmals nicht vorhandenen technischen Möglichkeiten sind Eltern in diesen Familien aufgrund sprachlicher Defizite meist nicht in der Lage ihren Kindern zu helfen. Ehrenamtliche Sprachhelfer konnten zudem nicht in den Familien direkt unterstützen. Weiter kamen selbst hauptamtliche Ansprechpartner der Familien an ihre Grenzen, was die Ermöglichung der Teilnahme zum Beispiel über Plattformen wie Moodle angeht.

Im Rahmen der allgemeinen Sozial- und Lebensberatung hat der fehlende direkte Zugang in die Anlaufstellen bestehende Unterstützungsbedarfe noch verstärkt. So waren Tafelläden und Kleiderkammern geschlossen, aber auch Soforthilfen wie Lebensmittelpakete oder Supermarktgutscheine beispielsweise der Caritas konnten nur erschwert bezogen werden. Auch Sonderbedarfe im Bereich der Sozialhilfe konnten nur unter größten Hemmnissen geltend gemacht werden aufgrund der weggefallenen behördlichen Anlaufstellen zur persönlichen Vorsprache. Hier kamen vor allem sozial benachteiligte Familien in Bedrängnis oder Familien, welche aufgrund der Krise in eine finanzielle Schieflage geraten sind. Aber auch ältere Menschen, welche in der Sozialberatung regelmäßig persönlich vorbeikamen, nutzten die anderen Kanäle wie E-Mail oder Telefon nicht, so dass hier eine nicht einschätzbare Not entstand.

Not nach der Krise

Resultierend aus der „Krise in der Krise“, resultierend aus fehlenden sozialen Kontakten aufgrund der notwendigen Kontaktbeschränkungen, resultierend aus entstandenen Unsicherheiten bei jungen Menschen, bei Menschen mit psychischer Erkrankung oder Suchtproblematiken, bei Wohnungslosen, bei Migranten und Flüchtlingen ist im Gesamtkontext der Corona-Situation zu erwarten, dass es eine „Not nach der Krise“ geben wird. Je mehr das öffentlich-gesellschaftliche Leben wieder normalisiert wird und daraus resultierend die Fachleute der sozialen Dienstleister wieder einen verlässlichen und regelmäßigen Kontakt zu den betroffenen Menschen und Familien haben werden, umso ersichtlicher werden dann die Hilfebedarfe.

Die Not nach der Krise ist kein Corona-Phänomen, sondern ein regelmäßig widerkehrender Effekt nach Krisen, egal welcher Art. Als Kirchenliga – damit als „Anwälte der von uns begleiteten Menschen“ – ist es unsere Verpflichtung, darauf öffentlich hinzuweisen. Nicht nur Firmen, Gastronomie, Handel und Gewerbe haben einen Nachholbedarf, sondern auch die Menschen – dieses ist aus unserer Sicht auch ein wichtiges Kriterium für eine gut funktionierende Gesellschaft (und daraus folgernd eine gut funktionierende Volkswirtschaft).

Menschen im Niedriglohnbereich haben keine finanziellen Reserven, um die unmittelbaren Auswirkungen der Krise auffangen zu können. Dies verstärkt den Druck auf diese Menschen zusätzlich. Angefangen bei der Miete bis hin zu den laufenden Kosten für den Lebensunterhalt. Für diese Menschen wird dieser Druck nach der Krise nicht nachlassen, da die ganzen Hilfe- und Konjunkturpakete bei diesen Menschen nur unzureichend ankommen. Dies hat die „Bankenkrise“ 2008 eindrücklich ge-

zeigt. Zudem wird hier deutlich, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergehen wird. Mit allen gesellschaftlich negativen Konsequenzen.

Kinderschutz

In den Jahren vor Corona wurden intensive gesellschaftliche und fachspezifische Diskussionen über die Aufgaben, Relevanz und Wertigkeit von Kinderschutz im gesamten Bundesgebiet geführt. Zur großen Zufriedenheit der Fachwelt wurde der Kinderschutz in Deutschland auf ein hohes Niveau gehoben, aus christlicher und ethischer Sicht ein klares Statement zur Würde des Menschen.

Wirksamer Kinderschutz bedarf einer großen Offenheit und Transparenz; je „geschlossener" und „dunkler" die Räume sind, desto höher ist die Gefahr für eine massive Verletzung des Kindeswohls. Corona bedingt – wie bereits oben beschrieben – bedurfte es signifikanter Einschränkungen des öffentlichen Lebens, aus virologischer Sicht völlig verständlich, für einen wirksamen Kinderschutz verständlicherweise schwierig.

Eine wichtige Aufgabe der aktuellen Lockerungszeit und der kommenden Monate – trotz aller Unsicherheit zu den finanziellen Auswirkungen für Land und Kommunen – ist die Gewährleistung, dass ausreichend Zeit und Personal zur Verfügung stehen, um auch weiterhin einen wirksamen Kinderschutz sicherzustellen.

Sucht

Eine Suchtentwicklung ist ein schleichender und gleichzeitig dynamischer Prozess. Damit ist gemeint, dass die Auswirkungen einer beginnenden Suchtentwicklung zunächst nur marginal ersichtlich sind: die Betroffenen wirken lustloser, unzuverlässiger, distanzierter, aggressiver oder depressiver – eine grundsätzliche Egal-Haltung, vor allem im emotionalen und damit im familiären Bereich, erhöht sich. Erst nach einer fortschreitenden Suchtentwicklung werden sichtbarere Folgen deutlich: Veränderung oder Abbruch von sozialen Kontakten, Verlust des Führerscheins, Probleme in der Schule oder im Beruf, finanzielle Schwierigkeiten, gesundheitliche Auswirkungen. In der Regel konfrontieren Angehörige, aber auch Arbeitgeber erst nach solchen massiven Auswirkungen die Suchtbetroffenen, und fordern eine Veränderung. Dabei stoßen sie auf Unverständnis: „Die letzten Jahre ging es doch auch so. Warum sollte ich was ändern?"

Der Lockdown hat bei vielen Menschen einen „inneren Krisenmodus" ausgelöst – funktionieren, „jetzt gibt es Wichtigeres", „das Beste draus machen". Gleichzeitig wuchs das Verständnis des Umfelds, dass Suchtbetroffene – zum Beispiel auch Raucher*innen, aber vor allem Internetabhängige! – gerade in einer solchen Krise mit den damit verbundenen Unsicherheiten nicht auf ihr Halt gebendes Suchtmittel verzichten können. Hinzu kam die Angst vor einer Infektion bei einer Entzugsbehandlung im Krankenhaus.

Dies alles hat zur Folge, dass die Suchtbetroffenen in der Corona-Krise die Erfahrung gemacht haben, dass ihre eigene Abhängigkeit „ja gar nicht so schlimm ist" und es ja „irgendwie auch so geht". Die Suchtproblematik rutscht aufgrund der anderen akuteren Herausforderungen – Hygienemaßnahmen, Homeschooling, finanzielle Belastungen, Angst vor Arbeitsplatzverlust – „mal wieder" in den Hintergrund. Vor allem die Familienangehörigen werden es damit noch schwieriger haben, ihren abhängigen Partner/ Eltern/ Kinder die Notwendigkeit einer Suchtbehandlung klar und deutlich aufzuzeigen.

Eine wichtige Aufgabe der aktuellen Lockerungszeit und der kommenden Monate ist eine schnellstmögliche Wiederherstellung von Sicherheiten und verlässlicher Struktur im Alltag sowie der Abbau von Ängsten, zum Beispiel vor finanziellen Engpässen oder vor dem Arbeitsplatzverlust. Damit Suchtbetroffene keine weiteren „Ausreden" haben, an ihrer Suchterkrankung nichts ändern zu müssen.

Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände und ihre Mitgliedseinrichtungen haben in der Krise mit viel Einsatz die Angebote aufrechterhalten und waren verlässliche Partner. Diese Verlässlichkeit erwarten wir nach der Krise in den unweigerlich beginnenden Spardiskussionen auch von der Politik und unserer Kirche. Konjunkturpakete für die Wirtschaft und für den sozialen Dienstleistungsbereich (als einer der größten Arbeitgeber) sind wichtig!

In der **katholischen Kirchenliga im Landkreis Sigmaringen** sind der örtliche Caritasverband, dem Caritasverband angeschlossene Fachverbände sowie kirchlich-katholische Dienste und Einrichtungen mit Stammsitz auf dem Gebiet des Dekanats Sigmaringen-Meßkirch verbunden. Zusätzlich ist die benachbarte Caritasregion Biberach-Bad Saulgau vertreten.
Die Kirchenliga versteht sich als gemeinsame Interessenvertretung gegenüber der Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung. Insbesondere die strukturelle und fachliche Weiterentwicklung der sozialen Landschaft im Zuständigkeitsgebiet gehört zur Agenda der katholischen Kirchenliga.
Mitglieder der Kirchenliga sind: Dekanat Sigmaringen-Meßkirch, Caritasverband Sigmaringen, AGJ Suchtberatung, AGJ Wohnungslosenhilfe, Erzbischöfliches Kinderheim Haus Nazareth, Caritaszentrum Bad Saulgau, SKM Sigmaringen, Katholische Sozialstationen im Dekanat Sigmaringen-Meßkirch, IN VIA.

PostCorona: Unsicherheit, Angst, Schwächung, Überforderung

Was getan werden kann, um individuelle und organisationale Resilienz zu stärken

Die Bewältigung der Corona-Pandemie führt zu enormen Stresssituationen, die das gewohnte Maß deutlich übersteigen – bei Menschen und in Organisationen. Der folgende Beitrag zeigt Perspektiven und Wege auf, die helfen können, die Widerstandskraft zu stärken und den „Krisenstress" besser zu bewältigen.

Das Corona-Pandemie-Management steigert die vorhandene Belastung im Dienstleistungssektor „Gesundheit und Soziales" nochmals exorbitant. Die medial kommunizierte Gefahr des Virus erzeugt Angst und Verunsicherung. Angst wirkt hochgradig immunsuppressiv. Verunsicherung verletzt das primäre Bedürfnis nach „Sicherheit und Schutz". Kränkungen primärer psychischer Grundbedürfnisse, immer mit Stresserleben und negativen Emotionen verbunden, supprimieren das psychophysische Immunsystem und schwächen Resilienz auf ganzer Linie. Normale Anforderungen werden schnell zu Überforderungen, die mittelfristig zur Dekompensation von Mensch und Organisation führen. Das Gegenteil ist individuelle und organisationale Resilienz.

1 Möglichkeiten, individuelle Resilienzen zu aktivieren

1.1 Salutogenes Führen

Wechseln Führungskräfte Team oder Abteilung, nehmen sie – so sagt man – den Kranken- beziehungsweise Gesundheitsstand der Mitarbeitenden mit. Das heißt: Führungsstil und -persönlichkeit sind maßgeblich beteiligt, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Arbeitsalltag „gekränkt" oder gesundheitlich gestärkt werden.

Salutogen (gesundheitlich stärkend) wirkt Führung, die psychische Grundbedürfnisse authentisch, nicht nur scheinbar, würdigt:

- Anerkennung drückt sich im respektvollen Umgang, im „Führen auf gleicher Augenhöhe" aus. Die Haltung ist die des/der Ersten unter seines/ihres Gleichen (primus inter pares).
- Sicherheit und Schutz erleben Mitarbeitende zum Beispiel in eindeutigen, transparenten und begründeten Stellungnahmen, in verbindlichen Entscheidungen, in Verantwortungsübernahme der Führungskraft.
- An- und Verordnungen, die nachvollzogen werden können, befriedigen das Erklärungsbedürfnis und damit das Gefühl gedanklicher Kontrolle, was als Sicherheit erlebt wird.
- Erleben von Selbstbestimmung wird gefördert, wenn Vertrauen in Mitarbeitenden-Kompetenz Spielraum in der Selbstorganisation ermöglicht.
- In Veränderungsprozessen sollten Mitarbeitende Eigeninitiative zeigen dürfen. Das fördert das Erleben von Selbstwirksamkeit.
- „Wer ein ‚Warum' zu leben weiß, kann fast jedes ‚Wie' ertragen", sagt der Dichter und Philosoph Friedrich Nietzsche und nennt damit einen

der stärksten salutogenen Faktoren: Sinnerleben. Seelisch ist Sinn ein inneres Erleben, indem wir etwas von Herzen bejahen. Führung kann Sinnerleben fördern, wenn sie selbst ihr eigenes Tun und Lassen wahrhaft bejaht.

Motivation wirkt ebenfalls salutogen oder pathogen. Arbeitsmotiviert zu sein ist eminent wichtig. Etwas demotiviert zu tun ist, wie dauernd Gas zu geben bei angezogener Handbremse. Grundsätzlich sind Menschen motiviert zu arbeiten. Das Problem ist: sie werden demotiviert durch Missachtung psychischer Grundbedürfnisse. Motivation muß nicht eingepflanzt oder erzeugt werden. Gesund führen heißt, motivieren durch Abbau von Demotivatoren.

Salutogenes Führen wirkt nur so gut, wie salutogenes Führen sich widerspiegelt in resilienten Verhaltensweisen und Einstellungen der Mitarbeitenden – und umgekehrt.

1.2 Selbstmanagement

Resilienz kann trainiert werden. Resilienz ist nicht „Abhärtung". Abhärtung führt zu „Verhärtung" und mangelhafter Sensibilität. Resilienz ist ein aktiver, dynamischer Anpassungsprozeß, der nur dann erfolgen kann, wenn Stress, Druck und Belastung erlebt werden und nicht bloß abprallen. Zahlreiche Trainingsmethoden stehen zur Verfügung. Wir finden sie im Alltagsmanagement unserer Psyche. Sie müssen „aufpoliert" oder aus dem Schrank des Vergessens geholt werden.

Als Selbstmanagementtechniken sind – neben vielen anderen – vor allem folgende besonders nützlich:

- Klopfpunkttechnik
  Durch Klopfen gewisser Akupunkturpunkte bei bifokaler Fokussierung werden automatisch ablaufende neuronale Stress-Muster irritiert und hören auf zu feuern.
- Reframing
  Situationen sind nie eindeutig. Wie wir etwas erleben, hängt von unserer Perspektive ab. Resilienz kann gesteigert werden, wenn wir Perspektiven suchen, die uns in diesen Situationen stärken.
- Körperorientierte Techniken
  „So wie man geht, so geht es einem und so wie es einem geht, so geht man." Diese alte Weisheit können wir nutzen, indem wir in Stressmomenten Haltung und Bewegung so verändern, dass wir uns „aufgerichtet" anstatt geknickt und klein erleben.
- Umfokussieren
  Es gibt die Neigung auf das zu starren, was in der Lage ist, Unangenehmes in uns hervorzurufen. Es zieht uns förmlich in Bann. Wir können lernen uns davon zu lösen, indem wir unsere Aufmerksamkeit in solchen Situationen auf dasjenige wenden, was Stärke in uns erzeugt.
- Psychisches Resilienzkreuz
  Mangelnde Selbstakzeptanz (in jedem Selbstvorwurf und Hadern enthalten) bringt uns aus dem Gleichgewicht. Wir verlieren das „Standing". Selbstakzeptanzmethoden bringen uns wieder in die psychische Balance (horizontale Richtung). Vergewissern wir uns mit Selbstaffirmationsmethoden unserer Stärken, richten wir uns psychisch auf (vertikale Richtung).

Menschen, die in Zeiten der Herausforderung in der Lage sind, ihre Resilienzkompetenz zu aktivieren, sind die Basis für gesunde und damit leistungsfähige Organisationen. Für die Resilienz der gesamten Organisation reicht individuelle Resilienz nicht aus. Organisationale Resilienz ist mehr als die Summe individueller Resilienzen.

2 Resilienz von Organisationen und sozialen Systemen

Die staatlichen Verordnungen ab 13. März 2020 bezüglich Covid-19 zielten ab auf Unterbrechung der Infektionsketten. Grundlegende Denkweise ist die des Impulssatzes der mechanischen Bewegungslehre. Gesellschaftlich wirkte der bundesweite Lockdown wie Chemotherapie: Sowohl das Leben erkrankter als auch gesunder Zellen wird lahm gelegt.

Ab Juni 2020 wurde von bundeszentral einheitlicher zu föderal differenzierter Steuerung gewechselt. Weshalb?

Das anfängliche Top-Down-Krisen-Management (zentral, situationsundifferenziert) kontrollierte soziale Systeme (Familien, Unternehmen, Kommunen etc.), die sich im Normalfall vor Ort und situativ abgestimmt eigenständig regulieren. Aus diesem Grund sind sie schneller handlungs-, anpassungs- und lernfähig, als zentral agierende Staatsgebilde. Sie organisieren sich nach den Prinzipien lebender Systeme und verfügen dadurch über organisationale Resilienz.

Maschinen (tote Systeme) werden durch zentrale Eingriffe von außen gesteuert und repariert. Biologische, soziale, psychische Systeme (lebende Systeme) entwickeln und heilen sich in dynamischer Selbstregulation und responsiver Selbststeuerung. Organisationsprinzipien „toter Systeme" führen bei „lebenden Systeme" zum System-Kollaps.

2.1 Resistente Sozialmechanik

Überwiegend wird heute noch mechanistisch organisiert nach Prinzipien des Scientific Management (Taylor, 1911), der Administrationstheorie (Fayol, 1916), des Bürokratieansatzes (Weber, 1922): Feste Hierarchie, Zergliederung in Arbeitseinheiten, Trennung von ausführender Hand- und steuernder Kopfarbeit, Zerlegung der Arbeitsschritte, Einheit der Leitung (Linienordnung) und Befolgung des Dienstwegs, Autoritätsprizip (Weisungsrecht und Sanktionen als Führungsinstrumente), Motivation durch Anreizsysteme, ausgedehnte Dokumentationspflicht, Gemeinschaftsgeist (corporate identity, desgin, behavior).

So organisiert werden Menschen krank (siehe exponentiell ansteigende Zahlen psychisch bedingter Fehltage und Frühverrentung). Organisationen werden fragil und vulnerabel. Krisen werden nicht bewältigt. Man geht geschwächt und nicht gestärkt aus ihnen hervor. Organisationale Resilienz fehlt.

2.2 Organische Dynamik statt Sozialmechanik

2.2.1 Führung und Zukunftshandeln

Organisationen agieren resilient, wenn sie sich Zukünftigem schnell anpassen können, ohne ihre Identität zu verlieren. Zukunft prognostizieren zu können, ist dafür Voraussetzung. Meistens sind Prognosen Ableitungen aus Vergangenem: Zukunft als prolongierte Vergangenheit. Vergessen wird, dass Zukünftiges nur teilweise aus Vergangenem folgt. Zukunft bringt Neues, nicht aus der Vergangenheit Ableitbares. Organisationale Resilienz erfordert, dass Führung diesen Zukunftsstrom aufnimmt. C.O. Scharmer vom MIT hat sich mit „Führen aus der Zukunft her" *(Scharmer, Claus Otto; Käufer, Katrin (2013): Leading from the emerging future: from ego-system to eco-system economies (1st ed))* intensiv beschäftigt. Maßgebend ist:

- Nicht beim Lernen und Handeln aus Vergangenheitserfahrungen stehenbleiben, sondern den Quellpunkt der im Entstehen begriffenen Zukunft aufsuchen.
- Nicht sich bloß eine Zukunft gedanklich vorstellen, sondern eigenes Zukunftspotential erspüren.

Es ist ungewohnt in einer kopflastigen Zeit, intuitivem Erfühlen Raum zu geben, obwohl bekannt ist, dass die meisten Entscheidungen nicht willkürlich-rational, sondern unbewusst-intuitiv getroffen werden. Es gibt Wege, intuitiv Zukünftiges zu erspüren:

1. Innehalten und nicht gleich zum Handeln drängen, wenn mit gewohnten Mustern der Vergangenheit Neues betrachtet wird.
2. Alte, mitgebrachte Urteile loslassen und offenbleibende Verständnisfragen aushalten. Intuitive Ideen (Einfälle) haben dann die Chance, in diesen „vergangenheitsbefreiten", offenen Raum „einzufallen". Wer mit Meditation und Gebet vertraut ist, dürfte das kennen.
3. Im organisierenden Zukunfts-Handeln nicht versuchen, alles in Einem systematisch durchzustrukturieren und dann umzusetzen. Einzelne Neuerungen werden schrittweise erprobt.
4. Prototyping: Testen von Prototypen resilienten Organisierens. (C.O. Scharmer: „Prototypen sind Landebahnen für die Zukunft und ermöglichen ein Erkunden der Zukunft im praktischen Tun.")

Phasen „Intuitiver Ideenbildung" und „Prototyping" bedingen sich gegenseitig, schließen sich ineinander ein und vollziehen sich überlappend. Die Organisations-Dynamik gleicht eher einem Tanz, als der Befolgung eines entscheidungslogisch strukturierten Programmablaufs. „Führen aus der Zukunft her" bedarf nicht so sehr neuer Führungstechniken, eher der Entwicklung persönlicher Fähigkeiten wie „emotionaler und empathischer Intelligenz" und „sozialer und spiritueller Intelligenz".

2.2.2 Agiles Führen

Erzeugen organisationaler Resilienz geschieht auch im „agilen Organisieren" von Softwareprojekten. Es lässt sich einbauen in das Prototyping. Schnell einlassen auf veränderte Anforderungen und daran wachsen (Merkmal organisationaler Resilienz), ist charakteristisch für die Welt der Softwareentwicklung. Für den Bereich „Gesundheit und Soziales" gilt Gleiches. Prinzipen agilen Organisierens sind:

- Interaktionen der Menschen sind wichtiger als Normierung von Prozessen.
- Funktionelle Arbeitsabläufe sind primärer als umfassende Dokumentation.
- Orientierung am Kunden hat Vorrang gegenüber Verfolgung von Qualitätsstandards.
- Eingehen auf veränderte Umstände ist wichtiger als Einhalten von Planzielen.
- Anpassung an Veränderungen und neue Anforderungen geschehen schrittweise (inkrementelle) und in Annäherungsprozessen (iterativ) im Gegensatz zum synoptischen Vorgehen: das Gesamte wird nach einem alles umfassenden Gesamtplan zugleich umgesetzt.

2.2.3 Führungsstruktur

Organisationale Resilienz bedarf Erweiterungen klassischer Führungsstrukturen. Sozialmechanischen Abläufen entspricht die Top-Down-Führungsstruktur. In Reinform findet man sie als militärische Befehlsstruktur. Sie ist hoch effektiv in Notfallsituationen und entspricht der Vorstellung des Gehirns als zentralem Impulsgeber mit zentraler Top-Down-Steuerungsfunktion.

Neuere empirische Forschungen zeigen etwas Anderes. H.J. Scheuerle, Arzt und Neurophysiologe, schreibt *(Scheuerle, Hans Jürgen: Das Gehirn ist nicht einsam. Resonanzen zwischen Gehirn, Leib und Umwelt)*: Das Gehirn sei ein Partnerorgan der anderen Organe und des übrigen Leibes. Seine Wirkung auf Leib und Psyche sei keine übergeordnet steuernde, sondern eine parallel komplementäre. Das Gehirn antwortet auf die Umwelt (Leib und seine Organe, Außenreize) durch Resonanzprozesse. Es bildet mit dieser Umwelt einen Interaktionsraum. Aus diesem Interaktionsraum entspringen die menschlichen Leistungen.
Prototypen solcher Interaktionsräume sind zum Beispiel sich selbst hierarchieübergreifend organisierende Gesundheitszirkel, die fragen: Was hätte sich an Verhalten und Umständen verändert, wenn mehr individuelle Resilienz vorhanden wäre? Ebenso gehört das Kommunikationsformat „Open Space" dazu.

Führung in Organisationen, die solche Interaktionsräume öffnet, schafft organisationale Resilienz. Diese zu erzeugen ist ein dynamisches, rhythmisches Geschehen. Es ist mehr Kunst als Technik. In diesem Sinne sind diese Gesichtspunkte eine „Aufforderung zum Tanz", zum „tanzenden Organisieren".

J. Christopher Kübler

Der Autor (lic.phil.) ist Klinischer Psychologe, Heilpraktiker für Psychotherapie, Coach und Betriebswirt mit 30-jähriger Berufspraxis, langjährig in Führungspositionen.

Einsamkeit und Überlastung nehmen zu

Die Lage in der häuslichen Altenpflege hat sich während Corona zugespitzt

Berichte über Corona-Infektionen in Altenheimen haben lange die Debatte über die „Risikogruppe“ pflegebedürftiger Menschen bestimmt. Doch auch in der häuslichen Altenpflege hat die Pandemie die Lage deutlich verschärft.

Alte Menschen sind während der Corona-Pandemie neu in den Blickpunkt gerückt – gelten sie doch als besonders schutzbedürftige „Risikogruppe“. In Altenheimen galten deshalb zeitweise Besuchsverbote oder Besuchsbeschränkungen. Über die Auswirkungen der Pandemie auf die häusliche Altenpflege ist hingegen bislang wenig bekannt.

Einer am 22. Juli veröffentlichten Umfrage zufolge hat sich bei der Pflege zu Hause während der Corona-Krise die Lage erheblich verschärft. Sowohl das Gefühl der Einsamkeit bei Pflegebedürftigen als auch die Belastung der pflegenden Angehörigen hätten stark zugenommen, heißt es in der Studie der Universität Mainz.

Von den insgesamt 3,4 Millionen pflegebedürftigen Menschen in Deutschland werden laut Statistischem Bundesamt 2,6 Millionen zu Hause gepflegt – wobei ein Großteil der Pflege von Angehörigen geleistet wird. Dass sie erheblichen Belastungen ausgesetzt sind, ist schon länger bekannt. Die neue Studie zeigt nun „weitere Zuspitzungen in der häuslichen Pflege älterer Menschen während der Covid-19-Pandemie“, so die Autoren.

Für die Umfrage wurden bundesweit 330 pflegende Angehörige online befragt, zusätzlich gab es einzelne ausführliche Interviews mit Personen dieser Stichprobe. Die Daten wurden vom 15. bis 19. Juni 2020 erhoben, also erst nach der Zeit der strengen Kontaktverbote. Der Altersdurchschnitt der Befragten lag bei rund 50,5 Jahren, jener der pflegebedürftigen Personen bei 81,6 Jahren. Meist waren die Pflegenden die Töchter oder Söhne sowie Schwiegertöchter oder -söhne.

Nach einer Studie spiegelt die „stressige Betreuungssituation“ sich in einer Verschlechterung der Beziehung zwischen Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen wider.

„Unsere Ergebnisse zeigen, dass sich die ohnehin prekäre Situation der Altenpflege zu Hause unter den gegenwärtigen Umständen verschärft“, sagte die Mainzer Sozialpädagogin Cornelia Schweppe. Einerseits habe die zeitliche Belastung durch die Pflege aufgrund von Corona zugenommen, andererseits seien Besuche von Verwandten, Bekannten oder Freunden bei der pflegebedürftigen Person in vielen Fällen deutlich verringert worden, hieß es.

Die „stressige Betreuungssituation“ spiegele sich in einer Verschlechterung der Beziehung zwischen Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen wider. 75 Prozent der Befragten gaben demnach an, dass ihre Beziehung zur pflegebedürftigen Person schlechter geworden sei – 33,8 Prozent berichteten von häufigeren Konflikten. Dies, so Studien-Mitautor Vincent Horn, sei besorgniserregend, weil eine hohe Belastung der Angehörigen „als wichtiger Faktor für Gewalt in der Altenpflege“ gelte.

Mehr als die Hälfte der pflegenden Angehörigen (52 Prozent) empfindet die Pflege demnach belastender als vor der Corona-Pandemie. 38 Prozent gaben sogar an, sich durch die aktuelle Betreuungssituation überfordert zu fühlen. Dass sich pflegende Angehörige zunehmend angespannt und überlastet fühlten, seien „alarmierende Ergebnisse“, so die Studienautoren. Mehr als zwei Drittel der Befragten beobachteten zudem, dass Einsamkeit oder depressi-

ve Verstimmungen bei der pflegebedürftigen Person zugenommen hätten.

Vieldiskutiert wird derzeit das Thema der Einschränkung sozialer Kontakte zum Schutz Pflegebedürftiger: 85 Prozent der Befragten gaben an, Besuche von Verwandten, Freunden und Bekannten bei der pflegebedürftigen Person reduziert zu haben. Darüber hinaus sagten 43 Prozent, dass sie selbst den Kontakt zur pflegebedürftigen Person eingeschränkt hätten. Fast die Hälfte der Befragten stellte negative Auswirkungen der Corona-Zeit auf den Gesundheitszustand der pflegebedürftigen Person fest: 60 Prozent berichteten, dass wichtige Arzttermine aufgrund der Corona-Pandemie nicht wahrgenommen werden konnten. 30 Prozent gaben an, dass auf notwendige Krankenhausaufenthalte verzichtet worden sei. Die medizinische Versorgung der pflegebedürftigen Personen sei damit „erheblich beeinträchtigt" worden, so die Studie.

Von der Politik fühlen sich zwei Drittel der Befragten nach eigenen Angaben „im Stich gelassen". Das sei auch deshalb schwerwiegend, so Schweppe, weil pflegende Angehörige oft keine tragfähigen Strukturen zur Unterstützung hätten. Fast jeder dritte Befragte habe keine Person, mit der er über seine Bedürfnisse und Anliegen sprechen könne.

Norbert Demuth

„Beeindruckend ist die gemeinsam getragene Verantwortung"

Karl-Heinz Huber, Vorsitzender der DiAG Altenhilfe, Hospizarbeit und Pflege, über Erfahrungen in und Lehren aus der Corona-Krise

Wie ein Tornado aus heiterem Himmel hat die Corona-Pandemie alle Bereiche der Gesellschaft durcheinandergewirbelt und von jetzt auf nachher in den Krisenmodus versetzt. Im Gespräch mit Thomas Maier schildert Karl-Heinz Huber, Vorsitzender der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft Altenhilfe, Hospizarbeit und Pflege, Erfahrungen aus der Perspektive der Pflegeeinrichtungen und formuliert Lehren, die aus der Corona-Krise gezogen werden sollten.

Herr Huber, der Lockdown in der Corona-Krise hat auch die Pflegeeinrichtungen vor noch nie da gewesene Herausforderungen gestellt: fast tägliche neue Verordnungen, umfangreiche Schutzmaßnahmen für Mitarbeitende und Bewohner*innen, Besuchsverbote für Angehörige. Wie haben Sie persönlich die Situation erlebt?

Huber: Im Gegensatz zu den Meldungen in der Presse, dass das Leben ruht, war in der Pflege die Situation eine ganz andere. Bei uns waren die nötigen Anstrengungen eher größer und es war eine besondere Herausforderung, sie täglich neu zu bewältigen. Das hat eher zu mehr Arbeit und zu mehr Einsatz geführt, als dass wir durch Corona eingeschränkt worden wären. Wir mussten immer auf dem aktuellen Stand sein, das heißt ständig die Meldungen vom Robert-Koch-Institut, von den Ministerien und den Gesundheitsämtern verfolgen und mit den vorhandenen Möglichkeiten dafür sorgen, dass sowohl die Bewohner*innen und Klient*innen als auch die Mitarbeitenden möglichst gut geschützt sind. Umgetrieben hat uns in dieser Zeit besonders die Sorge um die Mitarbeiter*innen im ambulanten Bereich, wo wir täglich eine Vielzahl von Hausbesuchen machen und nie gewusst haben, was uns hinter der nächsten Haustür erwartet. Im Heimbereich waren es insbesondere die Einschränkungen der Freiheit, die belastend waren. Wenn dann noch ein Infektionsgeschehen in einer Einrichtung dazu kam und man womöglich Quarantänebereiche ausweisen, zweierlei Dienstpläne schreiben und getrennte Versorgungen organisieren musste, dann war das eine enorme zusätzliche Belastung.

Die Corona-Krise zeitigt unterschiedlichste Auswirkungen. Da geht es nicht nur um organisatorische und wirtschaftliche Herausforderungen für die Dienste und Einrichtungen, sondern auch um sehr sensible Fragen des menschlichen Umgangs mit den Bedürfnissen von Bewohner*innen und

Angehörigen. Wie stellt sich die Situation bei den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft dar?

Huber: Es ist ein großer Unterschied, ob eine Einrichtung mit einem Infektionsgeschehen konfrontiert war oder man „nur“ die Vorsichtsmaßnahmen umzusetzen hat. Wie es sich wirtschaftlich auswirkt, wird man sehen, wenn die Rettungsschirme, die ja schnell angekündigt wurden, jetzt auch umgesetzt werden. Da gibt es durchaus die Sorge, dass im Nachhinein doch nicht alles abdeckt ist, was ursprünglich in Aussicht gestellt wurde. Was vor allem die Kolleginnen und Kollegen in der stationären Altenhilfe sehr belastet, ist, dass die konzeptionellen Fortschritte, die wir in den letzten 20, 25 Jahren dort gemacht haben in Richtung Selbstbestimmungsrecht für die Bewohner*innen, in Richtung Angehörige einbeziehen, in Richtung Öffnung zum Gemeinwesen hin in der Corona-Krise zurückgenommen werden müssen. Wir mussten uns abschotten und das schmerzt natürlich. Jetzt den Weg zurück zu finden zu einer neuen Art der Normalität, wird uns noch eine ganze Weile beschäftigen.

Wie hat angesichts der komplexen, gelegentlich unübersichtlichen Gemengelage die Zusammenarbeit mit den Behörden und Leistungsträgern funktioniert?

Huber: Was ich vor Ort in den Landkreisen Lörrach und Waldshut erlebt habe, hat im Wesentlichen gut funktioniert. Man hat gemerkt, die Behörden, insbesondere die Gesundheitsämter und Heimaufsichtsbehörden, hatten das gleiche Ziel wie die Einrichtungen. Im Normalbetrieb sind die einen die Leistungserbringer und die anderen die Kontrolleure, die genau darauf achten, dass die Leistungen auch so erbracht werden, wie es das Gesetz und die Verträge vorschreiben. In dieser Ausnahmesituation waren wir aber im Prinzip zusammen in einem Boot und haben gemeinsam an einem Ziel gearbeitet. Das hat dazu geführt, dass individuelle Lösungen gefunden werden konnten, um das gemeinsame Ziel, die Bewohner*innen zu schützen, möglichst optimal zu erreichen. Wenn diese Art der Zusammenarbeit über die Corona-Krise hinaus wirkt, wäre das natürlich schön. Die Situation auf Landesebene habe ich nur über die Informationen des Diözesan-Caritasverbandes mitbekommen. Wir haben versucht zurückzumelden, was unsere Anliegen sind, diese Kommunikation hat auch funktioniert. Sicher gibt es Punkte, die man kritisieren kann, vor allem was die Zeitpläne angeht. Wenn neue Verordnungen umzusetzen waren, dann wurde in der Ministerialverwaltung nicht immer daran gedacht, dass das in den Einrichtungen auch kommuniziert und organisiert werden muss. Das haben wir zurückgemeldet und diese Kritik wurde auch angenommen.

„Die Corona-Krise lehrt uns, dass wir unser Gesundheitssystem sicher nicht an rein ökonomischen Erfordernissen ausrichten können“: Karl-Heinz Huber, Vorsitzender der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft Altenhilfe, Hospizarbeit und Pflege.

Gab es im Krisenmodus Erfahrungen, die überraschend waren? Überraschend in der Hinsicht, dass sich daraus zum Beispiel nachhaltige Verbesserungen in den bürokratische Rahmenbedingungen ableiten ließen?

Huber: Was wirklich beeindruckend war, ist die gemeinsam getragene Verantwortung. Also das Gefühl zu haben, nicht zwei verschiedene Positionen zu vertreten, sondern eine gemeinsame Sichtweise zu haben: nämlich mit den jeweils vorhandenen Möglichkeiten einen möglichst großen Schutz zu erreichen für die Bewohnerinnen und Bewohner wie auch für die Mitarbeitenden in den Einrichtungen. Am Anfang war ja die Schutzausrüstung noch nicht im vollen Umfang da. Wir mussten überlegen, in welcher Situation setzen wir die paar wenigen FFP2-Masken ein, wie gehen wir vor, wer wird getestet und wann wird getestet, immer mit der Abwägung, die vorhandenen Ressourcen optimal einzusetzen. Das hat in der Kommunikation vor allem mit den Gesundheitsämtern gut geklappt.

Ist hier zwischen den Akteuren ein neues Vertrauen gewachsen, das in die Zukunft hinein ausstrahlen könnte?

Huber: Das Stichwort Vertrauen ist sicher ein ganz wichtiges. Ich glaube, beide Seiten haben gemerkt, dass der gute Wille da ist und auch die Anstrengung unternommen wird, um alles zu tun, um für die Menschen das Bestmögliche zu erreichen.

Welche Lehren sollten aus Ihrer Sicht sowohl die Politik als auch die Pflege aus den vergangenen Wochen und Monaten ziehen?

Huber: Im Hinblick auf die Bewältigung der Pandemie ist eine wichtige Lehre, dass es sicher nicht sein kann, dass wir unser Gesundheitssystem rein an ökonomischen Erfordernissen ausrichten. Es sind einfach Vorsorgemöglichkeiten vorzuhalten, die Geld kosten, die wir aber brauchen. Das hat diese Situation gezeigt. Und das muss man bei der Planung der Versorgungsstruktur im Land und im Bund im Blick behalten. Für die Pflege wünsche ich mir, dass die Anerkennung, die sie in dieser Zeit bekommen hat, nicht verschwindet, sondern dass sie verstetigt wird, dass sie nachhaltig ist. Die Politik muss mit den Einrichtungsleitungen und Trägern weiterhin daran arbeiten, die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte gut zu gestalten. Dann ist der Beruf attraktiv und dann bekommen wir auch Nachwuchs für diese Berufe. Das ist eine Aufgabe für Jahre, sie ist nicht mit der Pandemie oder dem Finden eines Impfstoffes erledigt.

Was sind für Sie wichtige Stellschrauben, um die Attraktivität der Pflegeberufe nachhaltig zu steigern?

Huber: Für meine Begriffe ist es die Vereinbarkeit der beruflichen Belastung mit dem normalen Leben, also das, was man modern als life-work-balance bezeichnet. Das muss auch in der Pflege möglich sein, so wie in anderen Berufen. Ich sehe noch nicht einmal so sehr die Bezahlung im Vordergrund. In der Caritas bezahlen wir seit Jahren einen ordentlichen Tarif, den wir in verschiedenen Punkten auch weiterentwickelt haben. Das ist durchaus vergleichbar mit anderen Dienstleistungsberufen. Allerdings bieten wir unseren Dienst 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr an. Und deshalb brauchen wir eine Arbeitsorganisation, die Privatleben und persönliche Wünsche berücksichtigt und integriert. Daran müssen wir weiter arbeiten.

Als „Pflegereservistin“ im Einsatz

Drei Fragen an Daniela Züfle, Referentin beim Diözesan-Caritasverband

Daniela Züfle ist Referentin für Bildung und Beratung von Gesundheitseinrichtungen im Diözesan-Caritasverband. Im April „wechselte“ sie als „Pflegereservistin“ vorübergehend ins Freiburger St. Josefskrankenhaus. Thomas Maier sprach mit ihr über diesen Einsatz.

In der Akutphase der Corona-Krise waren Sie als „Pflegereservistin“ im Einsatz? Wie kam es dazu, und wie lange dauerte Ihr Einsatz?

Züfle: Ja, ich konnte im April für vier Wochen als Gesundheits- und Krankenpflegerin auf einer Covid-19-Isolierstation im St. Josefskrankenhaus in Freiburg arbeiten. Durch mein berufliches und privates Umfeld beschäftigte mich schon früh der Gedanke eines möglichen, zeitlich begrenzten Einsatzes in der Pflege, sollte sich die Situation weiter zuspitzen. Mitte März trat dann das weitgehende Besuchsverbot für die stationären Pflegeeinrichtungen und die Einrichtungen der Behindertenhilfe in Kraft und schon da zeichnete sich die zunehmend schwierige personelle Situation ab. Im Verband bin ich als Referentin für Bildung und Beratung von Gesundheitseinrichtungen tätig. Es wurde schnell klar, dass wir unserer originären Aufgabe, welche wir vor allem in den Organisationen vor Ort ausüben, nicht mehr nachkommen konnten, weil dort jede verfügbare Kraft für die Versorgung der Bewohner*innen und Patient*innen benötigt wurde. Ich hatte den Wunsch, mich dort einzubringen, wo es nötig war. In dieser Situation sprach ich meine Abteilungsleiterin an, wie sie zu einem zeitlich begrenzten Einsatz in einer Gesundheitseinrichtung stünde und sie unterstützte diese Idee sofort.

Wie muss man sich das vorstellen: Wurden Sie vom Diözesan-Caritasverband einfach „ausgeliehen“? Oder gab es bürokratische Hürden, die überwunden werden mussten, zum Beispiel arbeitsrechtlicher Art?

Züfle: Ich wurde zeitlich befristet frei gestellt, so dass mein Dienstvertrag mit dem Diözesan-Caritasverband für diesen Zeitraum zum Ruhen kam. Sicherlich erleichterte der Umstand, dass sich das St. Josefskrankenhaus als Mitgliedseinrichtung des Verbandes auch an den AVR orientiert, die gesamte Abwicklung. Vom Zeitpunkt der Zusage durch die Leitung bis hin zum Erhalt eines Dienstvertrages vom Krankenhaus sowie den vertraglichen Unterlagen vom Verband vergingen etwa fünf Tage. In dieser Zeit wurde ich durch unsere Per-

Daniela Züfle, Referentin beim Diözesan-Caritasverband, war in der Hochphase der Corona-Krise als „Pflegereservistin“ im Einsatz.

sonalreferentin arbeitsrechtlich beraten und durchlief ein kurzes Vorstellungsgespräch bei der Pflegedienst- und Stationsleitung der vorübergehend eingerichteten Isolierstation. Am Montag darauf begann der Kurzeinsatz.

Was könnte oder sollte aus Ihrer Erfahrung heraus anders werden, um künftig solche Einsätze flexibler und einfacher handhaben zu können?

Züfle: In meinem Fall lief die Anbahnung sehr unbürokratisch und das lag aus meiner Sicht vor allem daran, dass meine direkte Vorgesetzte dieser Idee gegenüber aufgeschlossen war und der Kommunikationsweg zwischen ihr, mir und der Personalreferentin direkt und schnell war. Für eine generellere Handhabung bedarf es meiner Auffassung nach klarer Ansprechpersonen, also geklärter Zuständigkeiten und beschriebener Prozesse, die allen Mitarbeitenden und Führenden im Verband gleichermaßen bekannt sind, so dass die Wege entsprechend einfach zu begehen sind. Sollte dies der Fall sein, kann ich mir vorstellen, dass die Organisation solcher Einsätze von Dienstnehmern und -gebern als unkompliziert wahrgenommen und somit möglicherweise auch verstärkt nachgefragt werden. Ich würde es begrüßen, wenn wir solche Dinge, welche in dieser akuten und für uns ganz neuen Situation gut funktioniert haben, nun in den Regelbetrieb übernehmen.

Der rettende Anker für viele Familien

„Not sehen und handeln“: Familienpflege in Zeiten von Corona

Für die Familienpflegerinnen des Dorfhelferinnerwerks Sölden stand außer Frage, ihre Arbeit für in Not geratene Familien auch in der Corona-Krise fortzuführen. Ideenreich, kreativ und mit gesundem Menschenverstand trugen sie dazu bei, dass Familien diese schwierige Zeit meistern konnten.

Eine alleinerziehende Mutter mit vier schulpflichtigen Kindern leidet unter schweren Kreislaufproblemen. Mit 17 Jahren ist sie nach Deutschland gekommen und hat zuvor in ihrem Heimatland nie eine Schule besucht. Deutsch hat sie sich in Sprachkursen angeeignet. Neben der Alltagsunterstützung für die Familie war die Familienpflegerin vor allem damit beschäftigt, mit den vier Kindern die Schulaufgaben mit dem neuen Lernstoff zu bewältigen.

Mitten in der Corona-Krise kamen die Drillinge bei Familie F. zur Welt. Zwei Geschwisterkinder mit vier und sechs Jahren sind schon da. Die Mutter kann bald nach Geburt nach Hause, aber die Drillinge noch nicht. Die Eltern sind nun ständig zwischen Klinik und Zuhause unterwegs. Die Familienpflegerin kümmert sich um die Alltagsversorgung und die beiden älteren Kinder.

Eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern zwischen vier und zwölf Jahren hat gerade ihr viertes Kind zur Welt gebracht. Eines der Kinder ist behindert. Alle Kinder waren zuhause. Ohne die Unterstützung der Familienpflegerin in allen Belangen der Haushaltsführung und der Betreuung und „Beschulung“ der Kinder hätte die Mutter in diesen Wochen nicht mit ihren Kindern alleine zuhause bleiben können.

Drei Beispiele von vielen, die deutlich machen, weshalb es für uns im Dorfhelferinnenwerk Sölden ebenso wie

Nicht immer ist der gebotene Abstand möglich, zum Beispiel wenn die Familienpflegerin kleine Kinder betreut.

für die meisten anderen Familienpflegedienste mit Beginn der Corona-Krise selbstverständlich war, unsere Arbeit in Familien in Notsituationen fortzuführen. In bester Caritas-Verbundenheit wollten wir – wie sonst auch – „Not sehen und handeln“. Unserem Selbstverständnis entspricht es, gerade in einer Krisensituation verlässlich dazubleiben, den hilfesuchenden Menschen nahe zu sein, heilend und stärkend zu wirken, Hoffnung zu verbreiten statt der Angst die Herrschaft zu überlassen.

Mit jedem Einsatz waren wir herausgefordert, unsere Haltung und unser Selbstverständnis unter den Bedingungen der Corona-Krise umzusetzen und zwar in Verantwortung für Familien und Mitarbeiterinnen. Denn kranke Mütter, Risikoschwangerschaften, Mehrlingsgeburten, Überlastungs- und Erschöpfungszustände und vieles mehr hörten ja mit Corona nicht auf, sondern wirkten verschärft und sorgten erst recht für sich zuspitzende Belastungssituationen. Für uns wurde auch spürbar, dass alle anderen aufsuchenden Hilfen nicht mehr persönlich in den Familien präsent waren. Familienpflegerinnen waren für viele Familien der „rettende Anker“, der für Entlastung, Entspannung und Abwechslung sorgte. Mit Ideenreichtum, Kreativität und gesundem Menschenverstand haben die Familienpflegerinnen dazu beigetragen, dass Familien diese schwierige Zeit meistern konnten. So manche prekäre Situation konnten wir durch unsere Präsenz auffangen.

„Sicherheitsgeländer“ als Voraussetzung für „leibhaftige“ Präsenz

Aber wie ging das nun ganz praktisch? Ich habe es als große Stärke erlebt, dass wir es in der Familienpflege gewohnt sind, ständig nach passenden Lösungen für Situationen zu suchen, die es so noch nie gab. Eine wesentliche Voraussetzung für unsere „leibhaftige“ Präsenz in Familien war ein „Sicherheitsgeländer“ aus unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu gehörte es, so manche Familie erst einmal für das Thema Corona und die damit verbundenen Schutzmaßnahmen zu sensibilisieren. Unsere Mitarbeiterinnen übten mit den Kindern richtiges Händewaschen, nähten passende Alltagsmasken und organisierten eine Alltagsstruktur mit möglichst wenig Außenkontakten. Die Einsatzleitungen hatten für jeden Einsatz eine Risikoeinschätzung vorzunehmen und bei der Einsatzplanung die persönliche Situation der Mitarbeiterinnen zu berücksichtigen.

Wir achteten darauf, dass eine Mitarbeiterin möglichst nur in einer Familie eingesetzt war und nicht zeitgleich mehrere Familien betreute. Es war eine alltägliche Aufgabe zu entscheiden, ob wir einen Einsatz anfangen oder fortführen können und unter welchen Bedingungen. Es kam vor, dass wir Einsätze abgebrochen haben, weil sich die Familie nicht an behördliche Anordnungen wie zum Beispiel das Kontaktverbot gehalten hat. Auch mussten wir Einsätze immer wieder unterbrechen, weil Mitarbeiterinnen oder Mitglieder der Einsatzfamilie selbst zur Corona-Kontaktperson wurden und wir vor einer Fortsetzung des Einsatzes Testergebnisse abwarten mussten.

Familienpflege ist geprägt von Nähe und der Intimität des Zuhauses einer Familie. In großer Verantwortung für sich und die Einsatzfamilien achteten die Mitarbeiterinnen auf Abstand, wo es möglich war. Ein besonderes Augenmerk galt allen Einsatzsituationen mit besonders risikogefährdeten Menschen wie zum Beispiel bei Tumor- oder Lungenerkrankungen. Und gleichzeitig war klar, dass Säuglinge wickeln, Kinder betreuen und das alltägliche Zusammenleben in einer Familie mit Abstand nicht möglich ist.

Hohe Anforderungen und massiver Auftragsrückgang

Die hohen Anforderungen an die Planung und Durchführung der Einsätze gingen einher mit einem massiven Auftragsrückgang im März, April und Mai. Denn alle nicht dringend notwendigen OPs und Reha-Maßnahmen waren abgesagt, viele Väter und Mütter waren in Kurzarbeit und deshalb zuhause und zahlreiche Familien wollten niemand „Fremden“ mehr im Haus haben. Dies führte zu wirtschaftlichem Druck und zu Auslastungsproblemen. Manche Mitarbeiterinnen wurden von der Sorge um ihren Arbeitsplatz umgetrieben. Durch Abbau von Plusstunden und Urlaub, auch durch die vorübergehende Reduzierung von Beschäftigungsumfängen und teilweise durch unbezahlten Urlaub konnten wir die Situation auffangen.

Die Dienste der Familienpflege sind empört darüber, dass es trotz vielfältiger

Im Dorfhelferinnenwerk achtete man darauf, dass eine Mitarbeiterin möglichst nur in einer Familie eingesetzt war und nicht zeitgleich mehrere Familien betreute.

Das Dorfhelferinnenwerk Sölden ist bundesweit der größte Anbieter für Familienpflege im (überwiegend) ländlichen Raum. Mit knapp 300 Fachkräften betreut es jedes Jahr rund 2.500 Familien – von der Ortenau über den Hochschwarzwald bis nach Hohenzollern, vom Markgräflerland über den Hochrhein bis zum Bodensee.

Bemühungen auf Landes- und Bundesebene, bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht gelungen ist, die Familienpflege unter irgendeinem Rettungsschirm unterzubringen. Mit schönen Worten wurde uns zwar die „Systemrelevanz“ bestätigt – aber das war`s dann!

Ich bin mir bewusst, was wir unseren Mitarbeiterinnen zugemutet und welchem Risiko wir sie ausgesetzt haben. Dafür, dass sie diese Zumutungen mitgetragen haben, gibt es meines Erachtens zwei entscheidende Schlüsselworte: Fürsorge und Kommunikation. Es war entscheidend wichtig, die Mitarbeiterinnen regelmäßig über die Corona-Krisenlage im Dorfhelferinnenwerk zu informieren, ihnen Orientierung zu geben und sie tief empfundene Wertschätzung spüren zu lassen. Wir behielten jede Einzelne fürsorglich im Blick und suchten in schwierigen persönlichen Situationen nach tragfähigen Lösungen. Es war uns ein Anliegen, wie wir unsere Mitarbeiterinnen in der aktuellen Situation stärken und nähren können – sei es mit einem Stückchen Seife, einem schönen Text oder einem Stück Osterschokolade. Für mich persönlich wurde die Krisenzeit auch zu einer wertvollen Zeit – denn selten habe ich so viel Solidarität und gegenseitige Unterstützung gespürt, ganz nach dem Motto „Wir sind ein starkes Frauen-Netzwerk und wir schaffen das!“

Was bleibt, ist die Ungewissheit und Sorge vor den langfristigen Folgen. Was bis auf Weiteres auch bleibt, sind Abstandsregeln, Alltagsmasken, besondere Hygienemaßnahmen, Risikoeinschätzungen. Corona geht weiter und ist Teil unseres Familienpflege-Alltags geworden.

Elisabeth Groß

Die Autorin ist Leiterin des Dorfhelferinnenwerks Sölden.

Überlebensnotwendig

Die Corona-Krise wirft auch ein Licht auf die Bedeutung der ambulanten Suchthilfeeinrichtungen im Erzbistum

Schwer drogenabhängige Menschen gehören zu den am stärksten isolierten Gruppen der Bevölkerung. Umso wichtiger sind niederschwellige Hilfsangebote wie beispielsweise der Kontaktladen Offenburg. Das zeigt sich gerade in Corona-Zeiten.

Die Adresse ist leicht und schnell zu finden. Wer den Offenburger Hauptbahnhof Richtung Innenstadt verlässt und sich dann gleich rechts hält, muss nur ein paar Schritte gehen, bis ihm das

„Unsere Einrichtung hat eine entlastende Wirkung auf den öffentlichen Raum“: Klaus Rieger, Leiter des Kontaktladens Offenburg.

„Wir haben die Sorge, dass die kommunalen Zuwendungen sinken“: Hans Joachim Abstein, Leiter des Referats Suchthilfe bei der AGJ.

schlichte Gebäude mit den rot-braunen Klinkersteinen ins Auge fällt. „Kontaktladen Offenburg“ steht auf dem Schild an der Wand. Ein Pfeil weist den Eingang, darüber das Emblem und der Schriftzug der AGJ, des Fachverbandes für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg. Die AGJ ist Träger dieser Einrichtung, deren Klientel zu den randständigsten und am stärksten isolierten Gruppen der Gesellschaft gehört. Soziale Kontakte haben die Betroffenen fast nur innerhalb ihrer eigenen „Szene“, nämlich der Drogenszene. „Bei den Menschen, die hierherkommen, handelt es sich um Schwerstabhängige“, sagt Hans Joachim Abstein, der Referatsleiter Suchthilfe bei der AGJ. „Dabei geht es um harte Drogen wie Heroin oder Kokain.“

Der Offenburger Kontaktladen ist in jeder Hinsicht das, was im Fachjargon als „niederschwelliges“ Angebot bezeichnet wird. Sprich: Jeder und jede kann „einfach so“ kommen, wie Klaus Rieger, Leiter und einer von vier Mitarbeitern der Einrichtung, betont. Der Sozialpädagoge arbeitet seit 2004 in der Einrichtung, nachdem er schon zuvor in der Suchtberatung tätig war. „Für Berufsanfänger wäre das hier sehr schwierig“, sagt er. Schwierig deshalb, weil der Arbeitsalltag in der Einrichtung immer auch etwas Unberechenbares hat. Auf den ersten Blick begegnen die rund 80 Menschen, die von Montag bis Freitag zwischen 9.30 Uhr und 13.30 Uhr hierherkommen, zwar einem überschaubaren Angebot. Sie haben die Möglichkeit, ganz zwanglos andere Betroffene zu treffen, Kaffee zu trinken, sich auszutauschen oder Billards zu spielen. Zweimal in der Woche gibt es auch ein preisgünstiges Mittagessen. Dazu kommt die für viele intravenös drogenabhängige Menschen geradezu überlebensnotwendige Möglichkeit des Spritzentauschs zur Vorbeugung von Hepatitis, Aids und anderen hoch gefährlichen Krankheiten.

Allerdings: Viele Klienten haben nicht „nur“ das Problem der Abhängigkeit von einer einzelnen harten und illegalen Droge. Häufig kommt zusätzlich auch der Konsum von Alkohol und neueren synthetischen Stoffen ins Spiel. Ein explosives Gemisch, zumal die Betroffenen oft auch unter massiven psychischen Problemen leiden. Die Suchtmittel, so die Einschätzung der Experten von der AGJ, sind oft in erster Linie ein „Bewältigungsinstrument“ für tief gehende persönliche Krisen, Einsamkeit und Depressionen.

Eben deshalb kann es im Offenburger Kontaktladen auch mal drunter und drüber gehen. Entsprechend groß sind die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie müssen einerseits über eine ausreichende Belastungsresistenz und Durchsetzungskraft verfügen. Andererseits braucht es Einfühlungsvermögen, Sensibilität und ein Stück Zuneigung zu den schwer von ihrer Abhängigkeit gezeichneten und geprägten Besuchern. Eine Haltung, die vor allem dann schwerfällt, wenn einzelne Gäste des Kontaktladens Aggressionen an den Tag legen,

denen weder mit Zureden, Beschwichtigen und Beruhigen noch mit dem strengen Verweis auf die unumstößliche Hausordnung begegnet werden kann.

Solche aggressiven Verhaltensweisen haben in den letzten Jahren ebenso zugenommen wie die psychischen Erkrankungen der Besucher. Hier konnte immerhin die kontinuierliche Anwesenheit eines durch den Ortenaukreis und die Stadt Offenburg finanzierten Security-Dienstes Abhilfe schaffen. Das ist umso wichtiger, als dadurch die Mitarbeiter des Kontaktladens frei und ohne Angst ihrer wichtigsten Aufgabe nachkommen können: mit den Klienten ins Gespräch zu kommen. Selbstverständlich unaufdringlich und ohne jeden Zwang. „Theoretisch kann jemand über Monate hinweg hierherkommen, ohne mit einem der Verantwortlichen zu sprechen“, so Klaus Rieger. „Aber die Erfahrung zeigt, dass er über kurz oder lang von sich aus mit uns Kontakt aufnehmen wird.“ Ob sich aus diesem punktuellen Kontakt dann mehr entwickelt, beispielsweise eine wirkliche Drogenberatung bis hin zur Vermittlung einer Therapie, ist völlig offen.

Wie in vielen Bereichen der Gesellschaft, so hat die Corona-Krise auch im Blick auf die Hilfe für suchtkranke Menschen neue Erkenntnisse gebracht oder Vermutungen, die es bereits vorher gab, bestätigt. Der Kontaktladen musste aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen eine Zeit lang schließen. Damit fehlte insbesondere den Gästen, die dort regelmäßig verkehren, vorübergehend die niederschwellige Möglichkeit zur Begegnung und zum Gespräch.

Nach der Wiederaufnahme des Betriebs sei deutlich geworden, wie sehr gerade die psychisch am stärksten belasteten Besucher unter den Kontaktbeschränkungen gelitten hätten, so Joachim Abstein. Dasselbe gilt nach jüngsten Erkenntnissen im Übrigen auch ganz allgemein für suchtkranke Menschen, wie beispielsweise Alkoholiker. „Viele von ihnen haben in der Corona-Zeit stärker getrunken und Trockene wurden häufiger rückfällig“, so der Experte.

Die Erleichterung darüber, dass die Offenburger Einrichtung wieder im Normalbetrieb angekommen ist, geht freilich einher mit der Befürchtung der Verantwortlichen, dass die Corona-Krise längerfristig negative Folgen für die Finanzierung der ambulanten Suchthilfe haben könnte. „Angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte haben wir die Sorge, dass die kommunalen Zuwendungen sinken“, erklärt Joachim Abstein. Und er verweist auf das Beispiel Heidelberg, wo die Stadt ihre freiwilligen Zuwendungsleistungen gekürzt hat. Mit der Folge, dass die AGJ 46 Prozent der Betriebskosten ihrer dortigen ambulanten Suchthilfeeinrichtung selbst finanzieren muss. Vornehmlich aus Kirchensteuermitteln, auf die, wenn auch in geringerem Umfang, die meisten Einrichtungen der AGJ ohnehin angewiesen sind.

Was den Offenburger Kontaktladen angeht, können sich die Verantwortlichen aber bislang auf eine solide Finanzierung durch die Stadt und den Landkreis verlassen. Weil offenbar allen Beteiligten bewusst ist, wie wichtig diese Einrichtung ist. „Es liegt in der Natur einer Szene, dass sie sich trifft. Und das gilt natürlich auch für die Drogenszene“, betont Jürgen Weber, ebenfalls langjähriger Mitarbeiter. „Insofern hat der Kontaktladen als Treffpunkt eine enorm entlastende Wirkung auf den öffentlichen Raum: Wir nehmen einiges an Druck raus.“

Michael Winter

Weitere Infos

Der AGJ-Fachverband für Prävention und Rehabilitation bietet im Bereich des Erzbistums Freiburg umfangreiche Hilfen für suchtgefährdete und suchterkrankte Menschen. Vom niedrigschwelligen Kontaktladen in Offenburg bis zu drei Rehakliniken in Freiolsheim, Herbolzheim und Schallstadt unterhält die AGJ 17 ambulante, teilstationäre und stationäre Einrichtungen. Einzugsgebiet des Offenburger Kontaktladens ist der Ortenaukreis und die Stadt. Die Einrichtung wurde 1997 eröffnet, 2004 übernahm die AGJ die Trägerschaft (www.kontaktladenoffenburg.de).

„Es fühlt sich immer noch surreal an“

Unterricht in Zeiten von Corona an der Caritas Fachschule für Pflegeberufe in Bühl

Normalerweise geht es in der Caritas Fachschule für Pflegeberufe „Sancta Maria“ in Bühl ziemlich lebhaft zu. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie hat sich der Schulalltag stark verändert. Die Erfahrungen, die Lehrkräfte und Azubis in der Krise machen, sind durchaus gemischt: Es ist zwar alles anders und sicher nicht einfacher, aber sie lernen auch für die Zukunft.

Eine Pflegeschule lebt von Präsenzunterricht – man begegnet sich, man diskutiert gemeinsam, man lacht miteinander, man lernt individuell und auch im Team. Doch dann kam der 12. März 2020. An jenem Tag wurde bekanntgegeben, dass sich das Corona-Virus in unmittelbarer Nähe, genauer gesagt im Elsass ausgebreitet hatte. Diese Tatsache veranlasste mich dazu, bei den zu jenem Zeitpunkt anwesenden Auszubildenden nachzufragen, wer sich die letzten zwei Wochen im Elsass aufgehalten hatte – schließlich verbringen einige Auszubildende ihre Freizeit im nahe gelegenen Frankreich. Ergebnis war, dass wir gegen 12 Uhr alle Auszubildenden aus der Schule gebeten hatten und zeitnah die Ausbildungseinrichtungen informierten.

So saßen wir schließlich am 16. März 2020 in unserem Lehrerzimmer, und die Situation erschien für das gesamte Team befremdlich. Wie geht es weiter? Wann geht es weiter? Diese zwei Fragen stellten wir uns am häufigsten. Wir mussten allen Dozenten*innen ihre Unterrichte absagen und überlegten uns Arbeitsaufträge für die Auszubildenden, sodass diese auch ohne Präsenzunterricht im Lernstoff weiterkommen.

Ab jenem Zeitpunkt waren wir gefordert: Wie kommunizieren wir am schnellsten mit den Auszubildenden? Wann und wie oft halten wir die Ausbildungsbetriebe auf dem neuesten Stand? Die Auszubildenden unterstützten uns hier aktiv, in dem sie sich selbst eine Mailadresse für den Kurs angelegt hatten und die Klassensprecher*innen als Kontaktperson für die Schulleitung und Lehrkräfte zur Verfügung stellten. Das war und ist uns bis heute eine große Hilfe, da diese Wege der Kommunikation auch für die Zukunft eine wichtige Rolle spielen werden.

Schnell wurde deutlich, dass der Aufwand ein sehr großer werden würde, um die Auszubildenden mit ausreichend Unterrichtsstoff zu versorgen. Denn schließlich müssen die Ergebnisse auch ausgewertet, besprochen, korrigiert und bewertet werden.

Zu Beginn war es wichtig, die Ausbildungseinrichtungen zu informieren, dass die Auszubildenden an den geplanten Schultagen im Homeoffice – Selbstorganisiertes Lernen (SOL) – arbeiten sollen und nicht auf den Dienstplänen in die Schicht eingetragen werden. Ausnahmen wurden mit der Schule kommuniziert.

Als mehrere Tage vergangen waren und absehbar war, dass die Präsenzphasen an der Schule für eine längere Zeit ausfallen werden, konzentrierten wir uns auf die Einführung von Videokonferenzen, um den Kontakt zu den Auszubildenden nicht zu verlieren – bilateral oder mit dem ganzen Kurs. Das Wir-Gefühl sollte gefördert werden! Durch die tatkräftige Unterstützung der IT aus der Verbandszentrale in Freiburg gelang es uns sehr schnell, wöchentliche Videokonferenzen durchzuführen und somit das Thema „Digitalisierung“ zeitnah zu bearbeiten und voranzutreiben.

Die Videokonferenzen wurden insgesamt sehr gut angenommen, wenngleich diese den Präsenzunterricht nicht zu 100 Prozent ersetzen können. Jedoch stellten diese sich als eine zukunftsweisende Möglichkeit moderner Unterrichtsmethoden dar, welche nach Corona gewiss nicht einschlafen werden.
Eine weitere wichtige Erkenntnis war: Die Auszubildenden vermissten die Schule und wollten unbedingt wieder kommen. Ab dem 8. Juni 2020 begannen wir vorsichtig mit Präsenzphasen. Mit vorgegebenem Hygienekonzept und geteilten Gruppen, ermöglichten wir jedem Kurs einmal die Woche in eine Präsenzphase in die Schule zu kommen – parallel gab es weiterhin Videokonferenzen, welche hauptsächlich durch unsere Honorardozenten durchgeführt worden sind. Die Erleichterung durch die Präsenzphasen war bei allen spürbar, da man nun noch etwas Zeit hatte, die 58 Prüflinge auf die Prüfungen vorbereiten zu können. Nun haben wir bereits die schriftlichen Prüfungen hinter uns und sind inmitten der praktischen Prüfungen an den Puppen in unseren Simulationsräumen.

Alles ist anders, das muss man wirklich deutlich sagen. Es fühlt sich noch immer surreal an, und niemand kann uns sagen, wie lange wir diesen Zustand noch haben werden?! Jedoch erleben wir durchaus positive Effekte: Digitalisierung, neue Kommunikationswege, neue Unterrichtsmethoden – hier lernen wir auch für die Zukunft.

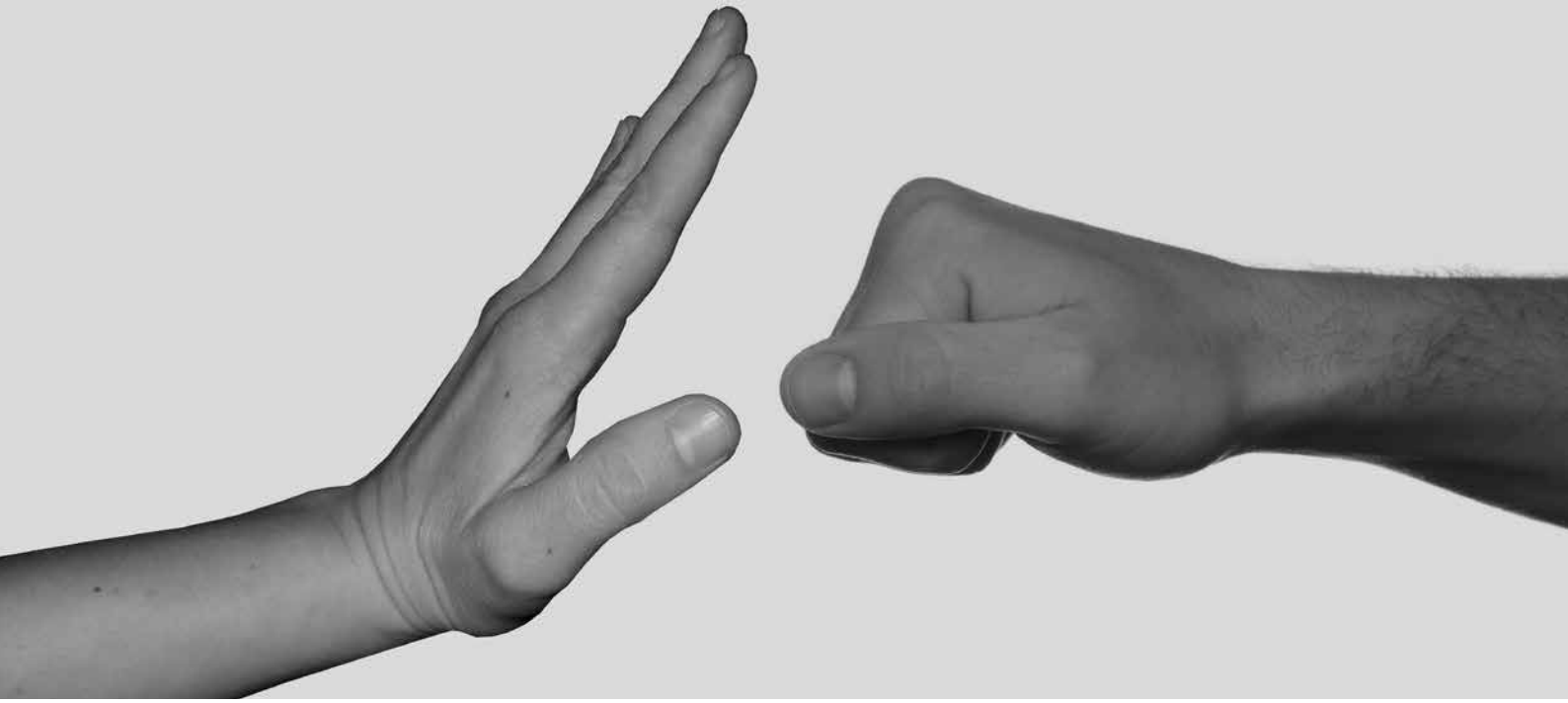
Manuel Benz

Der Autor ist Leiter der Caritas Fachschule für Pflegeberufe „Sancta Maria“ in Bühl.

Pflege-Azubis in der Caritas Fachschule „Sancta Maria“ in Bühl mit Schulleiter Manuel Benz (hinten links).

Gewalt umfassend vorbeugen

Ein ganzheitliches Gewaltschutzkonzept führt verschiedene gesetzliche Perspektiven zusammen



Das Ziel jedes Arbeitsgebers sollte es sein, seine Mitarbeitenden wie auch seine Kunden oder Klienten vor jeder Form von Diskriminierung und Gewalt zu schützen. Dazu ist er nicht zuletzt durch verschiedene gesetzliche Bestimmungen, die einzelne Bereiche betreffen, verpflichtet. Der folgende Beitrag plädiert für eine ganzheitliche Sichtweise auf das Thema „Gewalt" in Organisationen der Caritas.

Die Ausgangspunkte für ein ganzheitliches Gewaltschutzkonzept in den Diensten und Einrichtungen der Caritas bilden die Präventionsordnung gegen sexualisierte Gewalt an Minderjährigen und erwachsenen Schutzbefohlenen im Erzbistum Freiburg (PrävO) sowie die Bestimmungen im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) und im Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG). Die Voraussetzung für eine übergreifende Herangehensweise ist eine Verständigung darüber, was unter Gewalt zu verstehen ist. Gewalt wird in diesem Zusammenhang als (non)verbale Verletzung der Würde einer Person durch körperliche, seelische oder sexualisierte Gewalthandlung definiert. Dabei wird zwischen unabsichtlichen Grenzverletzungen, absichtlichen Übergriffen und strafrechtlich relevanten Taten unterschieden.

In der Präventionsordnung werden Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt und bei Vorfällen in einem institutionellen Schutzkonzept festgehalten. Mindestens eine geschulte Präventionsfachkraft unterstützt den Arbeitgeber bei der Erstellung dieses Schutzkonzepts. Eine Gefährdungsanalyse vorab sowie in regelmäßigen Abständen ermöglicht, dass individuelle Gefährdungen für Schutzbefohlene in einer Organisation erkannt werden.

Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) hat zum Ziel, Benachteiligungen beispielsweise aufgrund von sexueller Orientierung, Ethnie oder Religion zu beseitigen. Mit Blick auf die Präventionsordnung des Erzbistums Freiburg ist das Thema sexuelle Belästigung (§3 Absatz 3 und 4 AGG) hervorzuheben. Im Sinne des Gesetzes muss der Arbeitgeber das Recht auf Beschwerde (§13 AGG) ermöglichen und bei Vorfällen Maßnahmen ergreifen (§12 Absatz 3 und 4 AGG). Präventiv müssen Beschäftigte zur Verhinderung von Benachteiligung geschult werden (§12 Absatz 2 AGG).

Die Paragrafen 4 und 5 des Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG) verpflichten den Arbeitgeber dazu, alle anfallenden Tätigkeiten auf mögliche Gefährdun-

gen zu untersuchen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung zu ergreifen. Dies bezieht sich ausdrücklich auch auf psychische Belastungen, beispielsweise in Folge von Gewalterereignissen. In der Gefährdungsbeurteilung muss dies dokumentiert und aktuell gehalten werden. Hierzu muss eine regelmäßige Beratung im Arbeitsschutzausschuss (§11 Arbeitssicherheitsgesetz) erfolgen, der sich aus der Fachkraft für Arbeitssicherheit (Sicherheitsfachkraft), dem Betriebsarzt, den Sicherheitsbeauftragten, der MAV sowie weiteren Personen zusammensetzt.

Menschen erleben Vorfälle mit Gewalt sehr individuell. Unabhängig von körperlichen Verletzungen oder der „Schwere“ des Vorfalls kann es zu psychischen Symptomen kommen, die sich erst zeitverzögert bemerkbar machen können. Eine Dokumentation ist in zweierlei Hinsicht notwendig: Sie dient der rechtlichen Absicherung beteiligter Personen und bildet eine Grundlage für die hausinterne Gefährdungsbeurteilung.

Die Darstellung der einzelnen Gesetzesgrundlagen macht deutlich, dass ein ganzheitliches Gewaltschutzkonzept sinnvoll und notwendig ist. Dieses nimmt Klient*innen und deren Angehörige sowie Mitarbeitende in den Blick – in Bezug auf Prävention, Intervention sowie Nachsorge von körperlicher, seelischer und sexualisierter Gewalt. Deshalb sollten in den Diensten und Einrichtungen der Caritas die Präventionsfachkraft, Vertreter*innen aus dem Arbeitsschutzausschuss und der Qualitätsbeauftragte im Auftrag des Arbeitgebers eng zusammenarbeiten.

Das heißt, in der Praxis bringen alle Beteiligten ihre Expertise für eine ganzheitliche Gefährdungsbeurteilung ein – im Sinne der Gewaltprävention. Die Gebäudebegehung und die Arbeitsplatzanalyse (Stichwort „Alleinarbeit“) erfolgen gemeinsam mit Klient*innen und Mitarbeitenden, um Rückmeldungen zum subjektiven Sicherheitsgefühl zu erhalten. Die Mitarbeitendenbefragung zur psychischen Belastung wird mit Fragen zur Gewaltprävention erweitert und kann damit eine Maßnahme der Gefährdungsbeurteilung im Sinne der Präventionsordnung sein. So können Gefährdungen erkannt und Wissen über die Fehler- und Achtsamkeitskultur generiert werden.

Ein Vorteil des ganzheitlichen Gewaltschutzkonzepts ist zudem, dass im Interventionsverfahren bei Vorfällen – im Unterschied zur Präventionsordnung – alle Gewaltformen und Personengruppen (Mitarbeitende und Klient*innen als Täter*innen und Betroffene) berücksichtigt werden. Ebenso werden in der Nachsorge betroffene Personen und deren Angehörige sowie Mitarbeitende mit unterschiedlichen Angeboten, zum Beispiel der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste und Wohlfahrtspflege (BGW), unterstützt.

Als Teil einer nachhaltigen Präventionsarbeit ist im Rahmen der Auswertung eines Vorfalls das Schutzkonzept zu überprüfen und somit wiederum eine enge Zusammenarbeit der oben genannten Expert*innen empfehlenswert. Die Gesamtverantwortung liegt jedoch immer beim Arbeitgeber. Sein Ziel sollte es sein, eine Kultur der Achtsamkeit zu fördern, die durch einen respektvollen, grenzachtenden und fürsorglichen Umgang aller handelnden Personen zum Ausdruck kommt.

Juana Leis/Annette Mader

Unterstützung bei Gewaltprävention, -intervention und -nachsorge bietet die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste und Wohlfahrtspflege (BGW) an. Weitere Informationen auf www.bgw-online.de („Umgang mit Gewalt“).

„Einfach den Schalter umlegen, funktioniert nicht“

Ein Gespräch mit der scheidenden Diözesan-Caritasdirektorin Mathea Schneider

Seit der Umstellung auf das hauptamtliche Vorstandsmodell 2014 leitet Mathea Schneider als Vorständin den Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg. Nach sechs Jahren endet satzungsgemäß im Herbst ihre Amtszeit, für eine weitere steht sie nicht mehr zur Verfügung. Im Interview spricht sie über Pionierarbeit, Führungskulturen und Veränderungsprozesse, die ihre Vorstandsjahre im Diözesan-Caritasverband prägten.

Frau Schneider, zum 31. Oktober dieses Jahres endet nach sechs Jahren Ihre Amtszeit als Vorständin des Diözesan-Caritasverbandes. Nach der Umstellung 2014 auf einen hauptamtlichen Zweiervorstand haben Sie hier Pionierarbeit geleistet. Wie haben Sie diese Zeit erlebt?

Schneider: Etwas Neues mitzugestalten empfinde ich sehr reizvoll. Ich hatte das Glück, dass ich in meinem bisherigen Berufsleben fast immer Stellen innehatte, an denen Pionierarbeit gefragt war. Der Unterschied zum bisherigen war, dass im Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg diese Pionierarbeit in einem seit langem bestehenden Organisationssystem zu gestalten war, mit einem über viele Jahre funktionierenden und eingespielten Führungsmodell. Die Organisationskultur ist dadurch nach innen und außen geprägt worden. Die Umstellung von dem Führungsmodell Geschäftsführer / Diözesan-Caritasdirektor und ehrenamtlicher Vorstand hin zu einem hauptamtlichen Zweiervorstand mit dem Caritasrat als Aufsichtsgremium war hier eine deutliche Zäsur. Hinzu kam, dass mit mir erstmals auch eine nicht dem Klerus angehörende Person und Frau in die Verbandsleitung kam. Von dieser geprägten Führungskultur einfach den Schalter umzulegen und zu sagen: ab heute ist alles anders, funktioniert nicht. Die Zusammenarbeit zwischen den Vorstandsmitgliedern und der mittleren Leitungsebene, zwischen Vorstand und Caritasrat, der sich ebenfalls neu in seine Rolle einfinden musste, und auch mit den Gliederungen, Fachverbänden und Mitgliedern war zu gestalten, um die neue Struktur mit Leben zu füllen. Da waren unter anderem Rollen auszuloten und ganz pragmatisch die Kommunikations- und Arbeitsstrukturen, Arbeitsprozesse und -abläufe auf das neue Führungsmodell auszurichten. Das klingt banal, ist es aber nicht. Diese Prozesse habe ich durchaus auch als anstrengend empfunden.

Was haben Sie bei der Ausgestaltung dieser neu geschaffenen Vorstandsposition als besonders herausfordernd erlebt?

Schneider: In unserer Verbandszentrale waren in meiner Beurteilung die organische Verbindung und das strukturierte Zusammenwirken zwischen Vorstand und mittlerer Führungsebene und auch der Führungskräfte untereinander wenig ausgeprägt. Die Delegation von Verantwortung an die mittlere Ebene war nicht konsequent umgesetzt. Das hatte auf mich bezogen zur Folge, dass unfassbar viele, auch operative Dinge zur Entscheidung bei mir gelandet sind. Dieses Phänomen habe ich im Übrigen auch im Zusammenwirken mit den Gliederungen erlebt: In den Satzungen sind zahlreiche Genehmigungsvorbehalte verankert. Hier ist eine deutliche Veränderung nötig. Die unternehmerische Verantwortung muss konsequent vor Ort bleiben.

Welche Akzente konnten Sie in diesen sechs Jahren setzen?

Schneider: Ob ich Akzente gesetzt habe, können andere letzten Endes besser beurteilen. Ich möchte an dieser Stelle einige Punkte nennen, die mir besonders wichtig waren: Die Stärkung der Kommunikation innerhalb der Caritas, mit dem Deutschen Caritasverband, dann innerhalb unserer Erzdiözese mit den Örtlichen Caritasverbänden, den Fachverbänden und Mitgliedern, um in einem partnerschaftlichen Dialog – immer unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips – in der jeweiligen Verantwortung und Rolle unterwegs zu sein. Hier hat sich nach meinem Eindruck eine vertrauensvolle und konstruktive Kommunikationskultur entwickelt. Wir haben wirksame Netzwerkstrukturen, durch unsere Diözesanen Arbeitsgemeinschaften, durch unsere Gremien- und Konferenzstrukturen, die das befördern. Das ist eine Stärke, die aus meiner Sicht eine wichtige Basis für eine wirksame Interessenvertretung und Lobbyarbeit gegenüber unseren Partnern auf kommunaler Ebene und

der Landesebene ist. Unverzichtbar ist die Kooperation mit dem Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart, die auch auf Vorstandsebene profiliert wurde. Ich bin sehr zufrieden, dass wir heute als Caritas Baden-Württemberg gegenüber der Landespolitik und der Öffentlichkeit gemeinsam auftreten. Ich bin überzeugt, dass die Kooperationen der Wohlfahrtsverbände, sei es der vier kirchlichen Wohlfahrtsverbände als auch der Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg, weiter an Bedeutung gewinnen werden. Und ich halte das für strategisch richtig und wichtig, immer mit Blick auf die Ziele, die wir haben: Menschen in Not anwaltlich zu unterstützen. In den vergangenen Jahren konnte ich einige innovative Projekte befördern zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit und Unterstützung unserer caritativen Träger und damit Akzente setzen. Und schließlich war ein weiteres wichtiges Steuerungselement die Besetzung von Führungspositionen auf der mittleren Führungsebene.

Diözesan-Caritasdirektorin Mathea Schneider ist seit November 2014 Vorständin des Diözesan-Caritasverbandes. Ende Oktober scheidet sie aus dem Amt.

Wie hat sich der Verband, der ja ein vielgestaltiges Gebilde ist, in Ihrer Wahrnehmung entwickelt? Wo sehen Sie Veränderungsbedarf?

Schneider: Unsere Träger, Einrichtungen und Dienste bewegen sich in einem sich ständig verändernden Umfeld und müssen mit gesellschaftlichen, sozialen, politischen und technischen Herausforderungen und Rahmenbedingungen umgehen. Die unternehmerischen Anforderungen sind deutlich gestiegen. Das erfordert einen ständigen Entwicklungsprozess. Wer dauerhaft erfolgreich sein will, muss strategische und innovative Antworten finden und Entwicklungen einleiten. Ich bin überzeugt, dass sich die Trägerlandschaft in den kommenden Jahren verändern beziehungsweise weiterentwickeln wird, um diesen Herausforderungen und Anforderungen gerecht zu werden.

Die Position des Vorstandes ist mit einer Fülle unterschiedlichster Aufgaben und Ansprüche verbunden. Blieb in diesen sechs Jahren da noch Zeit für ein Privatleben?

Schneider: Es gab Zeit für ein Privatleben. Ohne die Möglichkeit des Rückzugs ins Private und die Unterstützung durch mein familiäres und soziales Umfeld hätte ich dieses Amt nicht ausfüllen können. Eine gute Balance zu finden und zu halten, war nicht immer ganz einfach.

Sie haben sich nach sechs Jahren jetzt entschlossen, für keine weitere Amtsperiode mehr zur Verfügung zu stehen. Was hat Sie dazu bewogen?

Schneider: Ich habe gemerkt, dass ich an meinen Grenzen angekommen bin. Es war für mich nicht einfach, mir das einzugestehen und zu akzeptieren. In der Konsequenz hieß das für mich, dass ich der mit meinem Amt verbundenen Verantwortung nicht mehr gerecht werde. Daraus habe ich dann auch die entsprechende Konsequenz gezogen und nicht mehr für eine zweite Amtszeit kandidiert.

Wie geht Ihr Weg weiter? Welche berufliche Zukunft haben Sie vor sich?

Schneider: Ja, tatsächlich sehe ich eine berufliche Zukunft vor mir, in die ich auch die Erfahrungen meiner Vorstandstätigkeit einbringen kann.

Mit dem Blick auf den Tag nach dem 31. Oktober: Auf was freuen Sie sich am meisten?

Schneider: Darüber habe ich – ehrlich gesagt – noch nicht wirklich nachgedacht. Jetzt geht es erst einmal darum gut abzuschließen, formal und auch persönlich und die Zwischenzeit zur Entspannung zu nutzen, um mich dann mental auf das kommende Neue auszurichten.

Interview: Thomas Maier

Caritas 4.0 – Digital in die Zukunft

Digitale Transformation in der Sozialwirtschaft: Acht Projektstandorte beteiligen sich an neuem „rückenwind“-Projekt

Die Digitalisierung der Arbeitswelt bringt schon lange einen großen Wandel mit sich und bewirkt besonders in der Sozialwirtschaft ein Einsetzen komplexer Veränderungsprozesse. Das „rückenwind“-Projekt „Digital in die Zukunft“ des Diözesan-Caritasverbandes, das durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert wird, setzt genau hier an. Es will Starthilfe, Begleitung und Unterstützung für acht standortspezifische Digitalisierungsthemen sein.

Das im Juli dieses Jahres gestartete, auf zwei Jahre angelegte Projekt unterstützt aktiv die beteiligten Projektstandorte, die sich aus Ortsverbänden, Einrichtungen und Fachverbänden des Diözesan-Caritasverbandes Freiburg bewerben konnten. In zwei aufeinander folgenden Projektphasen von jeweils einem Jahr setzen jeweils vier Standorte in ihrem eigenen Kontext Projekte der Digitalisierung um.

Antrieb des Projektes sind die einsetzenden Veränderungsprozesse, welche die betriebliche und sozialwirtschaftliche Kultur betreffen und einen der wichtigsten Bausteine im Bereich der sozialen Dienstleistungen ansprechen – der direkte menschliche Kontakt und das persönliche Vertrauen. Dokumentationen, Dienstleistung wie Beratung und Betreuung, aber auch Wissenstransfer müssen mehr und mehr digital erfolgen. Dies stellt Führungskräfte und Mitarbeitende vor neue Herausforderungen und bedeutet direkte Eingriffe in einst „erlernte“ Strukturen.

Mit dem Projekt „Digital in die Zukunft“ begleitet und unterstützt der Diözesan-Caritasverband an acht Standorten Veränderungsprozesse, die mit der Digitalisierung der Arbeitswelt in der Caritas einhergehen.

Um in Zukunft die sich verändernde Gesellschaft weiterhin zufriedenstellend begleiten zu können, braucht es Struktur- und Prozessveränderungen. Digitale Möglichkeiten müssen zunächst akzeptiert und im weiteren Schritt richtig und zielführend genutzt und umgesetzt werden. Für die Organisationen gilt es, sich auf der einen Seite für eine neue Arbeitskultur, für neue Abläufe und Kommunikationskanäle stark zu machen und auf der anderen Seite Klienten und Mitarbeitende dabei mitzunehmen, zu motivieren und ein angemessenes Tempo zu forcieren.

Im Rahmen des Projektes sollen die organisatorischen und technischen Herausforderungen der beteiligten Standorte in den Fokus genommen und Problemstellungen analysiert und besprochen werden. Zusammen mit einem professionellen Beratungsunternehmen werden Führungskräfte und Mitarbeitende bei der Gestaltung der sich verändernden Arbeitsumgebung vor Ort begleitet und gleichermaßen in ihrer Befähigung gestärkt.

Eines der Themen, die im Kontext mit den Standort spezifischen Fragestellungen immer wieder aufkommt, ist beispielsweise die digitale Pflegedokumentation. Diese kann eine enorme Erleichterung im Arbeitsalltag der Anwendenden darstellen, ist sofort schriftlich fixiert und bietet – wenn richtig geführt – eine Basis, durch die in einem Aufschlag der betreuende Kreis einer Person auf der gleichen

Informationsebene ist. In der Praxis kann die Umsetzung aber eine große Herausforderung sein – und diese gilt es zu bewältigen. Soll der Nutzen am Ende ja dem zukommen, um den es in jeder Hinsicht eigentlich geht: dem Menschen.

Um die gesetzten Ziele und standortspezifischen Themen zu erreichen und aufbereiten zu können, wird es über die gesamte Laufzeit ein breites Band an kleineren und größeren Veranstaltungen beziehungsweise Online-Seminaren geben, welche die Möglichkeit zur gezielten Bearbeitung, Reflektion und nicht zuletzt zum Austausch bieten. Denn Digitalisierung bedeutet auch neues Potential für Innovationen, für neue Formen der Interaktion und Kommunikation. Hierfür wird es verbandsweite Vernetzungs- und Strategieveranstaltungen geben, welche sich mit der Fragestellung beschäftigen, wie digitale Transformation im sozialen Sektor innovativ gestaltet werden kann. In Workshops, Seminaren und Einzelcoachings werden dann mit den Standorten ganz konkret grundlegende Themen wie Strategie- und Teamentwicklung und deren projektbezogene Umsetzung erarbeitet.

Das hierfür eigens geschaffene Projektteam freut sich auf die Beschäftigung mit den Themen der einzelnen Standorte und den regen Austausch mit Beteiligten und weiteren Interessierten.

Eva Franke-Maurus

Projektteam
Für das Projekt zuständig ist das in der Stabsstelle Ortscaritasverbände, Fachverbände und Verbandsentwicklung angesiedelte Projektteam Steffen Windhab (Projektleitung, Tel. 0761 8974-149), Philipp Hauer (Projektleitung, Tel. 0761 8974-146) und Eva Franke-Maurus (Assistenz, Tel. 0761 8974-148). Alle sind erreichbar über die zentrale E-Mail: caritas4.0@caritas-dicv-fr.de.

„Wir brauchen eine laute und streitbare Pflege!“

Staatssekretärin Bärbl Mielich diskutierte mit Azubis der Caritas Fachschule für Pflegeberufe in Bühl

Der Kontakt mit der Praxis sei ihr wichtig, sagte Bärbl Mielich zu Beginn ihres Besuches in der Caritas Fachschule für Pflegeberufe in Bühl. Das ließen sich die Auszubildenden mit ihrem Schulleiter Manuel Benz nicht zwei Mal sagen: Sie nutzten die Gelegenheit ausgiebig, um der Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration ihre Erfahrungen in der Pflegeausbildung zu schildern.

Mielich äußerte sich am Ende des rund einstündigen Austauschs dankbar für die durchaus kritischen Rückmeldungen: „Wir brauchen eine laute und streitbare Pflege, um auch politisch weiterzukommen“, betonte sie. Mielich besuchte auf Einladung des grünen Landtagsabgeordneten Hans-Peter Behrens die Caritas Fachschule.

Die Azubis kritisierten vor allem, dass man sie als Vollzeitkräfte in das Pflegesystem hineinrechne und ihre Schulausbildung oft nicht ernst genommen werde: „Eine 100-Prozent-Kraft zum Azubigehalt – das sollte nicht sein!“, sagte eine Schülerin. Ebenso beklagten einige Schülerinnen und Schüler, dass sie die vorgeschriebene Praxisanleitung in den Einrichtungen nicht erhielten. Schulleiter Benz bestätigte diesen Missstand, wollte aber den Schwarzen Peter nicht einfach nur den Einrichtungen zugeschoben wissen: „Der eigentliche Grund dafür ist, dass die Personaldecke schon seit Jahren zu dünn ist.“ Aus dieser Personalnot heraus würden Azubis oft „verheizt“, was nicht selten dazu führe, dass manche schon in der Ausbildung abbrechen oder nach dem Abschluss sich einer anderen beruflichen Tätigkeit zuwenden. Wie in einem Teufelskreis verschärfe sich dadurch der Fachkräftemangel, so das Resümee des Schulleiters.

Die Staatssekretärin betonte das Anliegen der Landesregierung, den Pflegeberuf strukturell zu stärken und bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. „Dafür müssen wir an vielen Stellenschrauben drehen“, sagte die Staatssekretärin. Eine davon sei die generalistische Pflegeausbildung, die mehr Perspektiven innerhalb des Berufsbildes ermögliche. „Eine Aufwertung des Pflegeberufs braucht

Staatssekretärin Bärbl Mielich besuchte auf Einladung des Landtagsabgeordneten Hans-Peter Behrens (links) die Caritas Fachschule für Pflegeberufe in Bühl. Rechts: Schulleiter Manuel Benz.

eine bessere Bezahlung und mehr Handlungsspielräume“, unterstrich Mielich. Zum Beispiel sollten Pflegefachkräfte künftig „auf Augenhöhe“ mit Ärzten zusammenarbeiten. Notwendig sei auch eine Reform der Pflegeversicherung mit dem Ziel, den Eigenanteil der Versicherten zu deckeln. Dadurch eröffneten sich neue Möglichkeiten für eine tarifliche Entlohnung in der Pflege, zeigte sich die Staatssekretärin überzeugt. Sie will auch eine Pflegekammer als eigene berufsständische Vertretung in Baden-Württemberg auf den Weg bringen.

Diözesan-Caritasdirektor Thomas Herkert sagte an die Auzbis und die Staatssekretärin gerichtet, der Caritasverband werde sich sehr für einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel einsetzen. „Persönliche Wertschätzung für die Pflege gibt es durchaus, aber an der gesellschaftlichen mangelt es“, so Herkert. Das habe auch mit Geld zu tun, das anders verteilt werden müsse. Er äußerte die Hoffnung, dass die hohe Wertschätzung für die Pflege, wie sie in der Corona-Krise zutage getreten ist, im öffentlichen Bewusstsein nachhaltig haften bleibe.

Thomas Maier

Mit Kreativität und Tatkraft die Gesellschaft mitgestalten

Digitale Preisverleihung: Caritas, Diakonie und Wirtschaftsministerium vergeben „Mittelstandspreis für soziale Verantwortung“

Drei mittelständische Unternehmen wurden in Stuttgart im Rahmen einer digitalen Preisverleihung mit dem „Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg 2020“ ausgezeichnet: die Bäckerei Stemke aus Schwäbisch Gmünd, die Strenger Holding GmbH mit Sitz in Ludwigsburg und die H. P. Kaysser GmbH + Co. KG aus Leutenbach im Rems-Murr-Kreis.

Sie belegten jeweils den ersten Platz in ihrer Größenkategorie aus insgesamt 222 eingegangenen Bewerbungen und erhielten die Lea-Trophäe. Auch im Jahr der Corona-Pandemie behauptete sich der Lea-Mittelstandspreis als bundesweit teilnehmerstärkster Wettbewerb, der Corporate-Social-Responsibility-

Preisträger in der Kategorie 2: Das Bild von der digitalen Preisverleihung zeigt links Moderatorin Mary Summer und dann im Uhrzeigersinn: Karl und Ingrid Strenger (STRENGER Holding GmbH, Ludwigsburg), Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh, Oberkirchenrat Urs Keller, Ordinariatsrat Thomas Herkert, Erzbischof Stephan Burger und Ministerin Nicole Hoffmeister-Kraut.

Aktivitäten (CSR) kleiner und mittlerer Unternehmen auszeichnet. Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg sowie das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg würdigen mit dem Preis das freiwillige soziale und gesellschaftliche Engagement dieser Unternehmen. Der undotierte Preis steht unter dem Motto „Leistung – Engagement – Anerkennung“ (Lea).

„Die ungebrochen hohe Beteiligung an dem Preis zeigt, wie selbstverständlich es für viele Unternehmen ist, gemeinsam mit gemeinnützigen Partnern ihre gesellschaftliche Verantwortung aktiv wahrzunehmen. Ihr Engagement hat auch in Zeiten der Corona bedingten Beschränkungen nicht nachgelassen. Es ist zu wünschen, dass diese Unternehmen für alle anderen Unternehmen zum Vorbild und zur Motivation werden“, sagte Oberkirchenrat Urs Keller, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Baden im Rahmen der Preisverleihung, die aufgrund der Kontaktbeschränkungen digital übertragen wurde. Ordinariatsrat Thomas Herkert, Vorstandsvorsitzender des Caritasverbands für die Erzdiözese Freiburg, sagte: „Die Gesellschaft mitgestalten – mit Kreativität und Tatkraft: Das zeichnet die Lea-Projekte und ihre Partner aus.

Die drei Preisträger in der Übersicht:

Den Preis für die Kategorie bis 20 Mitarbeitende erhielt die **Bäckerei Stemke aus Schwäbisch Gmünd.** Die Demeter-Bäckerei ermöglicht einer jungen Frau in der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Gmünd eine Ausbildung. Zudem gibt die Bäckerei Lebensmittel an die Tafel in Gmünd sowie an die dortige Begegnungsstätte St. Elisabeth, einer Einrichtung für wohnungslose Menschen. Im Zuge der Corona-Infektion hat das Unternehmen frühzeitig mit dem Fahrradkurier „Der Gmünder Radler“ einen Bringdienst für Backwaren umgesetzt.

In der zweiten Kategorie bis 150 Mitarbeitende ging als Preisträger die **STRENGER Holding GmbH mit Sitz in Ludwigsburg** hervor. Das Bauunternehmen hat schon vor zehn Jahren in Ludwigsburg ein Aufnahmehaus gebaut, das wohnungslosen Menschen die Chance bietet, aus dem Leben auf der Straße auszusteigen. Als Folgeprojekt ist in Stuttgart-Zuffenhausen in Kooperation mit dem Caritasverband Stuttgart ein zweites Aufnahmehaus entstanden, sodass die sozialpädagogische Begleitung der wohnungslosen Menschen gesichert ist. Mit festem Wohnsitz haben sie die Chance, einen Job zu finden und dauerhaft zu behalten.

Sieger der dritten Kategorie bis 500 Mitarbeitende war die **H. P. Kaysser GmbH + Co. KG aus Leutenbach.** Das Unternehmen hat gemeinsam mit der Paulinenpflege in Winnenden ein Azubi-Projekt ins Leben gerufen. Die jungen Kaysser-Mitarbeitenden lernen dabei früh, Vorurteile abzubauen, um die im Unternehmen gelebte Inklusion als Chance mitzutragen. In der „LernFabrik“ der Kaysser GmbH + Co. KG werden etwa junge Menschen mit Behinderung oder Fluchterfahrung ausgebildet. Das Unternehmen passt die Arbeitsplätze an die Fähigkeiten der jungen Menschen an und hilft bei Behördengängen.

Sie bündeln ihr Know-how und ziehen gemeinsam an einem Strang, um etwas zu bewegen. Damit zeigen sie, wie gesellschaftliche Mitverantwortung erfolgreich wahrgenommen wird."

Nicole Hoffmeister-Kraut, Landes-Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, betonte: „Die Wahrnehmung gesellschaftlicher und sozialer Verantwortung ist bei unserem Mittelstand tief verwurzelt. Mit ihren herausragenden CSR-Projekten zeigen die Unternehmen beim 14. Lea-Mittelstandspreis einmal mehr, mit welcher Selbstverständlichkeit sie dieser Verantwortung auch in einer herausfordernden Zeit nachkommen."

Die Bischöfe Stephan Burger und Jochen Cornelius-Bundschuh würdigten als Schirmherren das Engagement der Unternehmerinnen und Unternehmer für die Gesellschaft. Mit Blick auf die derzeitigen gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungen betonten sie, wie unentbehrlich das unternehmerische Wirken sei.

Zur Bewerbung eingeladen waren alle baden-württembergischen Unternehmen mit maximal 500 Beschäftigten, die Wohlfahrtsverbände, soziale Organisationen, Initiativen, Einrichtungen oder (Sport-)Vereine unterstützen und sich gemeinsam mit ihnen gesellschaftlich engagieren. Die öffentliche Anerkennung dieser CSR-Aktivitäten soll zugleich Motivation dafür sein, in der Dauerhaftigkeit dieses Engagements nicht nachzulassen. Bis zum 31. März 2021 kann man sich wieder um den Mittelstandspreis 2021 bewerben. Infos unter https://www.lea-mittelstandspreis.de *(can)*

Jugendliche brauchen eine berufliche Perspektive

Caritas und Diakonie fordern eine Ausbildungsgarantie

Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg befürchten, dass sich die ohnehin wachsende Zahl von Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung Corona bedingt deutlich erhöhen wird. Die Bundesregierung hat im Pakt für Ausbildung bereits Unterstützungsangebote für Ausbildungsbetriebe bereitgestellt. Zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August forderten die kirchlichen Wohlfahrtsverbände, neben der Förderung der Ausbildungsbetriebe die öffentlich geförderte Ausbildung deutlich auszuweiten, um Ausweichmöglichkeiten zu schaffen.

Eine außerbetriebliche Ausbildung in Einrichtungen der Jugendberufshilfe leiste einen wichtigen Beitrag dazu, gerade benachteiligten jungen Menschen eine Lehre zu ermöglichen und ihnen damit eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Darüber hinaus sei es erforderlich, (zukünftige) Auszubildende mit Unterstützungsbedarf durch die assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen während der Ausbildung zuverlässig zu begleiten. „Die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung versprochene Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen muss endlich eingelöst werden", so die Verbände. Baden-Württemberg könne hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Aufgrund der wirtschaftlichen Folgen zeichnet sich ab, dass die Zahl der Ausbildungsbetriebe zurückgehen wird. Arbeitsagenturen, Handwerks-, Industrie- und Handelskammern signalisieren bereits: Es wird für viele Jugendliche deutlich schwieriger, eine Lehrstelle zu finden. Man rechnet mit einem Rückgang bei den neuen Ausbildungsverträgen zwischen fünf und zehn Prozent. Vor allem Jugendliche, die einen schlechteren Schulabschluss haben, die beeinträchtigt oder sozial benachteiligt sind, dürften es besonders schwer haben. Daher appellieren die Verbände auch an die Betriebe, die vielfältigen Unterstützungsangebote von Bund und Land in Anspruch zu nehmen. Damit handelten sie auch in ihrem eigenen Interesse, Fachpersonal für die Zukunft zu sichern.

Die Jugendphase ist von großer Bedeutung, ob und wie junge Menschen den sozialen und gesellschaftlichen Anschluss finden. Vor allem die berufliche Ausbildung ist eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige und gleichberechtigte soziale Teilhabe. „Dafür brauchen alle Jugendlichen allerdings auch die Chance auf eine Berufsaus-

bildung“, so Caritas und Diakonie. In Baden-Württemberg verfügten im Juni 2020 beinahe 17.900 und somit 65 Prozent der unter 25-Jährigen Arbeitslosen über keine abgeschlossene Berufsausbildung, eine Entwicklung, der nach Auffassung der Wohlfahrtsverbände entschieden entgegen gesteuert werden muss.

Der Internationale Tag der Jugend am 12. August wurde 1985 von den Vereinten Nationen ausgerufen und soll an die Bedeutung der Jugend als weichenstellende Lebensphase erinnern. In diesen Zeitraum fallen die Pubertät und die Identitätsfindung sowie meistens auch der Abschluss der Schulzeit, der Beginn des weiteren Ausbildungsweges sowie die Trennung vom Elternhaus. *(tom)*

Helfen, wenn sonst niemand hilft

Der Bischofsfonds der Erzdiözese Freiburg unterstützt jährlich rund 1.500 Mütter und Familien in akuten Notlagen

Eine Schwangerschaft und das Leben als junge Familie bringt Veränderungen und Freude, aber manchmal auch Verunsicherung und Belastung. Für viele Schwangere und Eltern ist eine der Hauptsorgen, das finanzielle Auskommen der Familie zu sichern. Insbesondere Alleinerziehende, Frauen, die in Teilzeit arbeiten oder einen Minijob haben, oder junge Eltern mit einem niedrigen Grundeinkommen stehen hier vor Problemen, die nur schwer aus eigener Kraft bewältigt werden können. Über den Bischofsfonds der Erzdiözese Freiburg werden jährlich etwa 1.500 Frauen und ihre Familien in unterschiedlichen Notlagen unterstützt.

Seit der Einrichtung des Bischofsfonds im Jahr 1973 konnte mehr als 56.000 Frauen und Familien in akuten Notlagen geholfen werden.

Der aus Kirchensteuermitteln finanzierte Fonds, der vom Diözesan-Caritasverband Freiburg verwaltet wird, stellt dafür jedes Jahr eine Millionen Euro zur Verfügung. Vermittelt werden die Hilfen über die 26 katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen in der Erzdiözese, die vom Caritasverband und vom Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) getragen werden. Ziel der Unterstützung ist es, bei werdenden Müttern und Eltern eine positive Zukunftsperspektive als Familie zu wecken und damit die Schwangerschaft und die Annahme des heranwachsenden Lebens zu erleichtern.

Die Sorgen und Nöte der Schwangeren und Mütter sind vielfältig. In Verbindung mit dem professionellen Beratungsangebot der katholischen Schwangerschaftsberatung kann diese konkrete Hilfe, eingebettet in ein umfassendes Unterstützungsangebot, Entlastung bringen. Stellt sich während des Beratungsgesprächs heraus, dass das zur Verfügung stehende Einkommen nicht ausreicht und die gesetzlichen Sozialleistungen nicht zeitnah realisierbar sind, kann die Beraterin einen Antrag auf eine finanzielle Hilfe aus dem Bischofsfonds stellen. Unkomplizierte

Unterstützung wird zum Beispiel gewährt, um existentielle Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnraum und Energieversorgung zu sichern, oft aber auch, um Babyerstausstattung, notwendige Haushaltsgeräte und Möbel anschaffen zu können. In dringenden Fällen kann auch eine Soforthilfe beantragt werden, damit Mütter, die in einer Notlage sind, sich zeitnah für die nächsten Tage mit Lebensmitteln, Babynahrung und Windeln versorgen können.

Seit der Einrichtung des Bischofsfonds im Jahr 1973 konnte auf diese Weise mehr als 56.000 Frauen und Familien in akuten Notlagen geholfen werden. Die Summe aller Zuwendungen von 1973 bis heute beträgt nahezu 35 Millionen Euro. Petra Maurer, die Geschäftsführerin des Bischofsfonds, geht davon aus, dass in den kommenden Wochen und Monaten die Anträge an den Bischofsfonds deutlich ansteigen, weil die Auswirkungen von Kurzarbeit und Jobverlust aufgrund der Corona-Pandemie spürbar werden. „Die Unterstützung durch den Bischofsfonds kann hier helfen, um die Situation von Kindern und Familien zu verbessern und ihnen etwas Sorge zu nehmen“, so Maurer. Mit dem seit Jahrzehnten bewährten Bischofsfonds leiste die Kirche auch einen Beitrag zu dem Projekt „Starke Kinder – chancenreich“, mit dem das Land Baden-Württemberg für das Jahr 2020 die Lage von armutsbedrohten Kindern und Familien besonders in den Fokus rückt. *(can)*

Aktiv für ein gelingendes Miteinander

„Sei gut, Mensch!“: Mit rund 20.000 Euro fördert die Caritas-Stiftung Projekte, die sich für Menschlichkeit und Solidarität stark machen

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“: Nach diesem Motto fördert die Caritas-Stiftung für die Erzdiözese Freiburg mit insgesamt 19.892 Euro dieses Jahr bistumsweit 17 Projekte, die sich für Menschlichkeit, Mitgefühl und Solidarität in der Gesellschaft stark machen. „Wir unterstützen Initiativen, die sich aktiv für ein gelingendes Miteinander einbringen“, erklärte der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes, Diözesan-Caritasdirektor Thomas Herkert, in Freiburg.

Mit jeweils bis zu 1.500 Euro werden Projekte gefördert, in denen sich vor allem Ehrenamtliche engagieren. Die Caritas-Stiftung will damit unterstreichen, wie wichtig dieses Engagement ist. Der Einsatz vieler Bürger*innen für das Gemeinwesen werde oft als „Gutmenschentum“ verunglimpft, so Herkert.

„Dem treten wir entschieden entgegen, indem wir unsere Mitmenschen dazu ermutigen: Sei gut, Mensch!“, betonte er mit Bezug auf das aktuelle Caritas-Jahresthema.

Die Caritas-Stiftung fördert unter anderem einen Schwimmkurs für geflüchtete muslimische Frauen, den der Caritasverband für Dekanat Sigmaringen-Meßkirch organisiert. Unterstützt durch eine Schwimmlehrerin und begleitet von ehrenamtlichen Helferinnen lernen die Frauen im geschützten Rahmen schwimmen. Sie überwinden ihre Angst vor dem Wasser, gewinnen mehr Selbstvertrauen und werden so gestärkt, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, soziale Kontakte zu knüpfen und Erlerntes an ihre Kinder weiterzugeben. Besonders traumatisierte Geflüchtete profitieren zudem psychisch und physisch von den regelmäßigen sportlichen Aktivitäten, durch die zugleich neue Patenschaften und Kontakte zwischen Ehrenamtlichen und Geflüchteten entstehen.

In Karlsruhe unterstützt die Caritas-Stiftung die Einrichtung eines speziellen Männer-Cafés. In der städtischen Übergangsunterkunft leben derzeit etwa 110 Menschen in unterschiedlichen Lebensverhältnissen: Einzelbewohner*innen und Familien, Spätaussiedler und Flüchtlinge. Der Caritasverband Karlsruhe engagiert sich hier mit mehreren Angeboten, unter anderem verschiedenen Kindergruppen, bei denen auch die Mütter mit einbezogen werden. Für die Männer gibt es bislang wenig Angebote. Das wird sich nun durch ein eigenes Café für Männer ändern, in dem sie sich über ihre Sorgen und Erfahrungen austauschen können. Das Männer-Café wird durch männliche Ehrenamtliche organisiert und geleitet, die auch für Gespräche und Aktivitäten zur Verfügung stehen. Die Initiatoren sind davon überzeugt, dass dieses spezielle Angebot sich positiv auf die Familien als Ganzes auswirken und damit das Zusammenleben in der Übergangsunterkunft insgesamt verbessern wird.

Ein weiteres Projekt, das mit Mitteln der Caritas-Stiftung gefördert wird, ist in

Ettlingen die Vernetzung von Ehrenamtlichen, die sich in unterschiedlichen Bereichen engagieren. Der örtliche Caritasverband schult, unterstützt und begleitet Menschen, die sich um Migranten und Geflüchtete kümmern oder in lokalen Initiativen und Netzwerken für Mitbürger in Notlagen sorgen. Über Fortbildungen, Austauschforen und interkulturelle Ausflüge werden die Ehrenamtlichen darin gestärkt, ihr Engagement als gemeinschaftsstiftende Aufgabe für ein friedliches Miteinander im Sozialraum weiterzuführen und sich für eine offene Gesellschaft – gerade wegen der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen – einzusetzen. Dazu gehören auch Angebote zum Beispiel zur Demokratiebildung, zur Zivilcourage oder zum Werteverständnis.

In Lahr unterstützt die Stiftung ein Kooperationsprojekt des örtlichen Caritasverbandes mit der Ringergemeinschaft zur Gewaltprävention speziell für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren. Über die Mobile Jugendarbeit und die Sozialpädagogische Schülerhilfe steht die Caritas mit über 60 Kindern in regelmäßigen Kontakt, die häufig aus sozial benachteiligten Familien mit Migrationshintergrund kommen und nur bedingt in der Lage sind, Konflikte aggressionsfrei auszutragen. Beim „Fair-Kämpfen“ durch Ringen lernen diese Kinder, Sieg und Niederlage einzuordnen und zu akzeptieren. Sie loten ihre Grenzen aus, erleben Körperkontakt, nehmen Nähe, aber auch Distanz war. Über das Angebot, das von Ehrenamtlichen unter der fachkundigen Anleitung des Übungsleiters der Ringergemeinschaft realisiert wird, stärken die Kinder ihr Selbstvertrauen und lernen, Verantwortung für die körperliche und seelische Unversehrtheit des Partners zu übernehmen. *(tom)*

Die Caritas-Stiftung für die Erzdiözese Freiburg fördert karitative Projekte im Raum der Erzdiözese Freiburg, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Um damit vielfältige Hilfe leisten zu können, unterstützt die Stiftung Projekte, die sonst keine Finanzierung erhalten würden und nicht zu Stande kämen.

Spendenkonto:
Caritas-Stiftung Erzdiözese Freiburg,
Bank für Sozialwirtschaft Karlsruhe,
IBAN: DE38 6602 0500 0001 7000 00,
Swift-BIC: BFSWDE33KRL

Caritas bittet um Spenden – Sammelwoche vom 19. bis 27. September

Vom 19. bis 27. September bittet die Caritas in der Erzdiözese Freiburg die Bevölkerung um Unterstützung für benachteiligte Menschen. Die Sammelwoche steht unter dem Leitwort „Hier und jetzt helfen“. Damit sie auf aktuelle Bedarfe und Notlagen reagieren kann, ist die Caritas auf Spenden angewiesen.

„Not ist kein abstrakter Begriff“, sagt Diözesan-Caritasdirektor Thomas Herkert. Wer die Gesellschaft wach und realistisch in den Blick nehme, für den bekämen existenzielle Nöte und konkrete Hilfsbedürftigkeit Gesichter und zeigten sich gerade angesichts der Corona-Krise in den Lebensumständen vieler Menschen: „Wenn das Einkommen einer Familie nicht mehr ausreicht, um das Nötigste zu beschaffen. Wenn Arbeit verloren geht. Wenn

Einsamkeit, Krankheit oder einfach das Alter Beziehungsnetze zerreißen.“
Die Einnahmen aus der Caritas-Sammlung fließen in Projekte und Hilfsangebote, die benachteiligte und notleidende Menschen direkt erreichen. Das große Engagement für die Caritas-Sammlung ist für Diözesan-Caritasdirektor Thomas Herkert immer wieder ein beeindruckendes Zeichen der Solidarität: „Ich danke allen, die dabei mitmachen – den Sammlerinnen und Sammlern, den Spenderinnen und Spendern und allen, die uns durch Zeit, Geld und Gebet unterstützen!“

Bei der Caritas-Sammlung im vergangenen Jahr bewies die Bevölkerung in der Erzdiözese Freiburg mit einem Ergebnis von über 1,1 Millionen erneut große Spendenbereitschaft. *(tom)*

Gerlinde Köhlen neue Vorständin bei der AGJ

Die Mitgliederversammlung hat am 15. Juli die Wahl von Gerlinde Köhlen zum weiteren Vorstandsmitglied des AGJ-Fachverbandes bestätigt. Sie hat ihr Amt zum 1. September 2020 angetreten und bildet zusammen mit Alexander Schmidt den Vorstand des AGJ-Fachverbandes.
Gerlinde Köhlens beruflicher Werdegang im Gesundheits- und Sozialwesen umfasst leitende Positionen im kaufmännischen Bereich. Unter anderem war sie Mitglied der Geschäftsleitung und Kaufmännische Direktorin in der Augustinum gemeinnützige GmbH, Kaufmännische Leiterin des Deutschen Zentrums für Kinder- und Jugendrheumatologie sowie Referatsleitung und stellvertretende Abteilungsleitung für Wirtschaft im Klinikum der Ludwig-Maximilians Universität München. *(can)*

Das neue Führungsteam der AGJ: Alexander Schmidt, Vorstandsvorsitzender (l.), und Gerlinde Köhlen, Vorständin.

In Memoriam

Heinrich Wilhelm Bette, früherer Geschäftsführer des AGJ-Fachverbandes für Prävention und Rehabilitation, ist im Alter von 92 Jahren am 24. Juli 2020 in Freiburg gestorben. In seiner Zeit als Geschäftsführer von 1963 bis 1993 hat er die 1959 gegründete „Katholische Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung in der Erzdiözese Freiburg“ zu einem professionellen caritativen Fachverband mit einer Vielfalt von Einrichtungen der Sucht- und Wohnungslosenhilfe, Beschäftigungsbetrieben und Angeboten des Kinder- und Jugendschutzes entwickelt. Ein Großteil der Einrichtungen und Standorte des Fachverbandes sind von ihm gegründet worden, darunter auch die drei Suchtrehakliniken St. Landelin, Lindenhof und Freiolsheim, würdigte die AGJ Bettes Verdienste in einem Nachruf. *(can)*

„Tu was für andere und lern‘ was dabei“

IN VIA Diözesanverband Freiburg fördert den Ausbau von „Lernen durch Engagement“ in Baden-Württemberg

„Tu was für andere und lern´ was dabei“ – nach diesem Motto unterstützt und fördert IN VIA Diözesanverband Freiburg die Lehr- und Lernform „Lernen durch Engagement“ (LdE) und damit die Engagementbereitschaft junger Menschen in der Erzdiözese Freiburg.

Eine dreijährige Kooperation der Karl Schlecht Stiftung in Aichtal mit der bundesweiten Stiftung „Lernen durch Engagement – Service-Learning“ ermöglicht seit Anfang 2020 die Stärkung

und den weiteren Ausbau von LdE in Baden-Württemberg. Neben dem bereits bestehenden LdE-Kompetenzzentrum in Freiburg baut IN VIA nun zwei weitere am Hochrhein sowie am Nördlichen Oberrhein auf. Ein weiteres neues Kompetenzzentrum der Agentur mehrwert in Stuttgart übernimmt die landesweite LdE-Netzwerkkoordination.

LdE orientiert sich an verbindlichen Qualitätsstandards und ist in einigen Bundesländern mittlerweile fester Bestandteil der Bildungspläne – so auch in Baden-Württemberg. Ziel von LdE ist es, den Unterricht praxisnah zu gestalten, wichtige fachliche, überfachliche und demokratische Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern zu stärken und einen Beitrag zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu leisten.

„Der Erfolg und die Wirksamkeit von LdE hängt stark von der qualitätsvollen Umsetzung durch die Lehrkräfte ab, weswegen Schulen, insbesondere bei der erstmaligen Durchführung, auf eine entsprechende Schulbegleitung angewiesen sind“, so Ulrich Bartel, LdE-Projektleiter und Schulbegleiter bei IN VIA Diözesanverband Freiburg.

Daher wird es zu den Aufgaben der neuen Kompetenzzentren gehören, nicht nur Schulen für die Einführung und langfristige Etablierung von LdE zu gewinnen, Informationsveranstaltungen und Qualifizierungsworkshops durchzuführen, sondern darüber hinaus Lehrkräfte durch fachliche Beratung und Prozessbegleitung zu unterstützen. Außerdem wird sich IN VIA Freiburg auch weiterhin aktiv an der landes- und bundesweiten Netzwerkarbeit der Stiftung beteiligen. Dazu gehört auch die bundesweite Service-Learning-Tagung, die im September 2021 in Mannheim stattfinden wird.

Als Mitwirkende im bundesweiten Netzwerk der „Stiftung Lernen durch Engagement in Deutschland“ berät und begleitet IN VIA seit 2012 Schulleiter*innen und Lehrkräfte bei der erfolgreichen Einführung, Planung und Umsetzung von LdE und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Teilhabe junger Menschen und deren Demokratieverständnis sowie zur zeitgemäßen Bildung. *(can)*

Kontakt:
Ulrich Bartel
IN VIA Kompetenzzentrum für „Lernen durch Engagement – Service-learning“
Alois-Eckert-Straße 6
79111 Freiburg
Tel.: 0761-88665819
Mobil: 0173-8885603
E-Mail: ulrich.bartel@invia-freiburg.de

„Gute Tat mit Radio und Plakat“

Die Freude an der Bahnhofsmission Freiburg war groß: sie gewann in diesem Jahr nicht nur einen FAIR ways-Förderpreis des SC Freiburg. Sie war auch Siegerin im Wettbewerb um den Sonderpreis „Gute Tat mit Radio und Plakat“, der in diesem Jahr erstmalig im Rahmen von FAIR ways ausgelobt wurde.
Auf circa 200 Werbeflächen, an Haltestellen und auf Litfaßsäulen in und um Freiburg machten im August die Plakate im leuchtenden Blau der Bahnhofsmission auf die Hilfeeinrichtung am Bahnhof aufmerksam – und sprachen hoffentlich viele Spender*innen an, die diese wichtige Arbeit unterstützen wollen. Träger der Einrichtung ist der IN VIA Diözesanverband Freiburg gemeinsam mit der Evangelischen Stadtmission Freiburg.

Neben der Gestaltung des Plakates durch Münchrath/Ideen+Medien erhielt die Bahnhofsmission Freiburg eine kostenlose Plakatkampagne von Wall sowie eine Radiokampagne bei baden.fm – rund 100 Mal wurde der Radiospot während des Kampagnenzeitraums in ganz Südbaden gesendet. Den Druck der Plakate trug die Wilhelm-Oberle-Stiftung.

Kampagnenauftakt „Gute Tat mit Radio und Plakat“ am 23. Juli 2020 in Freiburg (v.l.n.r.): Tatjana Fischer und Bernd Vogt (beide von Wall Deceaux), Philipp Spitczock (Bahnhofsmission Freiburg), Susanne Münchrath (Münchrath/Ideen + Medien), Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach, Cathrin von Essen (Wilhelm-Oberle-Stiftung), Barbara Denz (IN VIA Diözesanverband Freiburg), Ewald Dengler und Norbert Aufrecht (beide von der Evangelischen Stadtmission Freiburg) und Sarah Gugel (Bahnhofsmission Freiburg).

SkF Waldkirch füllt Entdeckertaschen mit Lesestoff und Spielideen

Monatelang kein Kindergarten und keine Schule – da brauchen Kinder und Eltern viel Phantasie, Ideen und auch Materialien, um die freie Zeit zu gestalten. So entstand in der Beratungsstelle des SkF Waldkirch, die Schwangerschaftsberatung und Sozialberatung anbietet, die Idee, Bücher- und Entdeckertaschen für Kinder zu packen und zu verschenken. Dank vieler großzügiger Spenden konnten die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle 120 Taschen für Kindergarten- und Grundschulkinder packen (unser Foto). Sehr viele Familien haben das Angebot genutzt und schon nach kurzer Zeit hatten alle 120 Taschen neue neugierige Besitzer und Besitzerinnen. Die Aktion war ein voller Erfolg und es hätten noch etliche weitere Taschen ausgegeben werden können. *(can)*

Caritasverband Acher-Renchtal e.V.

Zum sechsten Mal in die Verlängerung

Heimfürsprecher Johann Horeth engagiert sich in vorbildlicher Weise für das Pflegeheim Erlenbad

Wer Johann Horeth kennt, weiß um seine Begeisterung, seine Kenntnisse und Erfahrungen im Fußball. Nun geht er selbst in seiner langjährigen Funktion als Heimfürsprecher des Pflegeheimes Erlenbad erneut in die „Verlängerung".

Seit Bestehen der Pflegeeinrichtung füllt er dieses Ehrenamt mit großem Eifer, Sachverstand, Verlässlichkeit und menschlicher Nähe aus. Die Heimaufsicht des Landratsamtes Ortenaukreis bestellte ihn auf Vorschlag des Caritasverbandes Acher-Renchtal, der das Pflegeheim Erlenbad betreibt, nun erneut für weitere zwei Jahre – bis August 2022 – zum Heimfürsprecher. Damit übernimmt der ehemalige Bürgermeister von Lauf und einer der „Gründungsväter" des Pflegeheimes Erlenbad bereits zum sechsten Mal dieses wichtige Amt.

Als Heimfürsprecher ist er Interessenvertreter und „Sprachrohr" der Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörigen gegenüber der Heimleitung. Alle 14 Tage kommt Johann Horeth zur Sprechstunde ins Pflegeheim Erlenbad und sucht den persönlichen Austausch und das Gespräch mit Bewohnern und Mitarbeitenden. Dabei stellt ihn die zunehmende Demenzerkrankung der Bewohner ab und an vor eine große Herausforderung in der gegenseitigen Kommunikation, der er aber mit seiner menschlichen Zuwendung und oft auch mit seinem herzerfrischenden Lachen begegnet.

Darüber hinaus sucht er das regelmäßige Gespräch mit der Heimleitung und bringt sich als erfahrener Ratgeber auf Wunsch auch bei anstehenden Entscheidungen ein. Johann Horeth ist bei den jährlichen unangekündigten Qualitätsprüfungen der Heimaufsicht und des Medizinischen Dienstes im Pflegeheim Erlenbad zugegen sowie bei den jährlichen Pflegesatzverhand-

lungen mit eingebunden. An den Angehörigen-Abenden in der Pflegeeinrichtung berichtet er ausführlich über seine Tätigkeit und steht für Rückfragen zur Verfügung. Als Vorstandsmitglied des Fördervereins und als Presseberichterstatter des Pflegeheimes Erlenbad zeigt er seine zusätzliche Verbundenheit mit der Pflegeeinrichtung.

Der Caritasverband Acher-Renchtal ist sehr froh und außerordentlich dankbar, dass sich Johann Horeth in so vorbildlicher Weise ehrenamtlich für das Pflegeheim Erlenbad und die Menschen, die dort leben und arbeiten, engagiert.

Martin Meier

Heimleiter Martin Meier (rechts) ist dankbar für den seit Jahren engagierten Einsatz von Heimfürsprecher Jürgen Horeth (links).

Caritasverband Baden-Baden e.V.

Thorsten Schmieder ist neuer Caritas-Chef

Erneuter Wechsel an der Spitze des Wohlfahrtsverbandes

Nachdem der langjährige Geschäftsführer Jochen Gebele im vergangenen November seinen Ruhestand angetreten und seine Nachfolge schon nach nur wenigen Monaten den Verband wieder verlassen hatte, hat nun seit 1. Juni 2020 Thorsten Schmieder die Geschäftsführung des Caritasverbandes Baden-Baden übernommen.

Der 39-Jährige arbeitet seit 2010 beim Caritasverband in der Kurstadt und ist seit 2013 Leiter des Fachbereichs Offene Dienste im Caritaszentrum Cäcilienberg in Lichtental. In seiner bisherigen Tätigkeit war er für eine Vielzahl von Fachdiensten (Beschäftigungsförderung, Caritassozialdienst, Caritas der Gemeinde, Gemeindepsychiatrie, Festraum Cäcilienberg und Tafelladen), Projekte und Kampagnen verantwortlich und hat den Fachbereich in den vergangenen Jahren stetig weiterentwickelt.

Zusammen mit den rund 160 haupt und über 200 ehrenamtlichen Mitarbeitenden, dem Vorstand und dem Caritasrat als Aufsichtsgremium wird Schmieder die Ziele und Wege zukunftsorientiert mitbestimmen und steuern. „Auch der Caritasverband wird sich aufgrund von Veränderungen in Kirche und Gesellschaft neu positionieren müssen, um den uns anvertrauten Menschen weiterhin als Partner zur Seite stehen zu können“, so Thorsten Schmieder. *(can)*

Thorsten Schmieder ist der neue Geschäftsführende Vorstand der Caritas in Baden-Baden.

Übergabe der gespendeten neuen Hardware (v.l.): Franziska Franke, Frank Herzberger, Adrian Struch (alle Caritas), Cornelia Geiger-Markowsky (Soroptimist International), Agnes Lemcke (Caritas), Sabine Wendt, Birte Gräpe und Anemone Bippes (alle Soroptimist International).

Update mit neuen Computern

Soroptimist International spendet Home-Schooling-Hardware für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche

Mit dem Lock-Down im März und den damit verbundenen Schließungen der Schulen zeigte sich ganz schnell, dass sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche in einem weiteren Bereich von Ausgrenzung bedroht sind. Und zwar im Bereich des Home-Schooling über Videokonferenzen, Mail und andere virtuelle Angebote.

Vielen der Kinder aus benachteiligten Familien, die die Angebote des Stadtteilzentrums Briegelacker der Caritas Baden-Baden besuchen, fehlt es schlichtweg an entsprechender IT-Ausstattung, um die Anforderungen der Schulen erfüllen zu können. Da zwar staatliche Hilfen vage in Aussicht gestellt wurden, eine zeitnahe Umsetzung aber wenig wahrscheinlich war, suchte das Team des Stadtteilzentrums nach Lösungen. So kam der Anruf von der Präsidentin von Soroptimist International Baden-Baden, Cornelia Geiger-Markowsky, bei Fachbereichsleiter Frank Herzberger genau zum richtigen Zeitpunkt.

Die Clubschwestern hatten Spendenmittel in Höhe von 5.000 Euro akquiriert und wollten diese für die Anschaffung von Hardware für das Homeschooling für bedürftige Familien investieren. Da der Club seit Jahren die Sprachförderung der Kindertagesstätte finanziell fördert, besteht hier bereits ein guter Kontakt zwischen dem Club und dem Caritasverband. So konnte die Idee in ein Konzept gepackt werden.

Die Mitarbeiter*innen des Stadtteilzentrums sondierten ihre Fälle und prüften, wo eine Unterstützung notwendig war. Sie nahmen dann direkt oder über in den Familien installierte Paten Kontakt auf und informierten über die mögliche Spende. Um Verbindlichkeit und Eigenverantwortung der Familien zu fordern und fördern, wurde ein Eigenanteil von circa 25 Prozent der Anschaffungskosten erhoben. Die angesprochenen Familien waren durch die Reihe sehr erfreut und konnten es kaum fassen, dass sie in den Genuss der Spende kamen.

Trotz Corona bedingten Lieferschwierigkeiten konnten zeitnah dann die ersten acht Geräte, vier Tablets für Grundschüler und vier Laptops, bereits nach den Pfingstferien an strahlende Kinder, Jugendliche und Eltern übergeben werden. Bei eventuell auftretenden Problemen bei der Installation von Programmen wurde zusätzlich Unterstützung durch den verbandseigenen IT-Mitarbeiter angeboten. Aufgrund der zunehmenden Digitalisierung der Schulen ist die Ausstattung mit Laptops und Tablets nicht nur in Zeiten von Homeschooling, sondern dauerhaft für die Inklusion der benachteiligten Kinder in der Schule ein wichtiges Element. Bis nach den Sommerferien sollen weitere Geräte übergeben werden. *(can)*

Hilfe für die Seele

Gerontopsychiatrischer Beratungsdienst bietet neue Kontaktstelle für Senioren

Das Risiko, von einer psychischen Erkrankung betroffen zu sein, nimmt mit steigendem Lebensalter zu. Auch in Baden-Baden gehören Senioren immer häufiger zum Klientel von psychiatrischen Beratungsangeboten. Der städtische Fachbereich Bildung und Soziales hat dieses Problem erkannt und zusammen mit der Caritas Baden-Baden den Gerontopsychiatrischen Beratungsdienst ins Leben gerufen.

Freuen sich über den neuen Psychiatrischen Beratungsdienst (v.l.): Tatjana Hofmann, Thorsten Schmieder und Tanja Fröhlich.

Die Kontaktstelle für Personen ab dem 60. Lebensjahr für den Einzugsbereich des Stadtkreises und seiner Stadtteile nimmt damit eine Vorreiterrolle in der Region ein. „Gerade im Alter könnten viele psychische Erkrankungen erstmals auftreten oder sich verändern“, erklärt Projektleiterin Tatjana Hofmann, die schon im Jahr 2007 im Landkreis Cham in Bayern einen gerontopsychiatrischen Dienst aufgebaut hat. „Eine Kombination mit einer körperlichen Erkrankung kann durch eine psychische durchaus verstärkt werden“, sagt sie.

Tanja Fröhlich, Leitung des Pflegestützpunktes Baden-Baden, bestätigt Hofmanns Beobachtungen: „Bei der Begleitung im Alltag bemerken wir auch das Voranschreiten von psychischen Erkrankungen im Alter. Wir freuen uns deshalb über die Ergänzung unserer bestehenden Unterstützungs-Struktur.“

„Wir wollen die Menschen so lange wie möglich ambulant versorgen“, sagt Hofmann. Der erste Schritt ihres Angebots ist deswegen oft eine Bedarfserhebung, bei der Kooperationspartner ins Boot geholt werden. „Oft braucht es auch nur mal ein entlastendes Gespräch und jemanden, der die Situation sortiert“, so Hofmann. Immer wieder wird sie auch von Personen aus dem Umfeld wie etwa Nachbarn auf mögliche Problemsituationen aufmerksam gemacht. Die Reaktionen der Betroffenen sind dabei sehr unterschiedlich, von Freude über die angebotene Hilfe bis zur Ablehnung. „Bei einem akuten Krankheitsgeschehen ist tatsächlich oft nur die Polizei der erste Türöffner“, erzählt Hofmann. Trotzdem müsse der Einzelne immer bereit sein, das Angebot auch anzunehmen.

Hofmann ist dabei vor allem aufsuchend tätig, besucht also die Menschen, die oft nicht mehr mobil sind oder keine Angehörigen mehr zu Hilfe verfügbar haben. Darüber hinaus bietet der Beratungsdienst immer mittwochs von 15.30 bis 17 Uhr auch ein Gruppenangebot zum Thema „Gesund im Alter“. „Die Treffen werden in den barrierefreien Räumlichkeiten des Scherer Caritaszentrums stattfinden“, erklärt Caritas-Geschäftsführer Thorsten Schmieder.

„Wir wollen mit dem Beratungsdienst deutlich näher an diese Klientengruppe heranrücken und erkennen, welche Bedürfnisse und Probleme sie hat“, erläutert Matthias Voigt vom Fachbereich Bildung und Soziales die Erwartungen der Stadt. Damit wiederum könne man in Baden-Baden durch neue Fachlichkeit und Kooperationsformen spezifische Angebote entwickeln. „Damit sind wir weiter, als die Mehrheit der Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg“, betont Voigt und lobt den Fachbereich um Leiterin Iska Dürr für die Sensibilität in diesem Thema und vor allem für die Bereitschaft, finanzielle Mittel dafür bereitzustellen.

Alina Meier

Caritasverband für den Landkreis Emmendingen e.V.

„Im Landkreis Emmendingen funktioniert das Integrationsmanagement besonders gut“

Fachgespräch und Videokonferenz mit Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha

Einen virtuellen Besuch stattete Baden-Württembergs Minister für Soziales und Integration, Manne Lucha, Mitte Juni dem Caritasverband für den Landkreis Emmendingen ab, um sich über die erfolgreiche Kooperation mit dem Landkreis und dem Deutschen Roten Kreuz im Integrationsmanagement für geflüchtete Menschen zu informieren.

„Ich habe eine gute Verbindung zum Landkreis Emmendingen“, sagte Lucha und betonte, dass er aus vielerlei Gründen gerne hierher komme. Deshalb galt dem Caritasverband auch „mein erster virtueller Besuch – das habe ich so vorher noch nicht gemacht“, so Lucha. Für Caritas-Geschäftsführer Rainer Leweling war das digitale Fachgespräch eine gute Gelegenheit, um die erfolgreiche Kooperation mit insgesamt 23 Integrationsmanager*innen im Landkreis vorzustellen. „Im Oktober 2016 haben sich die Caritas-Geschäftsführer und Vorstände der Erzdiözese mit der dringlichen Bitte, ein Integrationsmanagement ins Leben zu rufen, an Sie gewandt“, erinnerte Leweling an die Ausgangssituation. „Das wurde umgesetzt und wir können berichten, dass das eine gute Entscheidung war.“

Mit dem im Jahr 2017 beschlossenen Pakt für Integration wurde den Kommunen Unterstützung bei der Eingliederung von bereits anerkannten, geflüchteten Menschen zugesagt. Durch die schnellen Anerkennungsverfahren hatten viele der Menschen keinen Anspruch mehr auf die Hilfe von Flüchtlingssozialarbeiter*innen, sodass eine gravierende Versorgungslücke entstanden war.

Caritas-Geschäftsführer Rainer Leweling im Video-Gespräch mit Minister Manne Lucha.

Im Landkreis Emmendingen entschied man sich nach eingehenden Beratungen für ein besonderes Modell: So übertrugen alle Kommunen das ihnen angebotene Integrationsmanagement komplett auf den Landkreis, um eine gute Versorgung in kleinen und großen Kommunen sicherzustellen und Synergien mit der Flüchtlingssozialarbeit und Migrationsberatung zu schaffen. Die insgesamt 17,4 Vollzeitstellen wurden mit Integrationsmanager*innen des Landratsamts, des Caritasverbandes sowie des Deutschen Roten Kreuzes besetzt.

„Mittlerweile finde ich es sehr wichtig, dass die Integrationsmanager keine städtischen Mitarbeiter sind“, sagte Jana Kempf von der Stadt Waldkirch. In ihrer Kommune herrschten anfangs Zweifel an der Übertragung auf den Landkreis. „Die Zusammenarbeit mit den Integrationsmanager*innen war aber von Anfang an sehr positiv und die Rollenverteilung äußerst hilfreich“, bilanzierte Kempf. Sie warb deshalb für eine längerfristige Kooperation.

Jule Rehm und Bettina Lehnes, Caritas-Integrationsmanagerinnen in Waldkirch, unterstrichen mit Beispielen aus ihrem Arbeitsalltag den großen Bedarf an Beratung und Begleitung. Sie unterstützen anerkannte Flüchtlinge beim Ausfüllen von Formularen, bei der Suche nach Sprachkursen, Schulen und Kitas, nach Ärzten, Ausbildungsplätzen und Jobs. „Sehr wichtig ist

dabei der direkte Kontakt zu den Menschen“, sagten Rehm und Lehnes. So würden beim gemeinsamen Teetrinken häufig erst bestehende Probleme offen angesprochen. Sie berichteten von einem jungen Kurden, der dank ihrer Unterstützung einen Werdegang als Erzieher eingeschlagen habe und nur noch Deutsch spreche und einer Familie aus Syrien, deren Tochter viele Jahre ohne soziale Kontakte und Unterstützung gelebt hatte. „Die Familie wusste nicht, dass es in Deutschland Einrichtungen für behinderte Menschen gibt. Jetzt hat die Tochter zum ersten Mal in ihrem Leben Freunde und wird entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert.“

Birgitt Reisenweber, Leiterin der Migrationsberatung beim Caritasverband, dankte dem Land Baden-Württemberg, dass es die Not der ankommenden Menschen gesehen und „viel Geld in die Hand genommen hat“. Dennoch sei die finanzielle Situation nicht einfach: „Die Pauschalfinanzierung deckt inzwischen die tatsächlichen Kosten nicht mehr ab“, sagte Reisenweber. „Eine Anpassung wäre deshalb wünschenswert.“

Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha sprach den Verantwortlichen im Landkreis Emmendingen seine Anerkennung für ihre empathische und gut strukturierte Arbeit aus. Er sagte zu, dass er sich für eine bedarfsgerechte Weiterführung stark machen wolle. „Ich kann Ihnen heute nichts versprechen“, sagte Lucha, auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen. „Ihre gute Arbeit ist aber die beste Möglichkeit, für eine Weiterführung zu werben.“

Julia Fuchs

Caritasverband Ettlingen e.V.

„Wohnen mit Concierge“

Nach mehrjähriger Wartezeit ist es nun abgemacht: Der Caritasverband Ettlingen wird an seinem Standort in Waldbronn zukünftig als Betreiber das „Versorgungszentrum Albterrassen“ realisieren. Zusätzlich zur Tagespflege Albtal am Ettlinger Marktplatz entsteht damit eine weitere Tagespflege mit 15 Plätzen, wie der Verband mitteilte.

Zusätzlich wird der Caritasverband die in Waldbronn möglichen Beratungsangebote für die Einwohner*innen anbieten. Die weiten Wege nach Ettlingen entfallen dann für die Bürger*innen der Kommune Waldbronn und der anderen Höhenstadtteile.

Die herausragend innovative Besonderheit des neuen Versorgungszentrums ist das „Wohnen mit Concierge“. Anders als bei den klassischen Angeboten des Betreuten- oder Servicewohnens steht den zukünftigen Bewohner*innen des entsprechenden Gebäudekomplexes „Albterrassen“ – für eine monatliche Servicepauschale – an sieben Tagen in der Woche eine Ansprechperson mit dem Aufgabengebiet der klassischen Concierge zur Verfügung. Die dafür zu entrichtende Pauschale wird nach Angaben des Caritasverbandes unwesentlich höher sein als an den Standorten mit dem klassischen Betreuten Wohnen. Durch das hohe Maß an Serviceleistung hätten die Bewohner*innen des Komplexes jedoch einen echten, unterstützenden und nachvollziehbaren Mehrwert. Das neue Angebot wird vermutlich Ende 2022 in Betrieb gehen. *(can)*

Caritasverband Heidelberg e.V.

Soziale Teilhabe in der Corona-Krise stärken

Bürgerstiftung Heidelberg übergibt Tablets für die Caritas-Altenpflegeheime

Auch wenn die strikten Kontaktverbote in den Altenheimen jetzt etwas gelockert wurden, kam die Spende der Bürgerstiftung Heidelberg gerade recht. Die Tablets ermöglichen den Bewohnerinnen und Bewohnern der beiden Caritas Altenpflegeheime St. Michael und St. Hedwig jetzt per Videotelefonie mit ihren Angehörigen in Kontakt zu treten.

Die Idee zu dieser guten Tat hatten Gudrun Jaeger und Doris Fritz-

Bewohner und Mitarbeiter der Pflegeheimat St. Hedwig und des Caritasverbands freuten sich über die Gabe der Bürgerstiftung.

Sigmund von der Bürgerstiftung. Wie gut wäre es, dachten sie mit Blick auf die Besuchsverbote in den Seniorenheimen, wenn man einander sehen und hören könnte. Ein Spendenaufruf brachte schnell rund 13.000 Euro zusammen, um die Heidelberger Seniorenheinrichtungen mit modernen Tablets auszustatten, die den Senioren Kontakt in Bild und Ton zu ihren Angehörigen ermöglichen.
Insgesamt 50 der kleinen Computer konnte die Bürgerstiftung anschaffen und, mit der entsprechenden Software und Lautsprechern ausgestattet, den Heimen zur Verfügung stellen. „Connect - Wir stärken soziale Teilhabe“ nennt die Bürgerstiftung ihre Aktion, die genau zur richtigen Zeit kommt.

Beide Pflegeheime sind sehr froh darüber, den Bewohnerinnen und Bewohnern mit den neuen Geräten jetzt Kontakt in Bild und Ton zu ihren Angehörigen ermöglichen zu können.

Peter Wegener

Ganz besondere Ausfahrten

Für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Mitarbeitenden der Pflegeheimat St. Hedwig in Heidelberg waren die letzten Monate ziemlich ereignisreich: erst galt es, von Neuenheim in das Übergangsquartier in die Altstadt umzuziehen, dann kam die Corona-Krise mit ihren Auswirkungen auf die Seniorenheime.

Umso schöner ist das Angebot, das Frank Ehbrecht den älteren Leuten macht: in seiner Rikscha kutschiert er sie durch Heidelberg. Die Fahrten sind so organisiert, dass die Fahrgäste keinen Kontakt mit Frank Ehbrecht oder anderen Personen haben. Deshalb müssen sie auch nach der Rückkehr nach St. Hedwig im Haus keinen Mund-Nase-Schutz tragen. Dieses Konzept sei mit Gesundheitsamt und Heimaufsichtsbehörde so abgestimmt, so Heimleiter Andreas Lauer.
Ein bis zwei Mal pro Woche fährt Ehbrechts Rikscha vor (unser Foto) und lädt zu diesen besonderen Ausfahrten ein. Schlapp macht er so schnell nicht – dank Elektrounterstützung beim Radeln. *(weg)*

Die Krise gut bewältigt

Luitgardhaus dankt seinen Bewohnern für verantwortungsvolles Handeln während des Lockdown

Das Luitgardhaus des Caritasverbandes Karlsruhe ist ein Wohnheim für Menschen mit psychischen Erkrankungen. 17 Personen wohnen direkt im Wohnheim, neun leben in sogenannten Außenwohngruppen und werden von den Mitarbeitern des Luitgardhauses betreut.

„Unsere Bewohner, die oft an chronischen psychischen Erkrankungen leiden, haben in der Regel wenig Außenkontakte“, berichtet Eckart Steinmeier, Einrichtungsleiter des Luitgardhauses. Daher hat der Corona-Lockdown der vergangenen Wochen die Bewohner besonders betroffen, als ihr soziales Netzwerk – der tägliche Gang zur Mittagskantine in der benachbarten St. Vincentiusklinik, der Besuch des Cafés im Park der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin oder das integrative Arbeiten in einer Werkstatt – weggebrochen ist. Sie konnten ihre Familie nicht mehr besuchen und keinen Besuch empfangen. Ihr Lebensmittelpunkt war auf das Wohnheim und den dazugehörigen Garten reduziert.

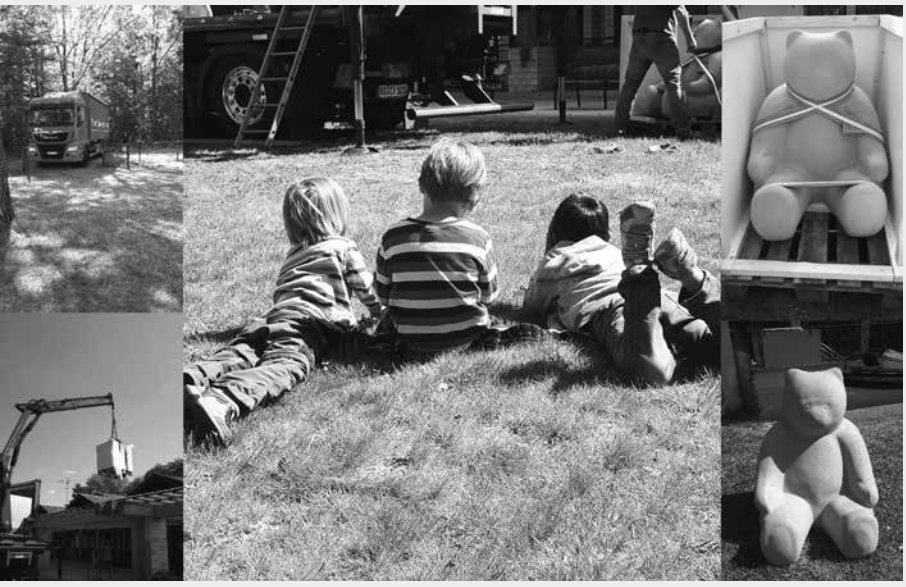
„Das hat im Großen und Ganzen prima funktioniert, auch wenn es für die Mitarbeitenden mehr betreuerische und organisatorische Mehrarbeit bedeutete und für unsere Bewohner die Situation von eintönig bis bedrohlich wahrgenommen worden ist“, so Dirk Saßenroth, stellvertretender Einrichtungsleiter. So musste etwa ein Bewohner der Außenwohngruppe in das Wohnheim überwechseln und ärztlich betreut werden, weil seine Angststörungen durch den Corona-Lockdown noch verstärkt worden sind.

Dennoch haben die meisten Bewohner die Krise bisher gut bewältigt und auch großes Verantwortungsgefühl gegenüber ihren Mitmenschen gezeigt. Um ihre Angehörigen nicht zu gefährden, haben sie diese wochenlang nicht besucht, und die meisten hielten sich genau an die Empfehlungen der Mitarbeiter, um Corona keine Chance zu geben und alle Bewohner zu schützen.

Die Mitarbeitenden wiederum, die zeitweise das Mittagessen für die Bewohner selbst kochten und intensiver betreuen mussten, bedankten sich bei den Bewohner*innen für ihre Einsicht und Unterstützung in der schweren Zeit mit einem internen Gartenfest – räumlicher Abstand und Sicherheitskonzept inklusive.

Gabriele Homburg

Im Kinderhaus Agnes wartet ein Streichelbär auf Kuscheleinheiten



Im Caritas-Kinderhaus Agnes wurde jüngst ein 500 Kilogramm schwerer Beton-Bär angeliefert und mit einem Kran auf eine geeignete Stelle im Gartengelände gestellt (Foto).

Auch wenn die Kinder wegen Corona das Spektakel der Anlieferung nicht direkt miterleben konnten, hat es dem Knuddeln und Streicheln des steinernen Bären keinen Abbruch getan. Möglich wurde dieses Projekt durch die finanzielle Unterstützung der Krille Stiftung.

Trotz höheren Organisationsaufwandes durch die Corona-Maßnahmen freuen sich die Kinder, die Erzieherinnen und nicht zuletzt die Eltern auf jeden weiteren Schritt in Richtung Öffnung. Der Streichelbär nimmt es dagegen ganz gelassen. *(gho)*

Caritasverband Konstanz e.V.

„So wie du für mich kochst, so viel bin ich dir wert“

Transgourmet-Auszeichnung für St. Marienhaus der Konstanzer Caritas-Altenhilfe

Für eine bessere Verpflegung älterer Menschen zu jeder Zeit: Die Caritas-Altenhilfe in Konstanz hat im Wettbewerb „Vom Kostenfaktor zum Glücksfaktor – emotionale Genusskonzepte in der Seniorenverpflegung“ des Lebensmittelgroßhändlers Transgourmet gewonnen und ist „Botschafter emotionaler Genuss“ 2020 in Gold.

Beim gemeinsamen Kochen mit den Bewohner*innen des St. Marienhauses kommt oft auch eine Mobile Küche zum Einsatz. Dieses Foto ist bei ihrer Einweihung 2018 entstanden.

Von rund 50 Einsendungen aus ganz Deutschland hatte eine Expertenjury sechs Finalisten nominiert. Im St. Marienhaus in Konstanz überzeugte die Wettbewerbsjury, dass das Essen regelmäßig gemeinsam zubereitet wird – häufig mit Rezepten von früher. „Das Schnippeln ist gut für die Motorik älterer Menschen und spricht alle Sinne an“, lobte Sophie Carew von Transgourmet, die die Einrichtung vor Ort besucht hat.

In der Zentralküche des Hauses setzt Küchenchef Thomas Winkler auf frische Lebensmittel und Superfood. Von der selbst gekochten Marmelade über passierte Kost bis hin zu Power-Smoothies legt er viel Wert auf hausgemachte Produkte, die auch gemeinsam mit den Bewohner*innen zubereitet werden. Daneben kommt häufig eine mobile Küche zum Einsatz, die von einem regionalen Schreiner angefertigt wurde. Und für alle Bewohner*innen mit Demenz findet im St. Marienhaus jeden Sonntag ein Brunch statt. Diese intensive Einbindung der Senior*innen trägt wesentlich zu ihrem physischen wie psychischen Wohlbefinden bei. „Uns liegen die Bewohner und ihre bedürfnisgerechte Versorgung am Herzen. Der Leitsatz unserer Küche lautet: So wie du für mich kochst, so viel bin ich dir wert“, sagt Thomas Winkler.

Transgourmet setzt sich für eine veränderte und bessere Seniorenverpflegung ein und möchte mit seinem Wettbewerb viele weitere Einrichtungen dazu motivieren. *(can)*

Caritasverband Lahr e.V.

Dialogisch und partizipativ

Gemeinsamer Fachtag der Caritasverbände im Ortenaukreis zum Caritassozialdienst

Dialogisch und partizipativ – das sind zentrale Begriffe aus dem Beratungskonzept der Caritassozialdienste in der Erzdiözese Freiburg.

Und so gestaltete sich auch der gemeinsame Fachtag der Caritasverbände im Ortenaukreis.

Fast 20 Fachkräfte der Sozialen Arbeit aus den Caritasverbänden Acher-Renchtal, Lahr, Kinzigtal und Offenburg-Kehl trafen sich in Haslach, um die gemeinsamen Grundlagen der Beratungsarbeit zu

diskutieren, Verbesserungspotentiale zu benennen und über Herausforderungen zu sprechen. Michael Karmann, Abteilungsleiter beim Diözesan-Caritasverband, stand als kompetenter Diskussionspartner zur Verfügung.

„Oftmals stellt sich die Situation in einer konkreten Notlage komplexer dar, als es ein Beratungskonzept beschreiben könnte“, erklärte Teamleiterin Franziska Pampuch aus dem Caritasverband Lahr. Sozialarbeiter Martin Schindler aus dem gleichen Verband ergänzte: „Wichtig ist dann vor allem die Unterstützung und gemeinsame Reflexion mit Kolleginnen und Kollegen.“ Dafür war beim Fachtag bewusst Zeit eingeplant. Auch wenn ein Beratungskonzept nicht alle Eventualitäten einschließen kann, wurde es von allen Beteiligten als hilfreich empfunden, mit dem Beratungskonzept eine Richtschnur für die praktische Arbeit zu haben.

Der Caritassozialdienst ist eine Anlaufstelle für Menschen, die sich in einer persönlichen Notlage befinden und nach Unterstützung suchen, zum Beispiel bei Armut, Wohnungslosigkeit, Stromsperren, familiären Konflikten etc. Die Sozialarbeiter*innen beraten bei sozialrechtlichen Fragen, geben Informationen zur Sicherung der Lebensgrundlage und in wirtschaftlichen Fragen. Bei Bedarf erfolgt eine Weitervermittlung an andere Fachbereiche und Kooperationspartner. Die Beratung ist vertraulich und kostenlos. Sie kann von jedem – unabhängig von Nationalität und Religion – in Anspruch genommen werden.

Katharina Beck

Caritasverband Mannheim e.V.

Caritasverband Mannheim übernimmt Seniorenresidenz Niederfeld

Die je zur Hälfte beteiligten Gesellschafter der Seniorenresidenz Niederfeld GmbH, die Theodor-Fliedner-Stiftung Mannheim und die Evangelische Diakonissenanstalt Speyer-Mannheim-Bad Dürkheim, sind übereingekommen, das Haus an den Caritasverband Mannheim mit der caritasnahen Luisen-Stephanien-Stiftung als Minderheitsgesellschafter zu übergeben. Die Anbindung an einen leistungsfähigen Träger mit christlichem Profil und regionaler Verankerung soll dazu beitragen, die Zukunftsfähigkeit des Hauses im Wettbewerb zu sichern.

Der Mannheimer Caritasverband übernimmt die Seniorenresidenz Niederfeld rückwirkend zum 1. Januar 2020. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergeben sich durch den Wechsel der Trägerschaft keine Änderungen. Die Seniorenresidenz Niederfeld wird auch unter neuer Trägerschaft ihr gewohntes Profil und ein umfangreiches Angebot für die Bewohner*innen beibehalten.

Die Seniorenresidenz Niederfeld bietet unter einem Dach ein zeitgemäßes und ganzheitliches Angebot in den Bereichen betreutes Wohnen sowie ambulanter und stationärer Pflege. Die Einrichtung verfügt über 108 Appartements und 84 Pflegeheimplätze. Die großzügige Architektur der Residenz und ein parkähnlicher Garten sorgen für Wohnqualität und Komfort der Bewohner und tragen neben der Pflege- und Betreuungsqualität zu dem sehr guten Ruf der Seniorenresidenz Niederfeld bei. *(can)*

Caritasverband Pforzheim e.V.

So sieht die neue Pforzheimer Caritas-Spitze aus

Jürgen Halbleib

Frank-Johannes Lemke

Gabriele Weber

Ein Dreiervorstand führt die Caritas Pforzheim: Neben dem Vorstandsvorsitzenden Frank-Johannes Lemke gehören die Vorstandsmitglieder Gabriele Weber und Jürgen Halbleib dem Führungsgremium an. Gabriele Weber ist beim Verband keine Unbekannte. Sie hat vor 20 Jahren bei der Caritas in Pforzheim als Sozialarbeiterin angefangen und über die Jahre verschiedene Aufgaben und Bereiche im Verband übernommen. Sie ist zuständig für die Alten- und Behindertenhilfe sowie die Sozialen Dienste. Jürgen Halbleib ist ein ausgewiesener Finanzfachmann und war bisher beim Diözesan-Caritasverband Freiburg als Referent für Wirtschaftsberatung tätig. *(can)*

Die Online-Beratung der Caritas kommt der Kommunikationspraxis gerade der jüngeren Generation entgegen.

Online bei den Menschen

Erzbischof Stephan Burger dankt Beratungsdiensten für Engagement in schwieriger Zeit

Seit den Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie nutzen immer mehr Menschen die Möglichkeit der Online-Beratung. Erzbischof Stephan Burger, Vorsitzender der Kommission für caritative Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, machte in diesem Zusammenhang auf die katholischen Beratungsdienste und besonders die Schwangerschaftsberatung aufmerksam.

„In den Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate wurde die Frage gestellt, ob die Kirche in dieser Krise noch ausreichend und angemessen auf die Nöte und Bedürfnisse der Menschen reagieren kann. Daher möchte ich auf die gerade in der jetzigen Krise vielfach von Ratsuchenden genutzte Möglichkeit des Online-Verfahrens unserer Beratungsdienste hinweisen“, so Erzbischof Burger. Die Möglichkeit, sich online beraten zu lassen, werde – nicht nur Corona bedingt – in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

„Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Dienste – in der Erziehungsberatung, der Ehe-, Familien- und Lebensberatung, in der Suchtberatung, der Schuldnerberatung oder der Schwangerschaftsberatung, um nur einige zu nennen, – für ihr großes Engagement in dieser ‚anderen Zeit‘ herzlich danken“, sagte Erzbischof Burger. Was die Schwangerschaftsberatung im Speziellen betreffe, so haben der Deutsche Caritasverband und der Sozialdienst katholischer Frauen diese Beratungsform bereits seit 2001 entwickelt und weiter ausgebaut. Wie Erzbischof Burger in einem Gespräch mit Mitgliedern der AG Katholische Schwangerschaftsberatung auf Bundesebene erfahren konnte, werde dieses Angebot von immer mehr Ratsuchenden in Anspruch genommen.

„Die Online-Beratung ist ein Leuchtturm der Digitalen Agenda der verbandlichen Caritas und wird beständig weiterentwickelt“, betonte Erzbischof Burger. Es werde daran gearbeitet, die Online-Beratung und die persönliche Beratung „Face to Face“ auf Grundlage des Beratungskonzepts des „Blended Counseling“ qualifiziert zu verbinden. Das komme der Kommunikationspraxis gerade der jüngeren Generation sowie dem Kontaktverhalten vieler Ratsuchender entgegen. Dabei gehe es um alle Themen und Aufgabenfelder der katholischen Schwangerschaftsberatung.

Erzbischof Burger unterstrich: „Die katholische Online-Beratung dient hier dem Schutz des ungeborenen Lebens. Ich bin dankbar für dieses seit Jahren kreative Engagement, das über die Corona-Zeit, so hoffe ich, hinausweist.“ *(pef)*

Ein wohnortnahes Krankenhaus ist 93 Prozent der Bürger wichtig

forsa-Umfrage: Mit Kahlschlag bei Kliniken wären Pandemien nicht zu bewältigen

74 Prozent der Bürger glauben nicht, dass Deutschland Pandemien wie die Corona-Pandemie mit deutlich weniger, dafür jeweils größeren Krankenhäusern hätte bewältigen können. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Katholischen Krankenhausverbands Deutschlands (kkvd).

Eine solche drastische Reduzierung der Krankenhausstandorte in Deutschland wird von einigen Wissenschaftlern gefordert. Gleichzeitig ist 93 Prozent der Befragten ein wohnortnahes Krankenhaus sehr wichtig (62 Prozent) oder wichtig (31 Prozent). Die Meinungsforscher fragten, ob Deutschland den Ausbruch der Corona-Pandemie mit etwa der Hälfte, dafür aber jeweils größeren Krankenhäusern hätte bewältigen können. Nur 19 Prozent der Befragten antworten mit Ja. 74 Prozent antworten Nein, durch eine solch drastische Reduzierung würde das Gesundheitssystem vor größere Probleme gestellt. Mit jeweils 78 Prozent wird diese Meinung von den 18 bis 29-Jährigen und den 50 bis 59-Jährigen besonders deutlich vertreten.

Debatte über Kahlschlag „nun wirklich überholt"

Für die Geschäftsführerin des kkvd, Bernadette Rümmelin, ist angesichts der Erfahrung aus der Corona-Pandemie die Zeit für Debatten über einen Kahlschlag in der Krankenlandschaft „nun wirklich überholt". Das dezentrale, flächendeckende Netz an Kliniken sei ein wichtiger Erfolgsfaktor bei der Corona-Bekämpfung gewesen. Mit einem Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft wären Pandemien künftig nicht mehr zu bewältigen. „Das ist auch das Urteil von knapp drei Viertel der Bevölkerung", so Rümmelin.

Reformen der Krankenhausversorgungsstruktur und -finanzierung seien nötig, so Rümmelin. Das sei keine Frage. „Doch wichtig ist nun, dass diese Strukturreform gut geplant vorgenommen und vor allem am regionalen Versorgungsbedarf ausgerichtet wird", betonte sie. Der aktuell herrschende kalte Strukturwandel gefährde immer mehr versorgungsrelevante Kliniken und damit auch die für alle Bevölkerungsgruppen gut erreichbare Gesundheitsversorgung.

Zudem müsse die Finanzierung der Krankenhäuser weiterentwickelt werden.

Bernadette Rümmelin, Geschäftsführerin des Katholischen Krankenhausverbands Deutschlands (kkvd).

Der Katholische Krankenhausverband Deutschlands (kkvd) vertritt bundesweit rund 400 Krankenhausstandorte in katholischer Trägerschaft. Die Mitgliedseinrichtungen des kkvd haben rund 200.000 Beschäftigte. Jährlich werden mehr als 3,5 Millionen Patienten stationär und rund fünf Millionen Patienten ambulant versorgt. Jeder fünfte Ausbildungsplatz in der Pflege ist an ein katholisches Krankenhaus gebunden.
Die forsa-Umfrage fand im Zeitraum vom 15. bis 17. Juni 2020 statt. Es wurden 1.003 zufällig ausgewählte Personen ab 18 Jahre telefonisch befragt. Grafiken und Details zu den Ergebnissen der Umfrage: https://kkvd.de/forsa-umfrage-covid19

Dabei sei wichtig, dass bedarfsnotwendige Kliniken ihre Vorhaltekosten außerhalb des Systems der Fallpauschalen erstattet bekommen. „So kann die wohnortnahe medizinische Versorgung dauerhaft gesichert werden, die über 90 Prozent der Deutschen so wichtig ist“, betonte Rümmelin.

In der Umfrage sagen 62 Prozent, dass ihnen ein Krankenhaus in unmittelbarer Nähe des Wohnortes sehr wichtig ist. Für weitere 31 Prozent ist dies wichtig. Zusammengenommen ergibt das 93 Prozent der Befragten. Nur sieben Prozent bezeichnen ein wohnortnahes Krankenhaus als nicht so wichtig oder unwichtig. In der Altersgruppen der 18- bis 29-Jährigen ist die wohnortnahe Krankenhausversorgung 95 Prozent sehr wichtig oder wichtig, in der Altersgruppe über 60 Jahre gilt dies für 96 Prozent.

Gefragt wurde zudem, wer in den letzten Monaten den größten Anteil hatte, sich um die Testung von Personen auf das Corona-Virus und die Behandlung von COVID-19-Patienten zu kümmern. Aus Sicht von jeweils 36 Prozent der Befragten sind dies die Krankenhäuser und die Gesundheitsämter gewesen. Die Hausärzte wurden von 13 Prozent genannt, alle gleichermaßen sagten neun Prozent. *(can)*

„Leben, Sterben, Deine Begegnung – Dazwischen“

Palliative Care Forum sucht Ehrenamtliche für Hospizarbeit

Das Palliative Care Forum der Erzdiözese Freiburg startet ein Projekt, um junge Erwachsene für die Begleitung von schwerkranken Menschen zu gewinnen. Für die Initiative „Leben, Sterben, Deine Begegnung – Dazwischen“ werden 15 Freiwillige ab 18 Jahren gesucht, die drei Monate lang einmal pro Woche Schwerkranke im Pflegeheim oder zu Hause besuchen wollen.

Begleitet und angeleitet werden die jungen Erwachsenen von Experten. Es sei kein Vorwissen nötig, nur Bereitschaft, sich mit Leben und Tod auseinanderzusetzen, so Projektleiterin Jutta Link. Nach zwei Schulungs- und Informationstagen sind von Oktober bis Dezember acht bis zehn Besuche bei Kranken geplant. Auch suchen Familien mit schwerkranken Kindern Freiwillige, die sich Zeit für die Geschwister nehmen könnten, so das Palliative Care Forum.

Partner des Projekts sind die Hospizgruppe Freiburg, der Malteser-Kinderhospizdienst Freiburg/Breisgau-Hochschwarzwald sowie die Katholische Sozialstation Freiburg. Sie begleiten die Freiwilligen und vermitteln den Kontakt zu den betreffenden Kranken und ihren Familien.

Das Palliative Care Forum ist eine Initiative der Erzdiözese Freiburg. Das Projekt wird in Kooperation durchgeführt vom Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg, dem Erzbischöflichen Seelsorgeamt der Erzdiözese Freiburg und der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg. *(can)*

Weitere Informationen und Anmeldung: https://www.palliative-care-forum.de/html/content/leben_sterben_deine_begegnung_dazwischen.html

Mehr Hilfen bei weltweit wachsender Not

Caritas international: Arbeitsbedingungen für Helfer werden gefährlicher und schwieriger

So viele Nothilfe- und Entwicklungsprojekte wie nie zuvor hat im Vorjahr Caritas international gefördert. Unterstützt wurden vom Auslandshilfswerk des Deutschen Caritasverbands 725 Vorhaben in 81 Staaten, wie aus dem Jahresbericht hervorgeht. Auch der Gesamtetat stieg auf den Rekordwert von 82,2 Millionen Euro; das ist rund eine Million Euro mehr als beim bisherigen Höchststand 2018.

Caritas-Präsident Peter Neher sagte, einerseits belegten die Zahlen, dass mehr Hilfe möglich sei und mehr Notleidende erreicht werden könnten. „Die Kehrseite ist aber der weltweit steigende Hilfebedarf." So seien nach UN-Schätzungen fast 80 Millionen Menschen auf der Flucht und 168 Millionen auf Hilfe zum Überleben angewiesen. „Zu erwarten ist, dass die weltweite Corona-Pandemie diese Zahlen noch weiter steigen lässt", so Neher. Wegen der Corona-Pandemie hat Caritas international ein Sonderprogramm für Gesundheitsprojekte gestartet. Dabei seien seit März rund 600.000 Hilfsbedürftige weltweit unterstützt worden.

Oliver Müller, Leiter von Caritas international, betonte, im Kampf gegen Corona müsse sich die Weltgemeinschaft auf eine „lange, lange Wegstrecke einstellen". Die wegen Corona verhängten Schutzmaßnahmen könnten langfristig zu einer „Pandemie des Hungers" führen. Schon jetzt sei zu erkennen, dass die Pandemie arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen besonders hart treffe.

Zugleich appellierte Müller, auch die anderen, „alten" Krisen und Konflikte nicht zu vergessen. In afrikanischen Staaten führten Klimawandel, Dürren und Heuschreckenplagen zu wachsenden Hungerkatastrophen. In Syrien seien Millionen Flüchtlinge zum Spielball politischer Interessen geworden. Zuletzt habe ein Zyklon das Flüchtlingscamp der Rohingya in Bangladesch überflutet. „Das Leben und Überleben mit multiplen Krisen und Katastrophen gehört für viele Menschen weltweit zum Alltag."

Der Jahresbericht von Caritas international weist für 2019 Einnahmen in Höhe von 84,1 Millionen Euro aus. Davon kamen rund 30 Millionen aus Spenden und 50,6 Millionen Euro aus öffentlichen und kirchlichen Zuwendungen. Der Anteil der Verwaltungs- und Werbekosten lag den Angaben zufolge bei 9,2 Prozent des Gesamtetats und damit etwas höher als im Vorjahr; da waren es 8,5 Prozent. Zwei Drittel der von Caritas international geförderten und organisierten Projekte entfielen auf Soforthilfen nach Naturkatastrophen und Kriegssituationen. Etwa ein Drittel der Hilfsarbeit leistete Caritas international in Afrika, je ein Fünftel in Asien und Nahost. Auf Lateinamerika, dabei vor allem Kolumbien, entfielen knapp 13 Prozent des Hilfsetats.

Alarmiert zeigte sich die Hilfsorganisation angesichts gefährlicher und schwieriger Arbeitsbedingungen. „Die Zahl der jährlich getöteten Helfer hat sich seit den 1990er Jahren verdreifacht, und die Politisierung von humanitärer Hilfe nimmt zu", so Müller. Zugleich werde Hilfsarbeit immer häufiger gesellschaftlich in Frage gestellt oder sogar kriminalisiert. Müller verwies beispielsweise auf die Situation in Syrien, wo Hilfsorganisationen unter Terrorverdacht gestellt würden. *(kna)*

Caritas international hat im vergangenen Jahr 725 Projekte in 81 Staaten unterstützt.

Caritas-Chef Neher kandidiert nicht mehr für weitere Amtszeit

Caritas-Präsident Peter Neher (65) kandidiert nicht für eine vierte Amtszeit an der Spitze des größten deutschen Sozialverbands. Das teilte die Caritas in Freiburg mit. Ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin soll zum Ende der laufenden Amtszeit Nehers bei der Caritas-Delegiertenversammlung, die im Oktober kommenden Jahres in Freiburg stattfinden wird, gewählt werden. Neher leitet den Deutschen Caritasverband seit 2003.

Zugleich teilte der Verband mit, dass Finanz- und Personalvorstand Hans-Jörg Millies Anfang 2022 sein Mandat „aus persönlichen Gründen“ niederlegen werde. Millies ist seit Juli 2017 auch Generalsekretär der Caritas. *(kna)*

Trauer um Professor Eberhard Schockenhoff

Der Freiburger Moraltheologe und Ethik-Experte starb an den Folgen eines Unfalls

An den Folgen eines Unfalls ist am 18. Juli der Freiburger Moraltheologe Professor Eberhard Schockenhoff gestorben. Er wurde 67 Jahre alt. Schockenhoff, der lange dem Deutschen Ethikrat angehört hatte, war einer der renommiertesten deutschen Theologen.

Ein gefragter Experte: Professor Eberhard Schockenhoff vor zwei Jahren auf der Tagung „Advanced Care Planning“, die der Diözesan-Caritasverband zusammen mit der Katholischen Akademie veranstaltete.

Erzbischof Stephan Burger äußerte sich betroffen. Schockenhoff sei der Erzdiözese in vielfältiger Weise verbunden gewesen. „Die Erzdiözese Freiburg und die Katholische Fakultät sind ihm sehr zu Dank verpflichtet. Wir verlieren mit ihm einen engagierten sowie geschätzten Theologen und Priester.“

Betroffenheit und Trauer löste die Todesnachricht auch in der diözesanen Caritas aus, in der Eberhard Schockenhoff ein immer wieder gern gesehener Gesprächspartner und anerkannter Referent vor allem in ethischen Fragestellungen war.

Geboren 1953 in Stuttgart studierte Schockenhoff Theologie, zunächst in Tübingen, dann in Rom, wo er 1978 zum Priester geweiht wurde. Er promovierte bei Alfons Auer und war Assistent des späteren Kurienkardinals Walter Kasper in Tübingen. Anfang der 1990er Jahre wurde Schockenhoff als Professor für Moraltheologie nach Regensburg berufen, 1994 wechselte er nach Freiburg.

Seit 2001 war Schockenhoff Mitglied des Nationalen Ethikrats, von 2008 bis 2016 des Deutschen Ethikrats, dessen Vizevorsitzender er vier Jahre war. Besonders bei Lebenswissenschaften und Bioethik war er ein gefragter Experte. Schockenhoff veröffentlichte viele wissenschaftliche Studien. Innerkirchlich war er ein wichtiger Vermittler und Ansprechpartner. So engagierte er sich für eine Sexualethik, die sich an den verschiedenen Lebenswirklichkeiten orientiert. Auch in den aktuellen Beratungen über die Zukunft von Kirche und Seelsorge, dem Gesprächsprozess Synodaler Weg, beteiligte er sich an zentraler Stelle. *(tom)*

„Vielfalt ist das Erfolgsrezept unserer Art“

Ein neues Buch über den Kampf gegen Verschwörungsmythen

Michael Blume ist Antisemitismusbeauftragter von Baden-Württemberg. In seinem neuen Buch entlarvt er Verschwörungsmythen und gibt Tipps, wie man gegen sie vorgehen kann. Der Band zeigt: Die Lage ist nicht hoffnungslos.

Blume spannt einen Bogen von der Antike bis zu US-Präsident Donald Trump. Er widmet sich dem antisemitischen Rothschild-Verschwörungsmythos und der Ideologie der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). Darüber hinaus streift er die Gedankenwelt des Philosophen Martin Heidegger und das mörderische Vorgehen von Hitler und Stalin. Auch beleuchtet er die Rolle verschiedener Medien bei der Verbreitung von Mythen.

Dass Blume den Begriff „Verschwörungstheorie“ ablehnt, machte er schon in seinem Buch „Warum der Antisemitismus uns alle bedroht. Wie neue Medien alte Verschwörungsmythen befeuern“ deutlich. Ohnehin baut der neue Band weiterführend auf dem 2019 erschienenen Vorgänger auf. Um einen Verschwörungsglauben aufzulösen, setzt Blume auf die sachliche Entlarvung. Und dazu dient eben auch die Ablehnung des Begriffs „Verschwörungstheorie“ zugunsten von „Verschwörungsmythos“ oder „Verschwörungsfantasie“: Dass es sich um eine Theorie handeln solle, sei „zu viel der Ehre“. Denn Theorien seien wissenschaftlich überprüfbar, Mythen nicht. Deren vermeintliche Glaubwürdigkeit stamme aus „schierer Verbreitung und lediglich gefühlter Plausibilität“.

Bei dem Glauben an eine angebliche antisemitische, endzeitliche oder wie auch immer geartete Verschwörung

Michael Blume, „Verschwörungsmythen – woher sie kommen, was sie anrichten, wie wir ihnen begegnen können“, Patmos Verlag, 160 Seiten, ISBN 978-3-8436-1286-9, 15,00 Euro für die Druckausgabe, 11,99 Euro für das eBook.

gehe es oft um Emotionen und Ängste aufseiten der Anhänger, aber auch der Verbreiter. Ideologen propagierten ein Freund-Feind-Schema. Dessen Macht breche jedoch zusammen, wenn die Anhänger Zeit zum Nachdenken bekämen oder in engeren Kontakt zu Andersdenkenden gerieten. Deshalb zielten Verschwörungsgläubige wie Adolf Hitler nicht auf Mitdenker, sondern Mitläufer, so Blume.

Am Beispiel rechtsgerichteter und anderer populistischer Parteien erläutert Blume, dass schon die pure „Entschleunigung“ durch Regeln im Parlament – Debatten mit Rednern unterschiedlicher Fraktionen und mehrere Lesungen – zum Zerfall radikaler Bewegungen führen könne. Wer „erfolgreicher“ sein wolle, müsse seine Anhänger „ständig in Erregung“ halten.

Blume schreibt, dass formal hohe Bildung nicht vor dem Glauben an Verschwörungsmythen schütze. Das gelte für Anhänger oder Gründer jüngerer Gruppen wie „Heaven’s Gate“ oder dem „Sonnentempler“-Orden sowie für führende Nationalsozialisten: Viele seien akademisch gebildet gewesen und hätten teils einen Doktortitel gehabt.

Blumes Verdienst ist es, spannend und verständlich über sein Thema zu schreiben, aus seiner praktischen Arbeit zu berichten und den Leser auch direkt anzusprechen. Und deutlich zu machen, dass er niemanden verurteilen, sondern aufklären möchte. Zusätzlich gibt er Ratschläge für den Umgang mit Verschwörungsgläubigen.

So müsse man sich klar machen, dass es meist ein emotionales Thema sei: Anstatt mit jemandem über seine „Theorien“ zu diskutieren, könne man fragen, welche Emotionen und Ängste sich dahinter verbergen. Sinnvoll könne es zudem sein, auf seriöse Bücher, Podcasts und Blogs zu verweisen. In Fällen, in denen zu befürchten sei, dass ein Betroffener zu einer Tat schreiten werde, rät Blume zur Beratung mit Ausstiegsprofis. Und falls man es mit Erwachsenen zu tun habe, müsse man sich dem Umstand stellen, dass sie Verantwortung für ihr Denken trügen – und sich selbst als Angehöriger oder Freund schützen.

Blume betont, dass das Vorgehen gegen Verschwörungsmythen nicht der „Bewältigung“ von Vergangenheit diene. Stattdessen gehe es um die Zukunft – gerade, wenn junge Menschen betroffen seien. Die zentrale Botschaft sei: Menschen sind verschieden und dabei gleichwertig. Und: „Vielfalt ist das Erfolgsrezept unserer Art.“

Leticia Witte

September/Oktober 2020

Aufgrund der aktuellen Situation sind alle Veranstaltungstermine unter Vorbehalt aufgeführt!

SEPTEMBER

29.09.20 **Zentrale Einweisungen für Mitarbeitende**
Online-Seminar – Anvertrautenschutz

30.09.-01.10. **QM in der Kinder- und Jugendhilfe**
Digital – Referat Familien- und Erziehungshilfen / Kooperation mit der Diakonie Baden

OKTOBER

01.10.20 **Fortbildung Asylrecht**
Freiburg, Katholische Akademie – Referat Migration und Integration

06.10.20 **Ökumenische Fortbildungsreihe Sozialrecht Block III**
Villingen, CV – Referat Armut, Existenzsicherung, Caritassozialdienst

07.10.20 **Basistag für Anleiter*innen, Region Heidelberg**
Billigheim, Katholische Kirchengemeinde – Referat Freiwilligendienste

07.10.20 **Qualifikationen für Leitungen**
Freiburg, Caritas-Akademie – Anvertrautenschutz

08.10.20 **Qualifikationen für Leitungen**
Freiburg, Caritas-Akademie – Anvertrautenschutz

08./09.10.20 **Fachtagung „Freiwilligendienste von A-Z“**
Oberkirch, Marienfried – Referat Freiwilligendienste

08./09.10.20 **Umgang mit psychisch belasteten / psychisch kranken Eltern**
Digital – Referat Familien- und Erziehungshilfen / Kooperation mit der Diakonie Baden

08./09.10.20 **Konflikte in Teams**
Rastatt, Bildungshaus St. Bernhard – Stabsstelle Personalpolitik

13.-15.10.20 **Qualifikationen zur Anerkennung als Präventionsfachkraft**
Freiburg-Littenweiler, Waldhof – Anvertrautenschutz

14.10.20 **Basistag für Anleiter*innen, Region Karlsruhe**
Karlsruhe, St. Franziskus – Referat Freiwilligendienste

14.-16.10.20 **Personalführung und Personalentwicklung**
Rastatt, Bildungshaus St. Bernhard – Stabsstelle Personalpolitik/Seminarmanagement

Oktober 2020

15.10.20 **Basistag für Anleiter*innen, Region Heidelberg**
Mannheim-Seckenheim, Gemeindehaus St. Clara – Referat Freiwilligendienste

15./16.10.20 **Fels in der Brandung statt Hamster im Rad**
Oberkirch, Marienfried – Stabsstelle Personalpolitik/Seminarmanagement

16.10.20 **Forum Recht mit Prof. Winkler**
Online-Seminar – Referat Armut, Existenzsicherung, Caritassozialdienst

20.-22.10.20 **Gewalt in Familien (HOT-Baustein)**
Oberkirch, Marienfried – Referat Familien- und Erziehungshilfen

20.-23.10.20 **Fachwoche Freiraum Engagement von EO/ESA/IPB/DiCV**
Online-Seminarwoche mit 7 Modulen – Referat Engagementförderung und Gemeindecaritas / Projekt „Caritas für engagementfreundliche Gesellschaft und Kirche"

21.10.20 **Basistag für Anleiter*innen, Region Singen**
Singen, St. Anna – Referat Freiwilligendienste

OKTOBER

21.10.20 **Arbeitstreffen der Caritassozialdienst-Teamleitungen**
Freiburg, Katholische Akademie – Referat Armut, Existenzsicherung, Caritassozialdienst

21.-23.10.20 **Grundmodulreihe für Leitungskräfte**
Reichenau, Familienerholungsheim – Stabsstelle Personalpolitik/ Seminarmanagement

22.10.20 **Diözesane AG Schuldnerberatung**
Rastatt, CV – Referat Arbeit, Europa, Schuldnerberatung

22.10.20 **Qualifikation zum Multiplikator zum Erwerb des Schulungszertifikates**
Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Anvertrautenschutz

27.10.20 **Basistag für Anleiter*innen, Region Offenburg**
Offenburg, Pfarrzentrum Weingarten – Referat Freiwilligendienste

28.10.20 **Grundkurs Schuldnerberatung: Thema Zwangsvollstreckung**
Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Referat Arbeit, Europa, Schuldnerberatung

November 2020

03./04.11.20 **Leitungskreis Gemeindepsychiatrie**
Staufen, BDB-Musikakademie – Referat Behindertenhilfe und Gemeindepsychiatrie

04.11.20 **Austauschtreffen der Präventionsfachkräfte**
Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Anvertrautenschutz

05.11.20 **Zentrale Einweisungen für Mitarbeitende**
Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Anvertrautenschutz

09.11.20 **Prävention – „Menschen mit Behinderungen sprachfähig machen“**
Freiburg-Littenweiler, Waldhof – Anvertrautenschutz

10.11.20 **Fachgespräch und Mitgliederversammlung DiAG Arbeit**
Konstanz, St. Marienhaus – Referat Arbeit, Europa, Schuldnerberatung

10.11.20 **Fortbildung Rechtsschutz im Asylverfahren**
Karlsruhe, Diakonie Baden – Referat Migration und Integration

10.11.20 **Intervention – „Handlungsfähig sein bei Grenzverletzung zwischen Anvertrauen und gegenüber Mitarbeitenden“**
Freiburg-Littenweiler, Waldhof – Anvertrautenschutz

November

11.11.20 **Schulung Sozialrecht trifft Ausländerrecht**
Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Referat Migration und Integration

17.11.20 **AG Pakt für Integration**
Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Referat Migration und Integration

17.11.20 **Grundkurs Schuldnerberatung – Thema: Existenzsicherung**
Freiburg, Weihbischof-Gnädinger-Haus – Referat Arbeit, Europa, Schuldnerberatung

18.-20.11.20 **Grundmodulreihe für Leitungskräfte**
Reichenau, Familienerholungsheim – Stabsstelle Personalpolitik/ Seminarmanagement

news

news/caritas-mitteilungen
Zeitschrift für soziale Fragen in der Erzdiözese Freiburg
67. Jahrgang

Die „caritas-mitteilungen“ sind das offizielle Verbandsorgan für Mitglieder, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen, Diensten und Pfarrgemeinden sowie Freunde der Caritas.

Verleger

Caritasverband für die
Erzdiözese Freiburg e.V.
Weihbischof-Gnädinger-Haus
79111 Freiburg, Alois-Eckert-Straße 6

Gegründet: 16. November 1903
www.dicvfreiburg.caritas.de

Redaktion, Gestaltung und Produktion

Thomas Maier, Öffentlichkeitsreferent
Tel. (07 61) 89 74-1 08 · Fax (07 61) 89 74-3 88
eMail: maier.t@caritas-dicv-fr.de
Gerd Bauer, phase-zwei, Wittnau

Layoutentwurf

Irmhild Haite-Voss, Triolog Freiburg

Fotos

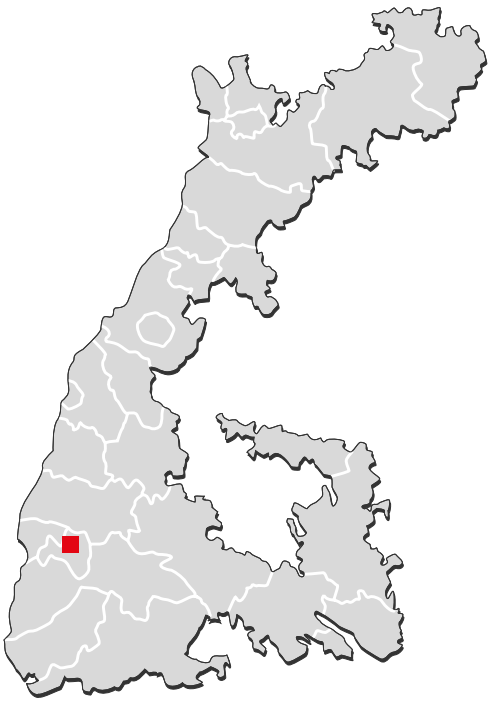
AGJ: 36; Caritas Fachschule für Pflegeberufe Bühl: 23; Caritas international: 51; CV Acher-Renchtal: 39 (1); CV Baden-Baden: 40; CV Emmendingen: 42; CV Karlsruhe: 45; CV Pforzheim: 47; Deutscher Caritasverband/Harald Oppitz, KNA: 19, 20; Deutscher Caritasverband/Julia Steinbrecht, KNA: 14; Conny Ehm: 18; Ruth Franzen/Ev. Stadtmission Freiburg: 37; Oliver Hanser: 46; kkvd: 49; Thomas Maier: 16, 30, 52; Alina Meier: 41; Pixabay: Titel, 8, 11, 24, 28, 33, 48, Privat: 39 (1); Uta Rometsch/DiCV Rottenburg-Stuttgart: 31; Dominik Sackmann: 7, 27; SkF Waldkirch: 38; Peter Wegener: 44; Michael Winter: 21.

Satz und Druck

Druckerei Herbstritt GmbH, Sexau

Redaktionsschluss 4-2020

31. Oktober 2020



Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.
Postfach 10 01 40, 79120 Freiburg
Nr. 3-2020
PVSt, Deutsche Post AG
„Entgelt bezahlt“, VKZ **E 12315**

Stiften für eine bessere Zukunft

Bitte rufen Sie uns an.

Stiftungsverwaltung:
Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.

Weihbischof-Gnädinger-Haus
Alois-Eckert-Str. 6, 79111 Freiburg
Tel. 0761 8974-105

Caritas-Stiftung für die Erzdiözese Freiburg: **Wir übernehmen Verantwortung.**

Die Caritas-Stiftung für die Erzdiözese Freiburg trägt dazu bei, dass hilfebedürftige Menschen Unterstützung erfahren und neue Hoffnung schöpfen. Ziel ist es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren.

Setzen Sie ein Zeichen. Übernehmen auch Sie Verantwortung – gemeinsam mit uns!

Gerne senden wir Ihnen unsere kostenlose Stiftungsbroschüre zu. Bitte rufen Sie uns an.

Bank für Sozialwirtschaft Karlsruhe
IBAN: DE38 6602 0500 0001 7000 00

caritas

Caritas-Stiftung
für die Erzdiözese
Freiburg